



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Der Fall Pinochet – Chile 1973.

Zur Praxis und Theorie der Menschenrechte“

Verfasser

Georg Schendl

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Oktober 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 312 296

Studienrichtung lt. Studienblatt: Geschichte

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Siegfried Mattl

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	5
2 Die letzten Jahre der Demokratie	9
2.1 Die Regierung Frei	9
2.2 Die Parteienlandschaft in Chile	10
2.3 Salvador Allendes politischer Werdegang und die Wahlen 1970	12
2.4 Die Präsidentschaft Salvador Allendes	15
2.5 Das Scheitern des chilenischen Weges	23
3 Chile unter der Diktatur Pinochets	25
3.1 Der 11. September 1973	25
3.2 Von der Junta zur Diktatur Pinochets	27
3.3 Augusto Pinochet	30
3.4 Von der neuen Verfassung zum Plebiszit	32
3.5 Mechanismen der Eliminierung und Unterdrückung	34
3.5.1 La Caravana de la Muerte	36
3.5.2 DINA und Operation Condor	39
3.6 Widerstand und Opposition	42
3.7 Ökonomische Entwicklungen	44
3.8 Übergang und Demokratie	47
4 Der Fall Pinochet und die internationale Gerichtsbarkeit seit 1945	54
4.1 Von Nürnberg bis Pinochet	54
4.2 Der Fall Pinochet in Großbritannien	65
4.2.1 Pinochet in London	65
4.2.2 Erste Ermittlungen gegen Augusto Pinochet	67

4.2.3 Der Fall Pinochet vor dem House of Lords.....	68
5 Empirischer Teil: Die Berichterstattung ausgewählter britischer Tageszeitungen.....	78
5.1 Theorie und methodische Vorgehensweise.....	78
5.2 Quantitative Analyse.....	79
5.2.1 Untersuchungszeitraum 1 (17.10. – 21.10.1998).....	80
5.2.2 Untersuchungszeitraum 2 (29.10. – 02.11.1998).....	81
5.2.3 Untersuchungszeitraum 3 (26.11. – 30.11.1998).....	81
5.3 Qualitative Analyse.....	82
5.3.1 Untersuchungszeitraum 1 (17.10. – 21.10.1998).....	83
5.3.2 Untersuchungszeitraum 2 (29.10. – 02.11.1998).....	84
5.3.3 Untersuchungszeitraum 3 (26.11. – 30.11.1998).....	86
5.4 Zusammenfassung.....	87
6 Konsequenzen des Falles Pinochet.....	89
6.1 Vorgänge in Chile.....	89
6.1.1 Chile während Pinochets Abwesenheit.....	89
6.1.2 Vorgänge nach der Rückkehr Pinochets.....	93
6.2 Internationale Auswirkungen.....	99
7 Menschenrechte zwischen Universalität und Kulturimperialismus.....	105
8 Konklusion.....	111
9 Bibliographie.....	116
10 Anhang.....	130
10.1 Abstract.....	130
10.2 Lebenslauf.....	131

1 Einleitung

„To give an idea of what the military coup was like, you have to imagine how a citizen of the United States or Great Britain would feel if the army rolled up in full battle gear to attack the White House or Buckingham Palace, and in the process caused the deaths of thousands of citizens, among them the president of the United States or the queen and the prime minister of Great Britain, then indefinitely suspended Congress or Parliament, disbanded the Supreme Court, abrogated individual liberties and political parties, declared absolute censorship of the media, and finally, over time, strove mercilessly to extinguish every dissident voice. Now imagine that these same military men, possessed with messianic fanaticism, installed themselves in power for years, prepared to root out every last ideological adversary. That is what happened in Chile.”¹

Am Abend des 16. Oktobers 1998 wurde General Augusto Pinochet Ugarte, Senator auf Lebenszeit und ehemaliger Diktator Chiles, in einer Privatklinik in London verhaftet. Grund dafür war der Auslieferungsantrag eines spanischen Richters, der dem ehemaligen Präsidenten Völkermord, Terrorismus und Folter vorwarf. Die Festnahme und die darauf folgenden zwei Jahre juristischer Bemühungen, Pinochet zur Verantwortung zu ziehen, erregten internationales Aufsehen. Der Fall Pinochet – wie dieser Vorstoß gegen die Straflosigkeit eines ehemaligen Staatsoberhauptes, das für zahlreiche Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Menschenrechtsverletzungen als verantwortlich angesehen wurde – sollte die Praxis der internationalen Strafgerichtsbarkeit nachhaltig beeinflussen, sowie die Immunität von (ehemaligen) Staatsoberhäuptern und die daraus traditionell abgeleitete Unantastbarkeit verändern.

Der Titel der vorliegenden Arbeit zeigt bereits die historische Komponente dieser Vorgänge. General Pinochet hatte am 11. September 1973 als Mitglied einer vierköpfigen Militärjunta einen Putsch gegen den demokratisch gewählten sozialistischen Präsidenten Chiles – Salvador Allende – angezettelt und die Regierung gestürzt, was zum gewaltsamen Tod Allendes führte. Ein Teil der Bevölkerung begrüßte den Putsch mit der Hoffnung, erneut zu demokratischen Verhältnissen zurückzukehren, doch Pinochet etablierte eine Diktatur, die 17 Jahre andauern sollte und unter der tausende Oppositionelle – vor allem der Linken – den Tod fanden, oder für immer verschwanden und zigtausende

¹ Isabel *Allende*, *My Invented Country. A Nostalgic Journey Through Chile* (New York 2003) 157f.

ChilenInnen Opfer von Folter wurden. Bis 1990 konnte Pinochet seine Macht soweit ausbauen, dass er bis zu seiner Festnahme erheblichen Einfluss auf die Politik der sich neu konstituierenden Demokratie ausüben konnte und als unantastbar galt. Die Festnahme spaltete nicht nur Chile, sondern auch die internationale Staatengemeinschaft. Trotz des Ausgangs des Falles Pinochet – der zu keiner Verurteilung führte – sind dessen Auswirkungen auf Recht und Politik nicht zu leugnen. Für Chile bestanden die Konsequenzen darin, dass erste Schritte hin zu einer Aufarbeitung der Vergangenheit gemacht und Versuche unternommen wurden, die politische Polarisierung des Landes zu überwinden. Es ist fraglich, ob heute eine sozialistische Präsidentin an der Spitze des Landes stehen würde, wenn es den Fall Pinochet nie gegeben hätte.

Ein weiterer wichtiger Aspekt zum Verständnis und zur Einordnung des Falles Pinochet ist die Entwicklung der internationalen Strafgerichtsbarkeit und des Konzepts der Menschenrechte seit dem Zweiten Weltkrieg. Ausgehend von den Nürnberger Prozessen und anderen Verfahren gegen nationalsozialistische Kriegsverbrecher entwickelte sich eine neue – vom Völkerrecht abgekoppelte – Rechtsform, die mit dem Fall Pinochet in Zusammenhang steht und deren Entwicklung Konsequenzen bis zum heutigen Tage hat. In der vorliegenden Arbeit werden diese beiden Problemfelder integriert und aufeinander bezogen, um zu einem besseren Verständnis der Bedeutung des Falles Pinochet zu gelangen. Nur so sind die Konsequenzen für Chile, aber auch die internationalen Auswirkungen zu verstehen.

Ausgehend von der Frage nach der Bedeutung des Falles Pinochet wird hier untersucht, wie es überhaupt zu dem Putsch am 11. September kommen konnte, wie sich die Diktatur General Pinochets etablierte und welche Menschenrechtsverletzungen unter seiner Herrschaft verübt wurden. Weiters stellt sich die Frage, welche Auswirkungen die 17-jährige Dauer des Regimes auf die Demokratie in Chile hatte und wie mit diesem Erbe umgegangen wurde und wird. Ebenso ist zu hinterfragen, wie sich der Fall Pinochet zur Entwicklung

der internationalen Strafgerichtsbarkeit verhält und welche Konzepte hinter dieser und dem allgemeineren Begriff der Menschenrechte letztlich stehen.

Um der Komplexität der Materie gerecht zu werden, ist die Arbeit wie folgt aufgebaut:

Im anschließenden Kapitel 2 werden die letzten Jahre vor dem Putsch in Chile rekapituliert. Ausgehend von der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation in Chile der 1960er Jahre werden die Reformen der Regierung Frei und die daraus resultierenden Probleme erörtert. In Folge wird das Parteiensystem in Chile erklärt und die Wahl von 1970 analysiert. Die daraus folgende Regierungszeit Allendes wird unter dem Gesichtspunkt der zunehmenden politischen Polarisierung und der wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Krise beleuchtet. Anschließend wird diese Phase unter Berücksichtigung des gewaltsamen Endes der Demokratie betrachtet.

Kapitel 3 widmet sich dem Putsch gegen Präsident Allende und der daraus resultierenden Machtergreifung durch die Militärjunta. Anschließend wird die Person Augusto Pinochet dargestellt und sein Aufstieg zum Anführer der Junta und schließlich zum Diktator nachgezeichnet. Dabei wird das Hauptaugenmerk auf die Menschenrechtsverletzungen, die unter der Herrschaft des Generals begangen wurden, sowie auf den politischen Rahmen, in dem diese möglich gemacht wurden, gelegt. Weiters wird der Widerstand außerparlamentarischer Gruppen und ehemaliger Parteien beleuchtet. Die dramatischen ökonomischen Veränderungen werden analysiert, bevor auf das Ende der Diktatur und den Neuanfang der Demokratie eingegangen wird. Dabei werden auch die ersten Versuche einer Aufarbeitung der Herrschaft Pinochets rekapituliert.

Kapitel 4 ist eine Darstellung der Entwicklung der internationalen Strafgerichtsbarkeit. Ausgehend von den ersten Anläufen vor dem Zweiten Weltkrieg werden die Prozesse von Nürnberg und Tokio nachgezeichnet und die Verfahren gegen Adolf Eichmann und andere Kriegsverbrecher analysiert.

Weiters werden die Internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda dargestellt, um einen Überblick über diese Form der Gerichtsbarkeit bis zum Fall Pinochet zu vermitteln. Den Hauptteil des Kapitels bilden jedoch die Ereignisse in London zwischen Pinochets Verhaftung und seiner Rückkehr nach Chile. Hier wird der langwierige juristische Versuch, Pinochet vor Gericht zu bringen, analysiert und der Weg bis zu seiner Entlassung aus dem Hausarrest nachgezeichnet.

In Kapitel 5 wird eine empirische Untersuchung über die Berichterstattung ausgewählter britischer Tageszeitungen zum Thema Pinochet durchgeführt. Die Ergebnisse werden in einem weiteren Schritt mit der gleichzeitigen Berichterstattung ausgewählter chilenischer Tageszeitungen verglichen. Dies dient zur Ergänzung der Vorgänge, die im vorangegangenen Kapitel geschildert wurden, da die mediale Darstellung dieser Ereignisse beleuchtet wird.

In Kapitel 6 wird Bezug auf die Auswirkungen, die der Fall Pinochet für Chile, aber auch auf internationaler Ebene hatte, genommen. Die Vorgänge und Veränderungen, die in Chile während der Abwesenheit des Diktators, wie auch nach seiner Rückkehr, stattfanden werden hier dargestellt. Besonderer Schwerpunkt liegt hierbei auf den zahlreichen Versuchen, Pinochet für seine Verbrechen in Chile anzuklagen. Abschließend werden die Prozesse, die aufgrund der Vorbildwirkung des Falles Pinochet angestrebt wurden, näher beleuchtet und die Etablierung des Internationalen Strafgerichtshofes in den Haag beschrieben.

Abschließend setzt sich Kapitel 7 mit der Frage auseinander, welche Annahmen hinter dem Begriff der Menschenrechte stehen. An dieser Stelle wird diskutiert, inwieweit diese Rechte universal gültig sind, oder lediglich einer westlichen Vorstellung und Tradition entspringen und für Machtinteressen missbraucht werden. Dies dient dazu, die Entwicklung der Strafgerichtsbarkeit vor einen breiteren Hintergrund zu stellen.

2 Die letzten Jahre der Demokratie

2.1 Die Regierung Frei

Chile war Anfang der 1960er Jahre ein Land mit problematischen Wirtschaftsstrukturen. Das Land war einerseits durch seine auf Kupferexport orientierte Wirtschaft vor allem von Nordamerika abhängig. Andererseits war die Besitzstruktur im Land äußerst ungerecht verteilt. 1,3 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe – so genannte Latifundien – besaßen 72,7 Prozent der agrarisch nutzbaren Fläche. In der Industrie war es ähnlich dramatisch – 5 Prozent aller Unternehmen hatten Zugang zu 50 Prozent der Ressourcen. Eine kleine wirtschaftliche Elite kontrollierte über diese Besitzverhältnisse die Wirtschaft des ganzen Landes.² Aufgrund dieser Strukturen keimte verständlicherweise in der Bevölkerung der Wunsch nach Strukturreformen auf.

Erste Reformen wurden nach der Präsidentschaftswahl 1964, bei der Eduardo Frei von den Christdemokraten als klarer Sieger hervorging, in Angriff genommen. Traditionell war Chile in drei politische Lager gespalten, die in etwa je ein Drittel der Wählerschaft hinter sich versammeln konnten. Die Rechte unterstützte die Nationale Partei (PN), während die Christdemokraten (PDC), obwohl zerrissen zwischen einem linken und einem rechten Flügel, die Mitte des politischen Spektrums abzudecken versuchten. Das linke Spektrum war in größere (vor allem Kommunisten und Sozialisten) und kleinere Parteien zersplittert, die jedoch zu Wahlen in verschiedenen Bündnissen gemeinsam auftraten. Eduardo Frei schaffte es jedoch, diese Dreiteilung aufzuheben und 56 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinen, was sowohl auf die Ablehnung

² Vgl. Reinhard *Friedmann*, Chile unter Pinochet. Das autoritäre Experiment (1973-1990) (Freiburger Beiträge zu Entwicklung und Politik 4, Freiburg i. Br. 1990) 10f.

der Nationalisten gegenüber Allende, als auch auf die teilweise Finanzierung seines Wahlkampfes durch die CIA zurückzuführen war.³

Freis politischer Weg war der Versuch, das Land sowohl jenseits der Positionen des Kapitalismus als auch des Kommunismus zu verändern. Der Präsident schaffte es in seiner sechsjährigen Amtsperiode, eine Agrar- und Industriereform durchzuführen, sowie Teile des Kupferbergbaus zu nationalisieren. Auch im Sozial- und Bildungsbereich gelangen Reformen, wie eine Ausweitung der Versicherungssysteme und ein breiterer Zugang zur Bildung.⁴ Diese Strukturreformen ermöglichten auch einen leichteren Zugang zu und eine verstärkte Partizipation an politischen Prozessen. Den Parteien des rechten Spektrums gingen diese Reformen zu weit, für die Parteien der Linken griffen sie zu kurz. Sie kritisierten Freis Revolution in Freiheit, weil diese nichts Revolutionäres an sich hatte.⁵ Diese Problematik sollte seine volle Brisanz im Präsidentenwahlkampf von 1970 entfalten.

2.2 Die Parteienlandschaft in Chile

Wie bereits erwähnt – aber hier noch genauer auszuführen - existierten in Chile in den 1960er Jahren drei politische Blöcke, die mit einem Drittel Stimmanteilen etwa gleich stark waren. Die Rechte hatte sich hinter der Nationalen Partei versammelt. Diese wurde 1966 gegründet und speiste sich zu großen Teilen aus Liberalen und Konservativen. Diese beiden Parteien waren traditionell mit der alten Oligarchie verbunden und in weiten Teilen Süd- und Zentralamerikas zu finden. Sie vermochten es jedoch nicht, sich hin zu modernen Parteien zu entwickeln, wodurch das Aufgehen in der Nationalen Partei nach einigen Jahren des Niedergangs eine logische Konsequenz war.⁶ Im Zentrum des

³ Vgl. Nathaniel *Davis*, *The Last Two Years of Salvador Allende* (London 1985) 4.

⁴ Vgl. *Friedmann*, *Chile unter Pinochet*, 13.

⁵ Vgl. Leonard *Gross*, *The Last, Best Hope: Eduardo Frei and Chilean Democracy* (New York 1967) 231.

⁶ Vgl. Stefan *Rinke*, *Kleine Geschichte Chiles* (Beck'sche Reihe 1776, München 2007) 119f.

politischen Spektrums standen die Christdemokraten, die 1957 aus der Falange Nacional entstanden waren, die ihre Wurzeln in der Konservativen Partei hatte. Das Problem dieser Partei war stets ihre heterogene Wählerschaft, die sich von eher rechts, über gemäßigt, bis eher links spannte.⁷ Aus dieser Heterogenität lässt sich auch die Abspaltung der MAPU (Movimiento de Acción Popular Unida), des linken Flügels der Christdemokraten, erklären.⁸ Eine weitere Partei der Mittelschicht war die 1858 gegründete Radikale Partei, die ähnliche Probleme mit ihrer politischen Heterogenität hatte, wie die Christdemokraten und in einen sozialistischen und einen liberalen Flügel gespalten war.⁹ Diese Spaltung vollzog sich endgültig am Parteitag von 1969, als sich die Antimarxisten unter Durán abspalteten, um den Präsidentschaftskandidaten der Rechten – Alessandri – zu unterstützen, während der Großteil der Partei dem Kandidaten der Linken - Allende – und seinem Wahlbündnis Unidad Popular (UP) beitraten.¹⁰

Im linken politischen Spektrum sind vor allem die beiden großen Parteien der Kommunisten und Sozialisten zu erwähnen. Die Kommunisten (Partido Comunista de Chile, PC) hatten sich erst bei ihrem Beitritt zur III. Internationalen im Jahre 1920 so benannt und davor unter dem Namen Partido Obrero Socialista (POS – Sozialistische Arbeiterpartei) firmiert. Diese wiederum war aus dem linken Flügel der Demokraten entstanden, die 1887 gegründet worden waren. Die Demokraten können als erste chilenische Arbeiterpartei verstanden werden. Die zweite marxistische Partei – die Sozialisten (Partido Socialista, PS) wurde 1933 aus verschiedenen Splittergruppen gegründet. Der Unterschied zu den Kommunisten bestand in ihrer Ablehnung der bedingungslosen Orientierung am sowjetischen System und ihrer nationalen Ausrichtung. Die Partei grenzte sich jedoch deutlich von sozialdemokratischen Konzepten ab. Diese beiden Parteien koalitierten meist in Wahlbündnissen, um ihre Stimmen zu bündeln.¹¹ 1964 traten sie unter dem Namen FRAP (Frente de

⁷ Vgl. Dieter *Nohlen*, Chile. Das sozialistische Experiment (Hamburg 1973) 78-81.

⁸ Vgl. *Rinke*, Kleine Geschichte Chiles, 121.

⁹ Vgl. *Nohlen*, Chile, 73.

¹⁰ Vgl. *Davis*, The Last Two Years of Salvador Allende, 4f.

¹¹ Vgl. *Nohlen*, Chile, 75-77.

Acción Popular) an. 1970 sollte die Basis deutlich erweitert werden, weshalb vor allem die Kommunisten an die Radikalen, die MAPU, die Sozialdemokraten und die kleine API (Acción Popular Independiente) herantraten, um die Präsidentschaftswahl gewinnen zu können. Aus diesen Verhandlungen entstand die Unidad Popular (UP), die erstmals die meisten linken Gruppierungen umfasste.¹² Abschließend soll noch das Movimiento de Izquierda Revolucionaria (Bewegung der Revolutionären Linken –MIR) als erwähnenswert genannt werden, obwohl es keine Partei im parlamentarischen Sinne war. Diese Bewegung wurde 1965 an der Universität von Concepción gegründet, um den Kampf gegen den Kapitalismus mit Waffengewalt zu führen.¹³ Aus dieser problematischen und hoch ausdifferenzierten Parteienlandschaft heraus sind die Probleme der Mehrheitsfindung, sowie die politischen Spannungen der späten 60er und vor allem frühen 70er Jahren, zu verstehen.

2.3 Salvador Allendes politischer Werdegang und die Wahlen 1970

Im Gegensatz zu anderen Staaten Süd- und Zentralamerikas, in denen bewaffnete revolutionäre Gruppen auf Seiten der Linken entstanden und sich außerparlamentarisch betätigten, sollten in Chile die sozialen und ökonomischen Probleme von Salvador Allende, einem Marxisten sozialistischer Prägung, aufgegriffen werden. Der Arzt aus Valparaiso, der größten Hafenstadt Chiles, begann seine politische Karriere als Repräsentant seiner Heimatstadt im Kongress.¹⁴ 1952 war Allende erstmals als Kandidat bei einer Präsidentschaftswahl angetreten, unterstützt nur von seiner eigenen Partei - den Sozialisten - und hatte lediglich 6 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können. Bei der darauf folgenden Wahl 1958 wurde Allende von

¹² Vgl. *Nohlen*, Chile, 119.

¹³ Vgl. *Rinke*, Kleine Geschichte Chiles, 140.

¹⁴ Vgl. Roger *Burbach*, The Pinochet Affair. State terrorism and global justice (London/New York 2003) 9.

einem Wahlbündnis (FRAP – Frente de Acción Popular) unterstützt und wurde – mit lediglich 35.000 Stimmen Rückstand – zweiter hinter Jorge Alessandri Rodríguez. Die Wahl 1964 wurde von vornherein als Kopf an Kopf Rennen zwischen Frei und Allende gesehen. Beide wurden durch ausländisches Kapital unterstützt, Frei – wie bereits erwähnt – durch die CIA und Allende durch die Sowjetunion. Allende unterlag erneut und rangierte mit 39 Prozent der abgegebenen Stimmen 17 Prozentpunkte hinter dem Sieger Frei.¹⁵

In seinen vierten Präsidentschaftswahlkampf ging Salvador Allende als Kandidat der UP (Unidad Popular), einem Wahlbündnis, das aus der FRAP entstanden war. Als Konkurrenten traten Radomiro Tomic Romero von den Christdemokraten, sowie Jorge Alessandri, der von den Nationalisten unterstützt wurde, an. Allende gewann die Wahlen am 4. September 1970 mit 36,6 Prozent der Stimmen knapp vor Alessandri, der auf 35,3 Prozent der Stimmen kam. Tomic wurde mit 28,1 Prozent Dritter.¹⁶ An diesem Wahlergebnis zeigte sich abermals die Verteilung der politischen Lager in Chile, die nahezu gleich stark nebeneinander bestanden. Da keiner der Kandidaten die 50% Marke überschritten hatte, musste der Präsident im Kongress aus den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen gewählt werden.¹⁷ Die Präsidentschaft Allendes war also trotz seines Wahlerfolges nicht automatisch gesichert. Die Unidad Popular war noch dazu in den beiden Kammern (Abgeordnetenversammlung und Senat) nur schwach vertreten. Von Vorteil war jedoch, dass in Chile in den letzten Wahlgängen der Kandidat mit der Mehrheit zum Präsidenten gewählt worden war.¹⁸

Gegner Allendes sahen jedoch eine Chance, seine Präsidentschaft zu verhindern. Richard Nixon war verärgert und bestürzt über den Ausgang der chilenischen Präsidentschaftswahlen. Die Wahl Allendes und eine mögliche Präsidentschaft verstieß „gegen die fundamentalen nationalen Interessen der

¹⁵ Vgl. *Davis*, *The Last Two Years of Salvador Allende*, 3f.

¹⁶ Vgl. *Nohlen*, *Chile*, 132.

¹⁷ Vgl. Josef *Lawrezki*, *Salvador Allende* (Berlin 1975) 159.

¹⁸ Vgl. *Burbach*, *The Pinochet Affair*, 11.

Vereinigten Staaten“¹⁹, wie Henry Kissinger es in seinen Memoiren formulierte. Die Gegner Allendes setzten sich dafür ein, dass der Kongress Alessandri zum Präsidenten wählen sollte. Dieser würde dann nach einem Tag sein Amt zurücklegen, um Neuwahlen möglich zu machen und somit eine Kandidatur Eduardo Freis zu erlauben.²⁰ Frei hatte an der Wahl nicht teilnehmen können, da ein Präsident laut chilenischer Verfassung nicht zur nächsten Wahl antreten durfte.²¹ Die Christdemokraten einigten sich jedoch auf eine andere Strategie. Sie machten eine Unterstützung Allendes durch ihre Stimmen davon abhängig, ob dieser einem neuen Verfassungsstatut beipflichten würde. Dieses Statut würde die UP zur Einhaltung demokratischer Grundrechte in Bezug auf andere Parteien verpflichten, aber auch die Presse-, Lehr- und Organisationsfreiheit wahren.²² Gleichzeitig würde das Gewaltmonopol der Streitkräfte bestätigt und die Veränderung der Truppenstärke ausschließlich dem Kongress übertragen werden.²³ Dadurch, dass Allende all diesen Forderungen zustimmte, sicherte er sich das Präsidentenamt.

Rechte Gruppierungen sahen nun in einer gewalttätigen Aktion eine letzte Möglichkeit, die Wahl Allendes zu verhindern. Zwei Tage vor der Wahl im Kongress wurde General René Schneider, der Oberkommandierende der chilenischen Armee, Opfer einer versuchten Entführung, bei der er so schwer verletzt wurde, dass er kurz darauf starb. Schneider wurde deswegen als Opfer ausgewählt, weil er nach der Wahl am 4. September ein Kommuniqué herausgegeben hatte, wonach eine militärische Intervention gegen die Präsidentschaft Allendes einen Bürgerkrieg auslösen würde, und sich das Militär daher zurückhalten müsse.²⁴ Der Effekt dieses Attentats war der Intention diametral entgegengesetzt. Statt einer Einschüchterung des Kongresses, oder eines möglichen Putsches durch das Militär kam es zu einer

¹⁹ Henry *Kissinger*, Memoiren. Bd. 1 1968-1973 (München 1979) 695.

²⁰ Vgl. Arno *Münster*, Chile-friedlicher Weg? Historischer Bericht und politische Analyse (Berlin 1972) 139f.

²¹ Vgl. *Davis*, The Last Two Years of Salvador Allende, 11.

²² Vgl. *Nohlen*, Chile, 145.

²³ Vgl. *Davis*, The Last Two Years of Salvador Allende, 15.

²⁴ Vgl. Dieter *Boris*, Elisabeth *Boris*, Wolfgang *Ehrhardt*, Chile auf dem Weg zum Sozialismus (Kleine Bibliothek 19, Köln 1971) 247.

breiten nationalen Ablehnung dieser Tat.²⁵ Seit 1837 war dies das erste politische Attentat in Chile und dieser Tabubruch trug sicher zur Wahl Salvador Allendes zum Präsidenten bei.²⁶ So wurde Salvador Allende am 24. Oktober 1970 mit 153 Stimmen (gegenüber 35 Stimmen für Alessandri) vom Kongress zum Präsidenten Chiles gewählt. Zwei Tage später zeigte sich Allende gemeinsam mit Präsident Frei auf dem Begräbnis von General Schneider (der am 25. Oktober verstorben war), was als Zeichen der Verständigung der beiden politischen Lager und der gemeinsamen Ablehnung des Attentats gedeutet werden konnte. Am 3. November wurde Salvador Allende als Präsident Chiles vereidigt.²⁷ Diese Vorgeschichte zeigte schon die Spaltung des Landes, die sich in den darauf folgenden drei Jahren immer stärker verdeutlichen sollte.

2.4 Die Präsidentschaft Salvador Allendes

Mit der Präsidentschaft Allendes wurden national, wie international, große Hoffnungen wie auch Ängste verbunden, schließlich war er der erste Marxist, der auf demokratischem Wege an die Macht gekommen war. Die Angst war so groß, dass es zu einer Kapitalflucht kam, da wohlhabende Bevölkerungsschichten ihr Vermögen in Gefahr sahen und daher außer Landes brachten.²⁸ Diese Verunsicherung zeigte sich darin, dass die Dollarverkäufe im September um das dreifache stiegen und der Börsenindex um 50 Prozent fiel.²⁹ Die Bewertung der Wahl Allendes war sehr stark polarisiert. Dies resultierte daraus, dass der kalte Krieg und damit die Angst der U.S.A. vor einer Expansion des Kommunismus, oder auch nur einer marxistisch inspirierten Politik, auf einem Höhepunkt waren. Die U.S.A. hatten im Zuge des Vietnamkrieges Kambodscha angegriffen um die Versorgungsrouten des

²⁵ Vgl. Mario Puelma, Chile 1970-1973. Die Zerschlagung einer Demokratie (Tatsachen und Meinungen 28, 4., erg. Aufl. Bern 1975) 11.

²⁶ Vgl. *Nohlen*, Chile, 147.

²⁷ Vgl. *Davis*, The Last Two Years of Salvador Allende, 16.

²⁸ Vgl. *Rinke*, Kleine Geschichte Chiles, 144.

²⁹ Vgl. Stefan *De Vylder*, Allende's Chile. The political economy of the rise and fall of the Unidad Popular (Cambridge Latin American Studies 25, Cambridge/London/New York/Melborne 1976) 30.

Gegners zu blockieren und die Sowjetunion hatte zwei Jahre zuvor den Prager Frühling niedergeschlagen.³⁰

Es gilt also anhand der knapp dreijährigen Amtszeit Allendes zu analysieren, ob er ein Demokrat mit marxistischer Gesinnung war, oder, wie seine Gegner es sahen, ein Kommunist, der die Demokratie benutzte, um Chile in ein zweites Kuba zu verwandeln. Der Präsident musste zuerst die zu besetzenden Ämter an die Parteien der UP verteilen. Dabei erhielten die Sozialisten als Partei des Präsidenten drei Ministerien und die Staatskanzlei, die Kommunisten bekamen 4 Ministerien, die Radikalen 3 und die beiden kleineren Parteien (MAPU sowie API) jeweils eines. Die Ämterverteilung erfolgte nach dem Stimmenanteil, den diese 1969 erhalten hatten. Zusätzlich wurde ein Quoteo-System eingeführt, dass jeder Funktion mehrere Personen anderer Parteien zur Seite stellte. Dadurch wurde der Verwaltungsapparat sehr groß und teilweise wenig effizient in seiner Vorgehensweise.³¹ Dies rührte nicht nur von der Anzahl der Personen, sondern auch von den unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen der Parteien. Die sozialistische Partei und die MAPU wollten den Übergang zum Sozialismus möglichst rasch durchsetzen, die anderen Parteien dachten reformistischer. Allende, obwohl selbst Sozialist, war ein dezidierter Anhänger des zweiten Blocks innerhalb der UP.³² Diese Spaltung der Bewegung in zwei eigentlich nicht kompatible Ausrichtungen sollte während der gesamten Amtszeit Allendes ein Problem darstellen, das er selbst schwer lösen konnte. Ein zweiter schwieriger Faktor war, dass er sich als Präsident einem Parlament gegenüber sah, in dem die UP nicht die Mehrheit der Sitze hatte und das durch die Stimmen der Opposition ein Gegengewicht zum Präsidentenamt Allendes bildete.³³

³⁰ Vgl. Jonathan *Haslam*, *The Nixon Administration and the Death of Allende's Chile. A Case of Assisted Suicide* (London/New York 2005) 54f.

³¹ Vgl. *Nohlen*, *Chile*, 148.

³² Vgl. *Carlos Huneeus*, *Der Zusammenbruch der Demokratie in Chile. Eine vergleichende Analyse* (Heidelberger Dritte Welt Studien 8, Heidelberg 1981) 216.

³³ Vgl. *Nohlen*, *Chile*, 225.

Trotz dieser Diskrepanzen war Allende in den ersten Monaten seiner Amtszeit sehr erfolgreich. Er setzte die Verstaatlichung der Ära Frei fort, der bereits die Hälfte der chilenischen Industrie in staatliche Hände überführt hatte.³⁴ Die Enteignung von Landgütern über 80 Basishektar war mit 1 300 im ersten Jahr der UP-Regierung fast so hoch wie in 6 Jahren unter Präsident Frei.³⁵ Durch diese Maßnahmen wurden neue Arbeitsplätze geschaffen. In Kombination mit Lohnerhöhungen im privaten wie öffentlichen Sektor wurde die Kaufkraft erhöht. Durch Aufbrauchen der Fremdwährungsreserven wurden Importgüter gekauft.³⁶ All diese Veränderungen trugen zur anfänglichen Verbesserung der Wirtschaftssituation und der daraus resultierenden Beliebtheit Allendes bei. Die Kommunalwahlen am 4 April 1971 bestätigten die Zustimmung der Bevölkerung gegenüber der UP, deren Parteien, obwohl diese zum Teil einzeln antraten, insgesamt 50,8 Prozent der Stimmen erhielten. Für Allende war dies das Zeichen, dass die Mehrheit Chiles hinter ihm und der Politik der UP stand.³⁷ Diese Wahl kann auch als Höhepunkt der Regierung Allendes gesehen werden, da nie wieder eine ähnlich große Unterstützung erreicht werden konnte.³⁸ Die Nationalisierungen gingen danach noch weiter. Der Kupfersektor wurde den U.S.-amerikanischen Firmen abgelöst, nach Abzug der Gewinne, die als exzessiv angesehen wurden. Nach dieser Rechnung schuldeten diese Firmen dem chilenischen Staat jedoch noch Geld, anstatt umgekehrt. Es folgten der Salpetersektor, ausländische Banken und schließlich weite Teile anderer Branchen, die allesamt in staatlichen Besitz übergingen. Dazu wurden oft auch vergessene Notdekrete angewendet, wonach ineffiziente, beziehungsweise sich in einem unlösbaren Arbeitskonflikt befindliche Firmen, verstaatlicht werden konnten. Dadurch wurden 80 Prozent der Industrie bis 1973 in staatliche Hände überführt.³⁹ Es ist anzumerken, dass das Dekret 502, welches die Enteignung aus den oben genannten Gründen möglich machte, ein Relikt aus der

³⁴ Vgl. *Davis*, *The Last Two Years of Salvador Allende*, 17.

³⁵ Vgl. *Nohlen*, *Chile*, 179.

³⁶ Vgl. *Davis*, *The Last Two Years of Salvador Allende*, 17.

³⁷ Vgl. *Nohlen*, *Chile*, 236.

³⁸ Vgl. Dieter *Nohlen*, *Feuer unter der Asche. Chiles gescheiterte Revolution* (Baden-Baden 1974) 89.

³⁹ Vgl. *Rinke*, *Kleine Geschichte Chiles*, 146f.

sozialistischen Republik 1931 darstellte und nach 40 Jahren ohne Anwendung in Vergessenheit geraten war.⁴⁰

Diese Reformen stießen jedoch nicht nur auf Zustimmung, sondern auch auf breiten Widerstand. Salvador Allende versuchte nämlich die Gesellschaftsstruktur zu verändern. Diese Dynamik spaltete das Land noch tiefer und verwandelte die drei Lager in zwei. Deutlich wurde das während eines Besuchs von Fidel Castro im November und Dezember 1971. Der so genannte Marsch der leeren Töpfe, der sich am 1. Dezember ereignete, wurde vor allem von Frauen aus der Mittel- und Oberschicht getragen, wobei diese auf leere Töpfe schlugen, um auf die Verknappung der Nahrungsmittel hinzuweisen. Eskortiert wurde diese Demonstration von Mitgliedern der Opposition, darunter auch der rechtsextremen Gruppe Patria y Libertad. Bei dieser Gelegenheit kam es zu Auseinandersetzungen mit UP-Aktivisten und Mitgliedern der linksextremen MIR (Movimiento de Izquierda Revolucionaria). Die beiden Gruppen mussten durch die Polizei getrennt werden. Diese Demonstration war nicht nur ein weiterer Hinweis auf die Polarisierung des Landes sondern stellte auch die größte Kundgebung gegen Allende seit seiner Wahl zum Präsidenten dar.⁴¹ Die Stimmung in Chile war bereits seit dem 8. Juni 1971 äußerst gespannt, da eine Gruppe namens Vanguardia Obrera Popular (VOP) den ehemaligen Vizepräsidenten und Innenminister der Regierung Frei, Edmundo Pérez Zujovic, ermordet hatte. Dieser Vorfall erweiterte die Kluft zwischen der UP und den Christdemokraten. Die Opposition warf der Regierung vor, bewaffnete Gruppen zu unterstützen und dadurch die Gewalttätigkeiten zu schüren.⁴² Auch der Besuch Fidel Castros selbst war für die Opposition ein Schlag ins Gesicht. Allende hatte gehofft, dass Castro Einfluss auf die extreme Linke nehmen könnte, mit der er selbst oft in Konflikt geriet. Castro sprach zwar mit der Führung der MIR, seine Kritik am demokratischen Kurs Allendes machte diese Gespräche jedoch zunichte.⁴³

⁴⁰ Vgl. *Nohlen*, Feuer unter der Asche, 85.

⁴¹ Vgl. *Davis*, The Last Two Years of Salvador Allende, 47.

⁴² Vgl. Heinz Rudolf *Sonntag*, Revolution in Chile. Der schwierige Weg zum Sozialismus (Frankfurt a. M. 1972) 80.

⁴³ Vgl. *Davis*, The Last Two Years of Salvador Allende, 42.

Bei Nachwahlen zum Kongress am 16. Jänner 1972 verlor die UP dramatisch an Stimmen und die Opposition konnte den Sieg für sich in Anspruch nehmen.⁴⁴ Obwohl weder die Kommunal- noch die Nachwahlen mit Präsidentschaftswahlen vergleichbar waren, lässt sich ein gewisser Trend nach unten nicht leugnen und die UP war zu Recht beunruhigt. Die MIR leitete aus dem Ergebnis den Bedarf nach einer Beschleunigung der revolutionären Bestrebungen der Linken ab. Die Kommunisten beschuldigten jedoch die MIR, aufgrund ihrer illegalen Aktionen Schuld an der Niederlage zu tragen, da sie die Politik Allendes in ein falsches Licht rückten. Der Versuch einer Einigung und Fusionierung der Parteien der UP und eine daraus resultierende Reform scheiterten jedoch.⁴⁵

Im Oktober 1972 kam es zu folgenschweren innen- und außenpolitischen Konflikten, die die Regierung Allendes in äußerste Bedrängnis brachte. Innenpolitisch war es ein Streik der Lastwagenfahrer, der Chile in eine Krise stürzte. Unter Beteiligung des Einzelhandels wurde das Versorgungssystem des Landes lahm gelegt. Etwa gleichzeitig konnte die Kennecott Company, welche die Verstaatlichung ihrer Minen nicht hinnehmen wollte, über ein französisches Gericht die Beschlagnahmung von chilenischem Kupfer erwirken.⁴⁶ Der Streik der Klein- und Mittelbetriebe verdeutlichte eine neue Taktik der Opposition, die sonst eher von ArbeitnehmerInnen-Seite her bekannt war und den Effekt der Reformen Allendes auf die chilenische Gesellschaft zeigte. Roger Burbach geht sogar so weit zu sagen, dass: "From 1970 to 1973 Chile became a country in which the historical roles of the different social classes were reversed".⁴⁷ Während ArbeiterInnen hinter den Reformbestrebungen Allendes standen und auch mit Hilfe von Arbeitsbrigaden versuchten, Versorgungsengpässe zu beheben, streikten Großgrundbesitzer, Geschäftsinhaber und Transportunternehmer, indem sie ihre Felder nicht bebauten, ihre Geschäfte schlossen, und die Verkehrsmittel zum Stillstand

⁴⁴ Vgl. Nohlen, Chile, 254.

⁴⁵ Vgl. Nohlen, Chile, 256.

⁴⁶ Vgl. *Huneeus*, Der Zusammenbruch der Demokratie in Chile, 270.

⁴⁷ *Burbach*, The Pinochet Affair, 13.

brachten. Dadurch wurden große Teile der chilenischen Versorgung blockiert. Erstmals streikten also Menschen, die traditionell der Oberschicht und dem Bürgertum angehörten und nicht nur ArbeiterInnen.⁴⁸ Der Effekt, der daraus entstand, war aber eine Art der Selbstverwaltung. ArbeiterInnen produzierten in den Fabriken ohne Arbeitgeber weiter. So konnten die negativen Auswirkungen des Streiks weitgehend aufgehoben werden.⁴⁹

Allendes Antwort auf diese fast vierwöchige Krise bestand darin, dass er ein neues Kabinett bildete. Dies hatte er schon zuvor getan, doch dieses Mal war der eklatante Unterschied, dass er drei Militärs, darunter dem Oberkommandierenden General Carlos Prats, der Innenminister wurde, Ministerien überantwortete. Dies war sowohl ein Versuch, die eigenen Parteien, wie auch die extreme Linke unter Kontrolle zu bringen, als auch ein Zeichen an die Opposition, dass die Wahlen im März 1973 sichergestellt waren.⁵⁰ Durch diese Wahlen spitzte sich jedoch die politische Situation in Chile erneut zu. Zur Parlamentswahl am 4. März 1973 traten Regierung und Opposition in zwei großen Wahlblöcken gegeneinander an. Die *confederación democrática* (CODE), für die sogar Eduardo Frei kandidierte, war ein Zusammenschluss aller Oppositionsparteien mit dem Ziel, durch diese Bündelung eine Zweidrittelmehrheit mit Hilfe der WählerInnen zu erreichen. Diese Mehrheit war notwendig, um die Regierung zu stürzen. Die UP hegte hingegen die Hoffnung, die Mehrheit im Kongress zu erlangen, um endlich ihre Politik ohne Behinderungen seitens der Opposition weiterführen zu können. Das Ergebnis fiel jedoch für alle ernüchternd aus. Zwar hatte die CODE mit über 54% der Stimmen die Wahl gewonnen, jedoch die Zweidrittelmehrheit weit verfehlt. Die UP hatte ihr Wahlziel ebenso wenig erreicht und es war bald klar, dass sich an der Pattsituation, in der sich Chile befand, wenig ändern würde.⁵¹ Ein entscheidender Fehler könnte an dieser Stelle auch gewesen sein, dass Allende die Militärs aus seinem Kabinett entließ und somit riskierte, eine

⁴⁸ Vgl. *Burbach*, *The Pinochet Affair*, 14.

⁴⁹ Vgl. *Gabriel Smirnow*, *The Revolution Disarmed. Chile 1970-1973* (New York/London 1979) 75.

⁵⁰ Vgl. *Nohlen*, *Chile*, 267.

⁵¹ Vgl. *Haslam*, *The Nixon Administration and the Death of Allende's Chile*, 161.

ähnliche politische Situation wie in der Krise vom Oktober 1972 wiederherzustellen.⁵²

Im April 1973 kam es zu einem Streik, der erstmals nicht von der Opposition, sondern durch die Kernzielgruppe der UP organisierte wurde. Die Bergarbeiter von El Teniente – in der Provinz O'Higgins gelegen – forderten eine Lohnanpassung an die Inflation. Diese Forderung konnte jedoch von der Regierung nicht erfüllt werden. Hier zeigt sich auch die Zersplitterung der UP und ihrer Anhänger.⁵³ In den folgenden Monaten verlagerte sich der Konflikt zusehends auf paramilitärische Gruppen. Nicht nur die bereits erwähnten linken und rechten Gruppierungen rüsteten auf, auch die Parteien der UP organisierten paramilitärische Einheiten.⁵⁴

Die Antwort der extremen Rechten kam am 29. Juni. Die Offiziere eines in Santiago stationierten Regiments, die teilweise der Gruppe Patria y Libertad angehörten, versuchten einen Putsch gegen die Regierung. Ihre Hoffnung war, dass der Funke auf andere Teile der Streitkräfte überspringen würde und somit Allende gestürzt werden könnte.⁵⁵ Die Putschisten umstellten den Präsidentenpalast La Moneda mit Panzern und eröffneten das Feuer. General Prats konnte die anderen Truppenteile von einer Teilnahme an dieser Aktion abhalten und schließlich die Offiziere zur Aufgabe überreden.⁵⁶ In einer Rede zu den Ereignissen dieses Tages versuchte Allende die Arbeiter stärker an die Regierung zu binden, um einem möglichen weiteren Putsch gegensteuern zu können:

⁵² Vgl. *Nohlen*, Feuer unter der Asche, 112.

⁵³ Vgl. Fernando *Mires*, Die Militärs und die Macht. Thesen zum Fall Chile (Rotbuch 143, Berlin 1975) 115f.

⁵⁴ Vgl. *Davis*, The Last Two Years of Salvador Allende, 155.

⁵⁵ Vgl. *Huneeus*, Der Zusammenbruch der Demokratie in Chile, 285.

⁵⁶ Vgl. Volker *Lühr*, Chile: Legalität, Legitimität und Bürgerkrieg. Zur Durchsetzbarkeit sozialistischer Reformpolitik in einer parlamentarischen Demokratie (Sammlung Luchterhand 130, Darmstadt/Neuwied 1973) 197.

„Comrade workers, we have to organize. We have to create people's power that is not antagonistic to or independent from the government, that is the fundamental force and the lever that the workers possess to advance in the revolutionary process.“⁵⁷

Der Tancazo, wie der Putsch später genannt werden sollte, spiegelte die Unzufriedenheit der Militärs mit der Regierung Allendes wider. Vor allem die Forderungen der militanten Gruppen innerhalb der Linken, die Streitkräfte durch Volksmilizen zu ersetzen, brachten die Berufssoldaten auf.⁵⁸ Viele sahen in dem Putschversuch auch eine Art Generalprobe für einen weiteren Putsch. Diese Einschätzung sollte sich auch als richtig herausstellen.⁵⁹ Der Putsch zeigte auch die Handlungsressourcen, die die UP hatte. Es war nämlich zu keiner Mobilisierung von Arbeitermilizen gekommen, ein Umstand, der für den 11. September von großer Wichtigkeit sein sollte.⁶⁰

Verhandlungen zwischen UP und Opposition zur Stabilisierung der Situation scheiterten. Linke wie rechte paramilitärische Einheiten verstärkten ihre Aktionen und es kam zu zahlreichen Sabotageakten. Zusätzlich streikten die Transportunternehmer erneut.⁶¹ Wieder befand sich das Land dort, wo es im Oktober des vorigen Jahres bereits gestanden war. Allende reagierte auf dieselbe Weise. Am 9. August holte er die Oberbefehlshaber der Streitkräfte – darunter erneut General Prats – in sein Kabinett. Dieser Schritt hatte aber nicht die gleiche stabilisierende Wirkung, die er 1972 gehabt hatte. Allende wollte seinen politischen Kurs als letzten Ausweg einem Plebiszit unterziehen. Dieser Plan spaltete die UP jedoch noch stärker, und vor allem sein radikalerer Parteikollege Altamirano sprach sich dagegen aus. Eine friedliche Lösung des Konflikts schien immer unwahrscheinlicher.⁶²

Am 24. August legte General Carlos Prats jedoch sein Amt in der Regierung und als Oberbefehlshaber der Streitkräfte nieder. Damit verlor Allende endgültig

⁵⁷ James D. *Cockcroft* (ed.), *Salvador Allende Reader. Chile's Voice of Democracy* (Melbourne/New York 2000) 238.

⁵⁸ Vgl. *Rinke*, *Kleine Geschichte Chiles*, 155.

⁵⁹ Vgl. *Cockcroft*, *Salvador Allende Reader*, 232.

⁶⁰ Vgl. *Haslam*, *The Nixon Administration and the Death of Allende's Chile*, 181f.

⁶¹ Vgl. *Nohlen*, *Feuer unter der Asche*, 126.

⁶² Vgl. *Davis*, *The Last Two Years of Salvador Allende*, 187f.

seine Verbindung zum Militär und es war abzusehen, dass die Fraktion derer, die loyal zur Verfassung standen, in den Streitkräften an Einfluss verlor. Dadurch wurde ein Putsch immer wahrscheinlicher. Auch die Feierlichkeiten zum dreijährigen Jubiläum des UP Sieges am 4. September 1973 und der damit verbundene Großaufmarsch von Anhängern der UP konnten nicht mehr über die Krise Chiles hinwegtäuschen.⁶³ Als Allende am 9. September den Oberbefehlshabern der Streitkräfte bekannt gab, dass er ein Plebiszit abhalten wolle, und dies am Mittag des 11. September ankündigen würde, wusste er nicht, dass er damit indirekt den Tag des Putsches festgelegt hatte.⁶⁴

2.5 Das Scheitern des chilenischen Weges

Die Analyse, die der Marxist und Berater Allendes, Régis Debray, aufgrund seiner Einschätzung der Regierung der UP formulierte, zeigte das Dilemma der politischen Situation, obwohl seine Hoffnung ex post fehl am Platz wirkt:

„[...] wenn die Volksregierung den Winden und Gezeiten nicht widerstehen kann, wird sie entweder still in den Treibsänden des Reformismus versinken oder gewaltsam verschwinden. Der Genosse Allende wenigstens zeigt keine Anlage, in halben Maßnahmen unterzugehen oder seine Kehle den langen Messern des Feindes darzubieten. Es bleibt bei der ersten Lösung: widerstehen. Noch steht es gleich zu gleich, kann man sagen. Nichts spricht gegen die Hoffnung auf den Sieg.“⁶⁵

Allende war es in den drei Jahren seiner Amtszeit nicht gelungen, die Konflikte in Chile auch nur annähernd zu lösen. Innerhalb und außerhalb der UP musste er stets zwischen gemäßigten Kräften und den Befürwortern einer bewaffneten Revolution vermitteln. Letztere machten Allendes Politik durch die eigenständige Besetzung von Grundstücken und Gebäuden, sowie deren Verteidigung durch Milizen schwierig.⁶⁶ Gleichzeitig war es problematisch,

⁶³ Vgl. *Nohlen*, Feuer unter der Asche, 132.

⁶⁴ Vgl. *Haslam*, The Nixon Administration and the Death of Allende's Chile, 218.

⁶⁵ Régis *Debray*, *Salvador Allende*, Der chilenische Weg (Sammlung Luchterhand 42, Neuwied/Darmstadt/Berlin 1972) 62.

⁶⁶ Vgl. Karl-Hermann *Buck*, Die Sozialistische Partei Chiles 1933-1973. Geschichte Programme, Sozialstruktur (Frankfurt a. M. 1977) 152.

gegen die Opposition und ihre Stärke im Kongress zu regieren. Durch diese Machtverteilung gelang es Allende auch nicht, einen zentralen Aspekt des Parteiprogramms der UP durchzusetzen, nämlich eine Demokratisierung, die alle Ebenen einbeziehen sollte.⁶⁷

Die Wirtschaftspolitik der UP war 1973 ebenfalls am Ende. Die Inflation lag bei fast 400 Prozent.⁶⁸ Die Annäherung Chiles an sozialistische Staaten war bereits unter der Regierung Frei passiert, trotzdem beobachteten die U.S.A. die Entwicklung in Chile genau.⁶⁹ Vor allem die Annäherung an Fidel Castro stand hier im Mittelpunkt. Die Rolle der U.S.A. am Niedergang der chilenischen Demokratie ist indes umstritten. Dazu der Historiker Stefan Rinke:

„Der jetzige Forschungsstand legt nahe, dass die Destabilisierungsbemühungen der U.S.A. ein wichtiges, wenngleich nicht entscheidendes und vor allem keineswegs ausschließliches Element in der Herbeiführung des Putsches waren.“⁷⁰

Die Vorwürfe seiner Gegner, Allende habe sich an der Grenze zur Illegalität bewegt, beziehungsweise diese überschritten, bleiben wohl eine Frage der politischen Perspektive.⁷¹ Ihm jedoch zu unterstellen, er wäre mit Hitler vergleichbar, ist allerdings nicht nachvollziehbar.⁷² Wie sich der chilenische Weg weiterentwickelt und ob er ohne den Putsch in eine sozialistische Gesellschaft gemündet hätte, lässt sich schwer abschätzen. Die Regierungszeit Allendes kann aber – bei allen Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen – nicht als Entschuldigung dafür dienen, was mit und nach dem Putsch über Chile hereinbrach.

⁶⁷ Vgl. Ernesto *Moreno Beauchemin*, Die Gewerkschaftsbewegung und die Regierungen in Chile. Der Fall der Central Unica de Trabajadores (CUT) zwischen 1964 und 1973 (Heidelberg 1980) 134.

⁶⁸ Vgl. *Nohlen*, Feuer unter der Asche, 129.

⁶⁹ Vgl. Klaus *Eßer*, Durch freie Wahlen zum Sozialismus oder Chiles Weg aus der Armut (rororo aktuell 1554, Reinbeck b. Hamburg 1972) 142.

⁷⁰ *Rinke*, Kleine Geschichte Chiles, 157.

⁷¹ Vgl. Alistair *Horne*, Small Earthquake in Chile (new rev. and exp. Ed. London/Basingstoke/Oxford 1990) 345.

⁷² Vgl. Lothar *Bossle*, Allende und der europäische Sozialismus (Stuttgart 1975) 71.

3 Chile unter der Diktatur Pinochets

3.1 Der 11. September 1973

„Ich habe diese politische Anschauung, die Demokratie, immer verehrt und bewundert, jedoch ist sie, ungeachtet ihrer Vorteile, vollständig unfähig, den Kommunismus zu besiegen, wenn man sie nicht richtig für eine solche Auseinandersetzung ausrüstet. Es ist ihr erst recht unmöglich, den Vorstoss [sic] einer totalitären Lehre aufzuhalten, da paradoxerweise gerade in der herkömmlichen Demokratie selber die größten Schwächen liegen, die ihre Zerstörung erleichtern.“⁷³

Das Datum des Putsches wurde von den Militärs sehr kurzfristig angesetzt. Wie bereits erwähnt, war die Ankündigung Salvador Allendes, ein Plebiszit über seine Politik abzuhalten ein möglicher Auslöser für die Vorverlegung des Staatsstreiches. General Augusto Pinochet gab später an, dass ursprünglich der 14. September ausgewählt worden wäre. An diesem Tag hätte die Generalprobe für eine Militärparade stattfinden sollen, wodurch der Aufmarsch von Truppen und die Ausgabe von Munition unbemerkt geblieben wären.⁷⁴ Der Entschluss zu diesem Umsturz wurde von den beiden Oberkommandierenden der Marine und der Luftwaffe, Admiral José Toribio Merino und General Gustavo Leigh am 8. September gefasst. Erst am folgenden Tag unterrichteten sie Pinochet davon. Als Nachfolger von General Prats war seine politische Einstellung für die Putschisten nicht abschätzbar. Sie vermuteten sogar, dass er sich loyal gegenüber Allende verhalten würde. Pinochet stimmte jedoch zu und so wurde am Vorabend des Putsches eine Proklamation von General César Mendoza (Carabineros) und den drei zuvor erwähnten Oberbefehlshabern unterzeichnet.⁷⁵

Der Putsch selbst begann mit der Rückkehr der chilenischen Marine von einem Manöver mit der U.S.-Navy in den Hafen von Valparaiso in den Morgenstunden

⁷³ Augusto *Pinochet Ugarte*, Der Tag der Entscheidung. 11. September 1973 (Santiago de Chile 1987) 15.

⁷⁴ Vgl. *Pinochet*, Der Tag der Entscheidung, 145.

⁷⁵ Vgl. *Rinke*, Kleine Geschichte Chiles, 156f.

des 11. September. Nach dem Einlaufen der Flotte wurde die Stadt besetzt.⁷⁶ Als Allende davon erfuhr, begab er sich mit seinen engsten Vertrauten zum Präsidentenpalast La Moneda. Von dort aus versuchte er zu erfahren, wie die Situation aussah, konnte aber seitens des Militärs anfangs keine Information bekommen.⁷⁷ Um 8.30 Uhr wurde die erste Radioübertragung der Putschisten gesendet, wonach der Präsident sein Amt zurücklegen sollte. Allende antwortete um etwa 10.00 über Radio Magellanes, dass die Putschisten bisher noch nicht abschalten konnten.⁷⁸ Er war sich dessen bewusst, dass es seine letzten Worte (hier in englischer Übersetzung) an seine Anhänger sein würden:

„Long live Chile! Long live the people! Long live the workers! These are my last words. I am sure that my sacrifice will not be in vain; I am sure that it will at last be a moral lesson which will punish felony, cowardice and treason.“⁷⁹

Allende weigerte sich sein Amt niederzulegen und sich den Forderungen der Militärs zu beugen. Es wurde ihm sogar angeboten, mit seiner Familie außer Landes zu fliegen.⁸⁰ Aus seiner letzten Ansprache lässt sich jedoch schließen, dass Allende sich damit abgefunden hatte, dass er den Putsch nicht überleben würde.

Kurz darauf bombardierte die Luftwaffe den Präsidentenpalast, der anschließend Feuer fing. Als Allende bemerkte, dass La Moneda nicht mehr zu verteidigen war, befahl er die Evakuierung. Als sich sein Berater Joan Garcés weigern wollte, antwortete Allende: „...y, por último, alguien tiene que contar lo que aquí ha pasado, y sólo usted puede hacerlo.“⁸¹ Er wollte als letzter gehen. Als die letzten Verbliebenen gegangen waren, schoss sich Allende in den Kopf.⁸² Es gab jedoch auch immer wieder Gerüchte, wonach er ermordet

⁷⁶ Vgl. Jürgen *Eckl*, *Klassenkämpfe in Chile* (Reihe Internationale Solidarität 8, Offenbach 1975) 125.

⁷⁷ Vgl. Mary Helen *Spooner*, *Soldiers in a Narrow Land. The Pinochet Regime in Chile* (updated ed., Berkeley/Los Angeles/London 1999) 38f.

⁷⁸ Vgl. Mark *Ensalaco*, *Chile under Pinochet. Recovering the Truth* (Philadelphia 2000) 3f.

⁷⁹ *Cockcroft*, *Salvador Allende Reader*, 241.

⁸⁰ Vgl. *Spooner*, *Soldiers in a Narrow Land*, 40.

⁸¹ Joan E. *Garcés*, *Allende y la Experiencia Chilena. Las armas de la politica* (Santiago de Chile 1991) 397.

⁸² Vgl. *Spooner*, *Soldiers in a Narrow Land*, 42.

worden war.⁸³ Der Tod Allendes beendete die Demokratie in Chile. Die Militärs hatten leichtes Spiel die Macht zu übernehmen. Sie trafen nur auf geringen Widerstand, ganz im Gegensatz zur früheren Propaganda der Rechten, wonach eine bewaffnete Linke das Land in den Bürgerkrieg stürzen würde und somit zu bekämpfen sei. Lediglich in der Hauptstadt widersetzten sich einige Heckenschützen dem Putsch, doch auch diese konnten die Entwicklung nicht mehr aufhalten.⁸⁴

3.2 Von der Junta zur Diktatur Pinochets

Für die Gegner der UP kam der Putsch durch die Militärjunta einer Erleichterung gleich. Selbst die Christdemokraten Frei und Aylwin machten daraus kein Hehl. Der Grund für diese Haltung war die Einschätzung, dass sich das Militär nach der Ergreifung der Macht wieder zurückziehen würde.⁸⁵ Danach sollte die Demokratie wieder ihren freien Lauf nehmen, allerdings ohne Salvador Allende. Die Junta dachte aber nicht daran, die Macht so schnell aus der Hand zu geben. Zuerst machten sich die Militärs daran, die Führungspersonlichkeiten und AnhängerInnen der UP auszulöschen.

Die Regierung Allende hatte eine breite Basis der Unterstützung über Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, JournalistInnen, aber auch KünstlerInnen geschaffen.⁸⁶ Gegen diese VertreterInnen der Linken führte das Militär einen regelrechten Krieg. Um die nötigen Freiheiten zu erlangen, wurden Belagerungszustand und Kriegsrecht für ganz Chile ausgerufen, wodurch Ausgangssperren und ein Versammlungsverbot eingeführt wurden. Alle Parteien, die der UP angehört hatten, wurden verboten.⁸⁷ Legitimiert wurde dieses Vorgehen unter anderem durch die Publimachung des Plan Z, laut dem

⁸³ Vgl. Komitee Solidarität mit Chile (Hg.), *Konterrevolution in Chile. Analysen und Dokumente zu Terror* (rororo aktuell 1717, Reinbeck b. Hamburg 1973) 16.

⁸⁴ Vgl. *Rinke*, *Kleine Geschichte Chiles*, 157.

⁸⁵ Vgl. *Haslam*, *The Nixon Administration and the Death of Allende's Chile*, 222.

⁸⁶ Vgl. *Burbach*, *The Pinochet Affair*, 43.

⁸⁷ Vgl. *Friedmann*, *Chile unter Pinochet*, 34.

die UP Todeslisten mit mehreren tausend Namen geführt hätte und dieses Vorhaben durch den Putsch vereitelt worden sei.⁸⁸ Die Existenz eines solchen Planes ist jedoch nicht bewiesen und gehörte wohl zur Propaganda der Junta.⁸⁹ Um die Macht gerecht aufzuteilen, einigten sich die vier Generäle auf ein Rotationsprinzip, wonach abwechselnd einer den Vorsitz haben sollte. Dieses Vorgehen war in allen Militärdiktaturen des Conosur zu dieser Zeit üblich. General Gustavo Leigh beanspruchte den ersten Vorsitz für sich, da er der dienstälteste Kommandeur war. Dem hielt Pinochet entgegen, dass er, als Oberbefehlshaber der Armee diesen Posten als erster übernehmen sollte. Die Armee war die älteste Waffengattung in Chile und auch die mächtigste. Dieser Argumentation stimmten die anderen beiden Mitglieder der Junta zu.⁹⁰ Mit diesem Schritt sollte der Aufstieg von Pinochet, der als letzter dem Putsch zugestimmt hatte, beginnen, da er die Macht bis zum Transitionsprozess nicht mehr aus der Hand geben sollte. Unter Führung der Junta wurde ein autoritäres System in Chile geschaffen, das vom Militär gänzlich gesteuert wurde. Die Ministerien wurden nach Proporzsystem unter den vier Waffengattungen – Armee, Marine, Luftwaffe und Carabineros - aufgeteilt.⁹¹

Nach dem Verbot der UP und ihrer Parteien mussten auch die Christdemokraten ihre Aktivitäten einstellen, obwohl sie nicht verboten wurden. Die nationale Partei löste sich freiwillig auf und viele Mitglieder arbeiteten für das neue Regime. Ebenso wurde der Kongress aufgelöst.⁹² Dadurch wurde die Macht in den Händen der Junta konzentriert. Pinochet gab sich jedoch nicht damit zufrieden, dass das Rotationsprinzip die Macht auf alle vier Mitglieder verteilte. Er setzte sich gegen General Leigh durch, von dem man angenommen hatte, er würde die dominante Rolle übernehmen.⁹³ Im Juli 1974 wurden die Kompetenzen von General Augusto Pinochet ausgeweitet. Bereits

⁸⁸ Vgl. Bernhard *Starischka*, *Der Sturz des Präsidenten Allende in Chile* (Politikum-Reihe 22, Stuttgart 1974) 41-43.

⁸⁹ Vgl. *Davis*, *The Last Two Years of Salvador Allende*, 370.

⁹⁰ Vgl. *Burbach*, *The Pinochet Affair*, 46f.

⁹¹ Vgl. *Friedmann*, *Chile unter Pinochet*, 32.

⁹² Vgl. *Carlos Huneeus*, *The Pinochet Regime* (Boulder/London 2007) 44.

⁹³ Vgl. *Pamela Constable*, *Arturo Valenzuela, A Nation of Enemies*. Chile under Pinochet (New York/London 1991) 65.

im Dezember 1974 wurden ihm der Titel und das Amt des Präsidenten der Republik übertragen. Um seine Position zu festigen, umgab er sich mit einem Beratungsstab.⁹⁴ Dies war auch notwendig, um alle seine Funktionen erfüllen zu können. Er war nun nämlich nicht nur Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Vorsitzender der Junta, sondern auch Regierungschef und Staatspräsident.⁹⁵ Durch die Akkumulation von Posten hatte Pinochet die Macht an sich gerissen. Obwohl die Verfassung 1973 außer Kraft gesetzt worden war, übte Pinochet sein Präsidentenamt - wie verfassungsmäßig geregelt - aus.⁹⁶ Der Schein der Verfassungsmäßigkeit war für Pinochet offensichtlich von äußerster Wichtigkeit. 1976 wurden vier konstitutionelle Gesetze verabschiedet, die dem Regime noch mehr Handlungsspielraum aufgrund des Notstandes einräumten.⁹⁷

Der internationale Protest gegen die Diktatur und seine repressive Politik wuchs. Den Höhepunkt stellte der 16. Dezember dar, als die U.N. Chile aufgrund der Menschenrechtsverletzungen mit 96 zu 14 Stimmen verurteilte. Im Gegenzug setzte Pinochet ein Referendum für den 4. Jänner 1978 an, um der Welt vor Augen zu führen, dass er großen Rückhalt in der Bevölkerung hätte. Die Frage auf den Stimmzetteln war, ob man den Präsidenten bei seiner Verteidigung des Landes gegen ausländische Aggression unterstütze. Die Wahl, die unter fragwürdigen Umständen stattfand, fiel für den Diktator aus. Offiziell bestätigt ging Pinochet nun daran, seinen letzten Rivalen aus dem Weg zu räumen. General Leigh hatte Pinochet schon länger kritisiert und als er das öffentlich tat, sollte ihn das seinen Platz in der Junta kosten. Wegen dieser Kritik und dem Gerücht, dass Offiziere der Luftwaffe einen Putsch planten, umstellte die Armee Stützpunkte der Luftstreitkräfte. Leigh wurde aufgefordert die Junta zu verlassen und nach seiner Weigerung als inkompetent entlassen. Sein Nachfolger General Matthei war der neunte in der Nachfolgekette, worauf die acht Generäle vor ihm ihren Rücktritt einreichen mussten.⁹⁸ Erneut hatte

⁹⁴ Vgl. *Huneus*, *The Pinochet Regime*, 83.

⁹⁵ Vgl. *Friedmann*, *Chile unter Pinochet*, 44.

⁹⁶ Vgl. *Constable*, *Valenzuela*, *A Nation of Enemies*, 67.

⁹⁷ Vgl. *Rinke*, *Kleine Geschichte Chiles*, 160f.

⁹⁸ Vgl. *Constable*, *Valenzuela*, *A Nation of Enemies*, 67f.

Pinochet seine Macht unter Beweis gestellt, aber auch demonstriert, wie wichtig ihm der Anschein von Legalität bei seinen Rochaden war.

3.3 Augusto Pinochet

Augusto Pinochet Ugarte war ein auf den ersten Blick eher untypischer Militärdiktator. Er war nicht maßgeblich an der Planung des Putsches beteiligt und wurde auch erst kurz davor in die Pläne der anderen Oberbefehlshaber eingeweiht. Diese konnten seine politische Überzeugung und seine Fähigkeiten anscheinend nicht richtig einschätzen.⁹⁹ Er war im Vergleich zu anderen Diktatoren nicht besonders charismatisch und hatte vor dem Putsch auch keine besonderen politischen Visionen für sein Land geäußert.¹⁰⁰ Seine Militärkarriere verlief anfangs auch eher unspektakulär. Er diente in verschiedenen Regimentern in den Provinzen Chiles.¹⁰¹

Einer dieser Posten ist jedoch bemerkens- und erwähnenswert. Im Jahre 1948 wurde die Kommunistische Partei durch Präsident González Videla verboten. Pinochet bekam das Kommando über ein Internierungslager für Mitglieder dieser Partei in Pisagua. Bei dieser Gelegenheit traf er Salvador Allende zum ersten Mal. Dieser untersuchte als Mitglied einer Kongressdelegation die Haftbedingungen in genanntem Lager¹⁰². Pinochet selbst äußerte sich zu diesem Treffen dahingehend, dass der Vorfall, der sich dabei ereignete, Rückwirkungen auf ihn haben hätte können, wenn Salvador Allende sich daran erinnert hätte. Pinochet verwehrte der Delegation nämlich den Zugang zum Lager, da keine Erlaubnis für den Besuch von Seiten des Militärs erteilt worden war. Als die Kongressabgeordneten darauf bestanden, drohte Pinochet damit,

⁹⁹ Vgl. *Huneus*, *The Pinochet Regime*, 78.

¹⁰⁰ Vgl. *Burbach*, *The Pinochet Affair*, 21.

¹⁰¹ Vgl. *Huneus*, *The Pinochet Regime*, 79.

¹⁰² Vgl. *Burbach*, *The Pinochet Affair*, 28f.

auf sie schießen zu lassen.¹⁰³ Auf die Frage, ob er das tatsächlich getan hätte, antwortete er:

„Ich war bereit dazu. Auf diese entschiedene Antwort hin zogen sie sich jedoch ins Landesinnere zurück. Ich glaube, dass ich meine Drohung wahrgemacht hätte, denn unsere Vorschriften lauteten, keinen Besuch zuzulassen und erst recht nicht diese Herren, die keine andere Absicht hatten, als die Verbannten aufzuwiegeln.“¹⁰⁴

Diese Aussage kam jedoch nach dem Putsch zustande, als Pinochet sich als gestandener Anti-Marxist darstellte. Sollte der Vorfall tatsächlich so vonstatten gegangen sein, hatte Pinochet jedoch allen Grund, darüber erleichtert zu sein, dass Allende ihn nicht wieder erkannte. Die Darstellung der Episode kann hingegen sehr wohl als das Selbstbild Pinochets gewertet werden, das er auf diesem Wege publik machen wollte.

Seine weitere Karriere macht ihn zum Professor der Militäarakademie. Danach kommandierte er die 6. Division in Iquique für zwei Jahre, um 1971 in die Garnison von Santiago versetzt zu werden. Im selben Jahr wurde er Leiter des Generalstabs der Armee unter General Prats, den er vertrat, wenn dieser im Ausland weilte. Prats war es auch zu verdanken, dass Pinochet dessen Nachfolger wurde, weil er Präsident Allende diese Empfehlung aussprach. Dies sollte ein folgenschwerer Fehler sein, der sowohl Allende, als auch Prats das Leben kostete. Prats wurde nämlich zusammen mit seiner Frau im Exil in Buenos Aires durch eine Autobombe getötet.¹⁰⁵ Dies zeigt, dass Pinochet, der später den Anti-Marxisten der ersten Stunde spielte, seinen karrieretechnischen Aufstieg erst unter der Regierung der UP begann. Allende vertraute ihm, doch der General schlug sich auf die Seite der Putschisten.¹⁰⁶ Damit begann der Aufstieg Pinochets, der ihn für fast zwei Jahrzehnte zum mächtigsten Mann Chiles machen sollte.

¹⁰³ Vgl. *Pinochet*, Der Tag der Entscheidung, 34.

¹⁰⁴ *Pinochet*, Der Tag der Entscheidung, 34.

¹⁰⁵ Vgl. *Huneeus*, The Pinochet Regime, 79.

¹⁰⁶ Vgl. *Friedmann*, Chile unter Pinochet, 44.

3.4 Von der neuen Verfassung zum Plebiszit

Das Referendum und der Ausschluss von General Leigh hatten zwar Augusto Pinochets Position gefestigt, aber langsam regte sich auch in Chile Widerstand gegen die Politik des Regimes. Gewerkschafter protestierten 1978 erstmals gegen die Wirtschaftspolitik und Regimegegner feierten den 4. September, an dem Allende gewählt worden war, während sie den 11. September in einen Trauertag umwandelten. Ein Amnestiegesetz, das alle bisher begangenen Menschenrechtsverletzungen für straffrei erklärte, sorgte ebenso für Protest.¹⁰⁷

Um seine Diktatur auf legale Füße zu stellen, kündigte Pinochet eine neue Verfassung und den möglichen Übergang zur Demokratie an. Bereits seit dem Putsch wurde an einer neuen Verfassung gearbeitet. Das Ergebnis dieser Arbeit war äußerst autoritär und schrieb Pinochet zahlreiche Rechte zu. Er würde eine Legislaturperiode von acht Jahren regieren, um sich anschließend einem Referendum zu stellen.¹⁰⁸ Am 11. August 1980 wurde der Verfassungsentwurf veröffentlicht und am 11. September fand die Volksabstimmung darüber statt. Die Bedingungen für dieses Referendum waren ebenso zweifelhaft wie für das zwei Jahre zuvor. Zusätzlich war nicht klar, welche Konsequenz eine Ablehnung durch die Bevölkerung nach sich ziehen würde. Es gab breite Kritik an dem Entwurf, dessen Gesetzeskonformität angezweifelt wurde. Dennoch stimmten offiziell 67 Prozent der Bevölkerung für diesen Entwurf. Daher konnte die neue Verfassung mit 11. März 1981 in Kraft treten. Sie sah zwei Stufen der Transition vor. In der ersten (bis 1990) blieb die Rolle der Junta und des Präsidenten unverändert. Danach würde die Verfassung im vollen Umfang zur Geltung kommen und Chile in eine geschützte Demokratie mit den Streitkräften als Verfassungshüter umgewandelt.¹⁰⁹

¹⁰⁷ Vgl. *Rinke*, Kleine Geschichte Chiles, 167.

¹⁰⁸ Vgl. *Constable, Valenzuela*, A Nation of Enemies, 71.

¹⁰⁹ Vgl. *Friedmann*, Chile unter Pinochet, 123f.

Am 11 März 1981 wurde Pinochet als Präsident Chiles vereidigt. Er dankte seinen Unterstützern vom Balkon des Präsidentenpalastes La Moneda, der nach der Bombardierung acht Jahre zuvor, renoviert worden war.¹¹⁰ Was auf den ersten Blick wie der größte Sieg in der Laufbahn von Augusto Pinochet schien, war im Prinzip der Anfang vom Ende der Diktatur, auch wenn dieser Prozess noch weitere neun Jahre in Anspruch nehmen sollte. Die nächsten zwei Jahre standen im Zeichen des ökonomischen Aufschwungs, der viele Probleme der Diktatur übertünchte. Als 1983 eine Wirtschaftskrise das Land ergriff, regte sich erstmals politischer Widerstand. Trotz aller Repressalien hatte das Pinochet Regime es nicht geschafft, die Opposition vollständig auszulöschen.¹¹¹ Es kam zu Massenprotesten, bei denen der Rücktritt Pinochets gefordert wurde. Es begannen sich verschiedene politische Blöcke herauszubilden, die aus den verbleibenden Teilen ehemaliger Parteien zusammengesetzt waren. Die Alianza Democrática (AD) bestand aus linken Parteien, den Christdemokraten, aber auch demokratischen Rechten. Das Movimiento Democrático Popular (MDP) setzte sich aus Kommunisten, einem Teil der Sozialisten und der MIR zusammen. Hinzu kam noch der Sozialistische Block, in dem Parteien vertreten waren, die teilweise auch in der AD waren. Pinochet reagierte, indem er einen Zivilisten zum Innenminister ernannte und später die Aktivitäten von Parteien erlaubte, Versammlungs- und Meinungsfreiheit erweiterte und den Ausnahmezustand aufhob.¹¹²

Die Opposition ging deshalb davon aus, dass das Regime in einer unüberwindbaren Krise steckte. 1986 glaubte sie sich schon nahe an der Machtübernahme.¹¹³ Weder die Massenproteste, noch die vereinzelt Versuche von gewaltsamen Umstürzen konnten jedoch die Diktatur Pinochets beenden. Die einzige Möglichkeit dafür bot das Plebiszit von 1988. Die Opposition musste also in der Logik des Regimes bleiben, was einer Transition

¹¹⁰ Vgl. *Constable, Valenzuela, A Nation of Enemies*, 73.

¹¹¹ Vgl. *Rinke, Kleine Geschichte Chiles*, 169f.

¹¹² Vgl. *Friedmann, Chile unter Pinochet*, 146f.

¹¹³ Vgl. Michael *Gleich, Chile: Spielräume der demokratischen Opposition zwischen Diktatur und Demokratie. Eine politische Transformationsstudie mit einer Falluntersuchung über die Opposition in Rancagua, der Hauptstadt der VI. Region „Bernardo O'Higgins“ (Forschungen zu Lateinamerika 28, Saarbrücken/Ford Lauderdale 1991) 150.*

von oben gleichkam.¹¹⁴ Im Februar 1988 wurde die Concertación de Partidos por el No als Wahlbündnis der Opposition gegründet. Das Ziel war es, ein Nein zur Verlängerung der Amtszeit von Pinochet zu erreichen. Dieses Bündnis sollte mit seinen Kampagnen das erreichen, was sonst keine oppositionellen Aktivitäten der vergangenen 15 Jahre bewirkt hatten, nämlich das Ende der Ära Pinochet. Bei der Volksabstimmung unterlag der siegessichere Diktator, da sich 55 Prozent gegen die Verlängerung seiner Amtszeit aussprachen. Somit war der Weg für Wahlen im Jahre 1989 geebnet und das Ende der Diktatur in Sicht.¹¹⁵

3.5 Mechanismen der Eliminierung und Unterdrückung

Der Putsch vom 11. September 1973 hatte eine wahre Welle der Gewalt ausgelöst, die unter der Diktatur Pinochets nie ganz verebben sollte. Wie bereits erwähnt, erklärte die Junta den marxistischen Gruppen als innerem Feind den Krieg. Marxismus wurde als anti-chilenisch dargestellt und diffamiert. Die Rolle, die die Militärs sich zuschrieben, war die der Retter des Vaterlandes. Diese Überzeugungen, gekoppelt mit der Vorstellung, dass die Front quer durch die Gesellschaft ging, war Auslöser und Begründung für die Menschenrechtsverletzungen, die unter Augusto Pinochet begangen wurden und später international verurteilt werden sollten. Der politische Gegner, der eben noch demokratisch legitimiert an der Macht war, wurde zum Feind erklärt, den es auszulöschen galt. Inhaftierte galten als Kriegsgefangene, denen der Vaterlandsverrat vorgeworfen wurde.¹¹⁶

Es waren jedoch nicht nur chilenische AktivistInnen der UP und anderer linksgerichteter Organisationen, denen die Verfolgung drohte. Ausländische

¹¹⁴ Vgl. Christa *Rottensteiner*, Schuld ohne Sühne? Das Erbe der Menschenrechte in Chile nach Pinochet (Europäische Hochschulschriften Reihe XXXI Politikwissenschaft 341, Frankfurt a. M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1997) 34.

¹¹⁵ Vgl. *Rinke*, Kleine Geschichte Chiles, 172.

¹¹⁶ Vgl. *Friedmann*, Chile unter Pinochet, 34f.

StaatsbürgerInnen standen unter Generalverdacht. Ihnen wurde vorgeworfen, Söldner Allendes zu sein und sich zum Zweck eines marxistischen Putsches in Chile aufzuhalten.¹¹⁷ Diese Vorstellungen waren durch die polarisierten Wahrnehmungen des Kalten Krieges einerseits und dem traditionellen Anti-Marxismus des chilenischen Militärs andererseits, mitgeprägt. Das Vorgehen wurde international verurteilt und es kam zu Demonstrationen gegen den Putsch und die Gewalt, unter anderem auch in Wien.¹¹⁸ Das Vorgehen der Streitkräfte führte dazu, dass Chilenen aber auch andere Staatsbürger versuchten, über die Botschaften anderer Länder Asyl zu bekommen. Für viele war die Flucht die einzige Möglichkeit, Gefangennahme, Folter, oder gar Ermordung zu entgehen. Die Repression war so stark, dass 1976 geschätzte 8 Prozent der Chilenen im Ausland lebten.¹¹⁹ Wer aufgegriffen wurde, lief Gefahr, in eines von zwei Stadien (Chile Stadion und das größere Nationalstadion) gebracht zu werden, die nun als Konzentrationslager dienten¹²⁰. Viele der Inhaftierten wurden von den eigenen Nachbarn als Sympathisanten der Allende Regierung angezeigt.¹²¹ In den Stadien erwarteten die Inhaftierten Verhöre, Folter und oft auch die sofortige Exekution. Die Militärs benutzten - unter anderem - ehemalige Mitglieder UP-naher Parteien und Gewerkschaften, um andere Mitglieder dieser Organisationen zu identifizieren. Unterstützung kam auch von anderen Militärdiktaturen, die bereits mehr Erfahrung im Bereich der Folter hatten. Die Körper der Ermordeten wurden entweder zur Abschreckung auf den Straßen abgelegt, oder in den Río Mapocho geworfen. Ein Beispiel für diese Vorgehensweise war der Musiker Víctor Jara. Er wurde geschlagen, man brach ihm die Hände und exekutierte ihn, um seine Leiche anschließend in einem Elendsviertel abzuladen.¹²²

¹¹⁷ Vgl. *Ensalaco*, Chile under Pinochet, 35.

¹¹⁸ Vgl. Herbert *Berger*, Solidarität mit Chile. Die österreichische Chile-Solidaritätsfront 1973-1990 (Wien 2003) 19.

¹¹⁹ Vgl. Jaime *Robotham*, *Alfons Federspiel*, Hinsehen verboten. Unfeine Bilder aus Chile (Weinheim/Basel 1987) 96.

¹²⁰ Vgl. *Ensalaco*, Chile under Pinochet, 30f.

¹²¹ Vgl. *Burbach*, The Pinochet Affair, 45.

¹²² Vgl. *Ensalaco*, Chile under Pinochet, 32f.

Obwohl die Ablehnung dieser Grausamkeiten überwog, gab es auch Stimmen, die versuchten, die Handlungen der Junta zu beschönigen. Dazu gehört auch die - aufgrund ihres Zynismus beinahe legendär gewordene - Aussage des CDU Politikers Bruno Heck: „Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Frühlingswetter recht angenehm. Bei Regen ist es natürlich scheußlich.“¹²³ Dieser Kommentar scheint vielleicht für einen Urlaubsort angebracht, nicht jedoch für ein Konzentrationslager. Die Schiffe der Marine, die als Internierungslager dienten und auf denen Gefangene systematisch gefoltert wurden, wurden ebenso menschenverachtend kommentiert. Ein Magazin, das der Junta nahe stand, stellte fest, dass die Seeluft gut für die Gefangenen sei.¹²⁴

3.5.1 La Caravana de la Muerte

Besonders berüchtigt war jedoch eine Strafexpedition, die bis heute als La Caravana de la Muerte als grausames Beispiel für den Umgang mit Gefangenen und die Menschenrechtsverletzungen unter Pinochet steht. Diese Operation wurde von Augusto Pinochet persönlich angeordnet und von General Sergio Arellano Stark durchgeführt, der maßgeblich an der Planung des Putsches vom 11. September 1973 beteiligt war und den späteren Diktator auch persönlich eingeweiht hatte. Einige der Offiziere, die Teil der Todeskarawane waren, sollten später auch Positionen in der Geheimpolizei erlangen. Ziel des Unterfangens war es, in sieben Städten und Dörfern, die als problematisch angesehen wurden, Gericht zu halten und härtere Urteile als die lokalen Kriegstribunale zu fällen. Besonders bemerkenswert ist auch, dass sich zu dieser Zeit der Generalsekretär der Interamerikanischen Menschenrechtskommission in Chile aufhielt.¹²⁵

¹²³ Süddeutsche Zeitung vom 18.10.1973, zit. nach: Hernán Valdés, Folter in Chile. Auch wenn es nur einer wäre... Tagebuch aus dem chilenischen KZ (rororo aktuell 12347, erw. Neuaufl. Reinbeck b. Hamburg 1987) III.

¹²⁴ Vgl. *Constable, Valenzuela, A Nation of Enemies*, 31f.

¹²⁵ Vgl. *Ensalaco, Chile under Pinochet*, 39.

Dies ist ein Indiz für die Kaltblütigkeit mit der die Aktion ausgeführt wurde und auch das Selbstverständnis, mit dem Pinochet seinen internen Krieg führte. Die Todeskarawane trat am 30 September 1973 in einem Puma Hubschrauber ihre Route an, in deren Verlauf 75 Chilenen ihr Leben lassen mussten. Als erste Station wurde Talca angefliegen.¹²⁶ Diese Stadt war eine von drei Schauplätzen im Süden der Hauptstadt, anschließend sollte es in den Norden weitergehen. Die Opfer waren wegen kleiner Vergehen angeklagt, nur knapp mehr als die Hälfte waren überhaupt Mitglieder politischer Parteien.¹²⁷ In Talca hatte sich der örtliche Gouverneur der Festnahme widersetzt und dabei zwei Menschen getötet. Dafür war er exekutiert worden. Ansonsten war alles ruhig geblieben.¹²⁸ Dies war vor allem der Versöhnungspolitik des örtlichen Militärkommandanten anzurechnen. Doch diese Politik widersprach der Linie der Junta, die Konflikte und Gefangene brauchte, um Beweise für einen Plan Z zu sammeln. Aus diesem Grund wurde der Militärkommandant abgelöst.¹²⁹ Als Arellano Stark erfuhr, dass es keinerlei Auseinandersetzungen gegeben hatte, brüllte er: "Don't you know that we're at war?"¹³⁰

Pinochet versuchte durch die Todeskarawane einen Zustand herzustellen, der so nicht existierte, um eine Legitimation für den Putsch und die Vernichtung der Opposition zu erhalten. Nachdem die Todeskarawane Talca ihren Stempel aufgedrückt hatte, ging es weiter nach Cauquenes, wo vier Sozialisten exekutiert wurden, sowie nach Temuco und Valdivia. Im Süden gab es jedoch keine so starken Gründe für das Regime besorgt zu sein. Dies sollte sich im Norden ändern, wo auch die Gangart der Todeskarawane härter wurde. Hier war die Junta mit Bergarbeitern der Kupferminen konfrontiert, die sowohl hochgradig organisiert waren als auch traditionell Parteien des linken Spektrums unterstützten.¹³¹ Am 16. Oktober erreichte General Arellano den Ort La Serena, wo hunderte politische Gefangene im Gefängnis eingesperrt waren.

¹²⁶ Vgl. Patricia Verdugo, Chile, Pinochet and the Caravan of Death (Coral Gables 2001) 13.

¹²⁷ Vgl. Huneeus, The Pinochet Regime, 48f.

¹²⁸ Vgl. Ensalaco, Chile under Pinochet, 40.

¹²⁹ Vgl. Verdugo, Chile, Pinochet and the Caravan of Death, 15f.

¹³⁰ Vgl. Verdugo, Chile, Pinochet and the Caravan of Death, 15.

¹³¹ Vgl. Ensalaco, Chile under Pinochet, 40f.

15 von ihnen wurden mitgenommen und knappe zwei Stunden später hingerichtet. Die Anklagepunkte reichten, laut eines offiziellen Kommuniqués, von der Mitgliedschaft in einer terroristischen Gruppe mit dem Ziel die Polizeistation zu überfallen, bis zum Kauf, Diebstahl und Besitz von Waffen und Sprengstoff.¹³² In Copiapó wurden am folgenden Tag weitere dreizehn Gefangene exekutiert. Diesmal wurde aber weder eine Befragung, noch ein Tribunal abgehalten. Die Gefangenen sollten offiziell nach La Serena gebracht werden, wo sie jedoch nie ankamen. Als Erklärung für die Ermordung der Gefangenen wurde ein gescheiterter Fluchtversuch angeführt. Die Todeskarawane versuchte gar nicht mehr, den Schein der Rechtssprechung zu wahren. In Antofagasta wurden die Exekutionen zwei Tage später sogar ohne das Wissen des dortigen Militärkommandanten veranlasst.¹³³ In Calama sollte dies ebenso der Fall sein. Hier kam es auch in Bezug auf die Brutalität der Militärs zu einem traurigen Höhepunkt. Für alle Stationen der Todeskarawane galt, dass Leichen selten auftauchten, wahrscheinlich um die schweren Folterspuren zu vertuschen.¹³⁴

Diese Spuren von Folter und Grausamkeit wären in Calama, wo die Todeskarawane am 19. Oktober ihr Ende fand, wohl am deutlichsten sichtbar gewesen. Hier hatte der Sadismus endgültig die Oberhand gewonnen. Die Gefangenen wurden nicht einfach erschossen, sondern mit Schusswaffen und speziellen Messern, so genannten Corvos regelrecht massakriert. Ihnen wurde beispielsweise ins Bein geschossen und anschließend in den Oberkörper mit dem Ziel, den Tod möglichst hinauszuzögern, sowie Schmerzen und Leid zu maximieren, wobei auch besagte Messer zum Einsatz kamen.¹³⁵

¹³² Vgl. *Verdugo*, Chile, Pinochet and the Caravan of Death, 59-61.

¹³³ Vgl. *Ensalaco*, Chile under Pinochet, 42f.

¹³⁴ Vgl. *Huneus*, The Pinochet Regime, 49.

¹³⁵ Vgl. *Verdugo*, Chile, Pinochet and the Caravan of Death, 133f.

3.5.2 DINA und Operation Condor

Durch die Todeskarawane wurde ein neues Niveau der Brutalität erreicht, das einen Vorgeschmack auf die folgenden Jahre der Diktatur und Unterdrückung geben sollte. Die letzten vier Monate des Jahres 1973 waren die blutigste Phase der Junta und der Diktatur Pinochets. Die Zahlen der Ermordeten sind nicht rekonstruierbar und liegen zwischen knapp über 1000 und 10.000. Zehntausende wurden verhaftet und gefoltert. In den folgenden Jahren ging die Verfolgung politisch Andersdenkender weiter, wenn auch nicht in diesem Ausmaß. Die Methoden der Repression wurden ausgereifter und weniger Leichen wurden entdeckt. Die Praxis des Verschwindenlassens wurde eingeführt, um den psychologischen Druck weiter zu erhöhen, da niemand wusste, was mit den Vermissten passiert war.¹³⁶

Noch Ende des Jahres 1973 wurde die Geheimpolizei DINA (Dirección de Inteligencia Nacional) gegründet. Diese Einheit unterstand nur Pinochet. Sie unterhielt zahlreiche Folterzentren, darunter die Colonia Dignidad von Paul Schäfer.¹³⁷ Andere Lager zur Inhaftierung und Folterung waren Tejas Verdes, Villa Grimaldi, La Venda Sexy (auch Diskothek genannt, weil dort permanent Musik gespielt wurde), Londres No. 38 und Quatro Alamos.¹³⁸ Die DINA wurde in der Folge einer der wichtigsten Faktoren für die Macht von Pinochet in der Zeit von 1973 bis 1977. Ihr Symbol, die eiserne Faust, wirkt in Anbetracht der Folterungen und Ermordungen wie eine Untertreibung.¹³⁹

Die DINA kann als eine Institutionalisierung der Todeskarawane angesehen werden, da auch einige Mitglieder der Strafexpedition in diesen Geheimdienst aufgenommen wurden. Das Ziel war definitiv dasselbe. Es galt Staatsfeinde auszuschalten und die Bevölkerung einzuschüchtern, wobei rechtliche Normen umgangen wurden. Der Geheimdienst operierte in ganz Chile, aber auch, wie

¹³⁶ Vgl. *Ensalaco*, Chile under Pinochet, 46.

¹³⁷ Vgl. *Rinke*, Kleine Geschichte Chiles, 159f.

¹³⁸ Vgl. Peter *Kornbluh*, The Pinochet File. A Declassified Dossier on Atrocity and Accountability (New York/London 2003) 169f.

¹³⁹ Vgl. *Burbach*, The Pinochet Affair, 51.

später gezeigt werden wird, auf internationaler Ebene.¹⁴⁰ Menschen die von der DINA verhaftet wurden, kamen mit verbundenen Augen in die oben erwähnten Lager. Dort wurden sie verhört und gefoltert. Zu diesem Zweck wurden Stromstöße verabreicht, die Gefangenen wurden entweder unter Wasser getaucht, oder durch Säcke über dem Kopf am Atmen gehindert, was beides zu Erstickungsgefühlen führte. Ebenso wurden Vergewaltigungen systematisch durchgeführt. Schwer von der Folter gezeichnete Inhaftierte ließ die DINA verschwinden, um keine Beweise zurückzulassen.¹⁴¹ Auch Scheinexekutionen wurden benutzt um Gefangene psychisch zu brechen. Der Autor Hernán Valdés, der im Jahre 1974 in Tejas Verdes inhaftiert wurde, erlebte das am eigenen Leib:

„Eine Geschößgarbe hallt im Raum. Ich denke, die Kugeln können bei der Geschwindigkeit keinen Schmerz verursachen, und der Körper wird im Augenblick des Todes unempfindlich. Ich glaube, ich bin verletzt, und dies sind die letzten Lebenszeichen, bevor ich das Bewußtsein verliere. Aber es dauert zu lange, ich stehe noch immer, ich beginne, an meinem Tod zu zweifeln. Ich habe nicht das geringste Stöhnen gehört, kein Körper ist hingefallen. Hinter unserem Rücken geht jetzt eine Lachsalve los, und ich begreife endlich.“¹⁴²

Nicht nur Dissidenten, sondern auch Kritiker in den eigenen Reihen fielen der DINA zum Opfer. General Bonilla, der 1974 der zweite in der Nachfolgekette der Armee nach Pinochet selbst war und das Amt des Verteidigungsministers bekleidete, sollte dies am eigenen Leib erfahren. Er kümmerte sich als Kritiker der DINA um deren Opfer und bot ihnen rechtlichen Beistand an, womit er das Missfallen Pinochets erregte. Er kritisierte auch den Leiter der DINA, Contreras, und forderte dessen Entlassung. Am 3. März 1975 kam Bonilla bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben. Die französischen Techniker, die den Unfall untersuchten, wurden bei einem späteren Absturz selbst verletzt und die Ergebnisse der Untersuchung, die von der Armee übernommen wurde, blieben unter Verschluss.¹⁴³ Diese Praktiken waren eines der beiden Aufgabengebiete der DINA. Das zweite war die Verfolgung von Dissidenten, aber auch von unliebsamen Zeugen im Ausland. Das erste prominente Opfer war Carlos Prats,

¹⁴⁰ Vgl. Peter Kornbluh, *The Pinochet File*, 165.

¹⁴¹ Vgl. Peter Kornbluh, *The Pinochet File*, 170f.

¹⁴² Valdés, *Folter in Chile*, 34.

¹⁴³ Vgl. Hugh O'Shaughnessy, *Pinochet. The Politics of Torture* (New York 2000) 69-71.

der frühere Vorgesetzte und Mentor von Augusto Pinochet. Prats hatte Chile wenige Tage nach dem Putsch verlassen und sich in Buenos Aires niedergelassen. Am 30 September 1974 fielen er und seine Frau einem Anschlag von DINA-Agenten zum Opfer. Genau ein Jahr später schlug ein Attentat auf den ehemaligen Vizepräsidenten Leighton in Italien fehl.¹⁴⁴

Im November 1975 ging Pinochet aber noch einen Schritt weiter. Zusammen mit den Militärregimes von Argentinien, Bolivien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gründete er die so genannte Operation Condor, deren Ziel es war, die Feinde der einzelnen Regime zu eliminieren.¹⁴⁵ Der spektakulärste Anschlag, der in diese Phase fallen sollte, war der auf den früheren chilenischen Minister Orlando Letelier und seine amerikanische Assistentin Ronnie Moffit in Washington D.C. am 21 September 1976.¹⁴⁶ Nach diesen Morden und der Wahl Jimmy Carters änderte die U.S.A. ihre Politik gegenüber Chile. Hatte sie zuvor das Regime finanziell unterstützt und Untersuchungen zur Lage der Menschenrechte blockiert, wurde nun ein Waffenembargo eingeführt. Die Verletzung des U.S.-amerikanischen Territoriums ging wohl doch zu weit. 1977 sah sich Pinochet gezwungen, seinen Geheimdienst aufzulösen und durch die Central Nacional de Información zu ersetzen. Dies beendete die Praktiken des Regimes zwar nicht, aber es kam zu keinen derart Aufsehen erregenden Attentaten mehr.¹⁴⁷

¹⁴⁴ Vgl. *Huneeus*, *The Pinochet Regime*, 52.

¹⁴⁵ Vgl. John *Dinges*, *The Condor Years. How Pinochet and His Allies Brought Terrorism to Three Continents* (New York/London 2004) 10f.

¹⁴⁶ Vgl. *Huneeus*, *The Pinochet Regime*, 52.

¹⁴⁷ Vgl. *Rinke*, *Kleine Geschichte Chiles*, 161.

3.6 Widerstand und Opposition

„ ... the regime's repressive character did not prevent the creation of spaces for social, cultural, and political expressions by opposition sectors. The state did not absorb society, but rather repressed, excluded, and controlled it. The expressions of civil society and its organizations were not obliterated, but the regime did restrict those expressions and, more important, eliminated systems of representation before the state.“¹⁴⁸

Wie bereits erwähnt, wurden nach dem Putsch sämtliche Parteien der UP verboten und deren Mitglieder verfolgt. Die Nationale Partei löste sich freiwillig auf und die Christdemokraten mussten ihre Tätigkeiten einstellen, obwohl sie nicht verboten wurden. Diese Vorgehensweise, zusammen mit der massenweisen Flucht ins Exil, legt die Überlegung nahe, dass die Junta sehr schnell die Opposition und somit jeglichen Widerstand ausschalten konnte.

Auf der Seite des bewaffneten Widerstandes ist anfänglich die MIR zu erwähnen. Diese Gruppierung war in den ersten drei Jahren der Diktatur am stärksten verfolgt und in großem Ausmaß dezimiert worden. Obwohl viele weitere AktivistInnen ins Exil gegangen waren, löste sich diese Bewegung nicht auf. Ab 1978 kehrten sogar einige Schlüsselfiguren nach Chile zurück und bereiteten einen Guerillakampf nach dem theoretischen und praktischen Vorbild von Che Guevara und Régis Debray vor. Dazu gehörte die Etablierung von kleinen Zellen, die militärische Ziele angreifen sollten, um dadurch Waffen zu beschaffen, aber auch SympathisantInnen zu rekrutieren. Die Zahl der Angriffe und Bombenattentate stieg schnell an, was ein Erstarren der MIR bedeutete. Waren es im Jahr 1977 noch 15 Vorfälle, so gingen 1981 bereits 212 auf das Konto der Gruppe. Dadurch zogen die Mitglieder jedoch mehr Aufmerksamkeit seitens des Pinochet Regimes auf sich. Nach der Ermordung eines Generals im Jahr 1983 wurde die Verfolgung der MIR so intensiv betrieben, dass diese fast in der Bedeutungslosigkeit versank, und von der neu gegründeten Frente Patriótico Manuel Rodríguez (FPMR), die den Kommunisten nahe stand,

¹⁴⁸ Manuel Antonio *Garretón*, *The Political Opposition and the Party System under the Military Regime*. In: Paul W. *Drake*, Iván *Jaksić* (ed.), *The Struggle for Democracy in Chile* (revised ed., Lincoln/London 1995) 211-250, hier 212.

beinahe vollständig verdrängt wurde.¹⁴⁹ Ein Attentat dieser Gruppe auf Pinochet selbst, welches im September 1986 ausgeführt wurde, schlug nicht nur fehl sondern hatte auch noch die gegenteilige Wirkung, da Pinochet sich fortan als von der Vorsehung geschützt inszenierte.¹⁵⁰ Der Hinterhalt, von der FPMR als Operation XX bezeichnet, war gut geplant und obwohl Pinochet unversehrt blieb wurde das Auto hinter dem seinen völlig zerstört. Fünf Leibwächter und vier Soldaten kamen dabei ums Leben. Die Reaktion des Regimes war für die Bewegung ein schwerer Schlag und viele Schlüsselfiguren der FPMR wurden in den Tagen nach dem Attentat ermordet. Obwohl die Gruppierung bis in die Phase des Übergangs zur Demokratie aktiv war, konnte sie keine vergleichbaren Aktionen mehr ausführen. Die Aktionen der beiden Guerillagruppen vermochten die Diktatur Pinochets nicht zu gefährden, geschweige denn, sie zu beseitigen.¹⁵¹

Die Opposition der traditionellen politischen Parteien – obwohl diese de facto verboten waren - sah anders aus und hatte eine gänzlich andere Breitenwirkung. In der Anfangsphase nach dem Putsch sahen sich vor allem die linken Parteien in den Untergrund gedrängt. Dadurch standen sie vor der Aufgabe, dass sie die Parteistrukturen so gut es ging wieder aufbauen und den Kontakt zur Zivilgesellschaft neu etablieren mussten. Gleichzeitig galt es zwischen den Gruppierungen Kontakte zu knüpfen und einen Konsens zu finden, wie gegen das neue Regime vorzugehen sei.¹⁵² Dies war nach den Jahren der Polarisierung kein leichtes Unterfangen. Weiters stellte sich das Problem, dass durch das linke Parteienspektrum nur etwa ein Drittel der Chilenen vertreten war. Die Christdemokraten, und allen voran Frei und Aylwin, hatten ja – wie bereits erwähnt – den Putsch in der Annahme begrüßt, das Militär würde die Macht an sie übergeben. Viele andere Mitglieder der Partei lehnten diese Position ab.¹⁵³ Die Hoffnung auf eine schnelle Rückkehr zur

¹⁴⁹ Vgl. Ensalaco, Chile under Pinochet, 145-148.

¹⁵⁰ Vgl. Rinke, Kleine Geschichte Chiles, 171.

¹⁵¹ Vgl. Ensalaco, Chile under Pinochet, 151-154.

¹⁵² Garretón, The Political Opposition and the Party System under the Military Regime, 214.

¹⁵³ Vgl. Haslam, The Nixon Administration and the Death of Allende's Chile, 222.

Demokratie wurde jedoch von den Militärs enttäuscht.¹⁵⁴ Dies mag wohl der Hauptgrund dafür sein, dass die Christdemokraten ebenfalls in Opposition zur Diktatur Pinochets gingen. Dieser Schritt war ein wichtiger für den Widerstand, da die Christdemokraten als einzige nicht gänzlich geheim agieren und daher weniger Angst vor politischer Verfolgung haben mussten.¹⁵⁵ Im Wesentlichen erreichte die Opposition in den siebziger Jahren keine strukturellen Änderungen und keinen politischen Wandel. Anfang der Achtziger wurde sie jedoch bei den Massenprotesten wieder sichtbar.¹⁵⁶ Dies wird jedoch an anderer Stelle noch ausführlicher behandelt.

3.7 Ökonomische Entwicklungen

Die Wirtschaftspolitik der Diktatur Pinochets wird oft als positives Argument für das Regime angeführt. Diese Argumentation ist jedoch zu kurz gegriffen. Die neoliberalen ökonomischen Reformen müssen nämlich stets vor dem ideologischen Hintergrund der Diktatur gesehen werden. Die Wirtschaft konnte nicht in allen Bereichen frei werden, da die politischen Rahmenbedingungen dies nicht zuließen.¹⁵⁷ Vor dem Putsch war die chilenische Wirtschaft am Ende gewesen. Salvador Allende hatte in den drei Jahren seiner Regierung den Weg der Verstaatlichung der chilenischen Wirtschaft, der von Eduardo Frei begonnen wurde, fast beendet. Die Idee hinter dieser Politik war, dass nur eine Zentralisierung der Wirtschaft das Land aus der tiefen Krise würde führen können.¹⁵⁸ Diese Politik brachte jedoch zwei große Probleme mit sich. Erstens blieben Auslandsinvestitionen aus. Für Unternehmen war die Investition nicht mehr sinnvoll, da die Verstaatlichungspolitik für sie zu riskant war. Zusätzlich wurden unter dem Druck der U.S.A. kaum mehr internationale Kredite oder

¹⁵⁴ Vgl. *Rinke*, Kleine Geschichte Chiles, 158.

¹⁵⁵ Vgl. *Garretón*, The Political Opposition and the Party System under the Military Regime, 215.

¹⁵⁶ Vgl. *Peter Thiery*, Transformation in Chile. Institutioneller Wandel, Entwicklung und Demokratie 1973-1996 (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde 52, Frankfurt a. M. 2000) 143.

¹⁵⁷ Vgl. *Huneeus*, The Pinochet Regime, 275.

¹⁵⁸ Vgl. *Eugenio Rivera*, Innerbürgerliche Auseinandersetzungen und Wirtschaftspolitik unter der Militärdiktatur in Chile: 1973-1978 (Berlin 1981) 21f.

Wirtschaftshilfe an Chile vergeben.¹⁵⁹ Das zweite Problem war, dass sich parallel zum Staatskapitalismus ein enormer Schwarzmarkt entwickelte, der die Fortschritte der Wirtschaftsreformen Allendes zunichte machte.¹⁶⁰

Durch den Putsch wurde jedoch auch die Wirtschaftspolitik in eine gänzlich andere Richtung gelenkt. Chile sollte Schauplatz des ersten neoliberalen Experiments in der Geschichte werden.¹⁶¹ Die Kräfte des freien Marktes sollten Chile aus der tiefen Krise ziehen. Ein derart radikaler ökonomischer Bruch war nur durch die Existenz eines autoritären Systems möglich. Anfänglich zeigten die Reformen jedoch nicht den gewünschten Erfolg. Dies wurde auch vom neoliberalen Ökonomen Milton Friedman bekrittelt, der im März 1975 Chile besuchte. Er diagnostizierte, dass das Land monetaristische Konzepte durchsetzen müsste. Diese Ratschläge sollten zur Übernahme der chilenischen Wirtschaft durch die Chicago-Schule (auch als Chicago Boys bekannt) unter Sergio de Castro führen.¹⁶² Der Name rührt daher, dass die Mitglieder dieser Gruppe an der katholischen Universität in Santiago de Chile studiert hatten, um anschließend eine postgraduale Ausbildung an der Universität von Chicago zu absolvieren.¹⁶³ Der durch diese Gruppe eingeleitete Prozess führte anfänglich zu negativen Auswirkungen. Die letzten Preiskontrollen wurden aufgegeben, die Löhne nicht mehr an die Inflation angepasst und die Ausgaben der öffentlichen Hand reduziert. Die Arbeitslosigkeit stieg auf über 15 Prozent, was unter anderem daran lag, dass ein Drittel der im öffentlichen Sektor Beschäftigten entlassen worden war.¹⁶⁴ Zusätzlich wurden die meisten Unternehmen, die Allende verstaatlicht hatte, zurückgegeben.¹⁶⁵ Die Vorstellung, die hinter diesen Reformen steckte, kann wie folgt zusammengefasst werden:

¹⁵⁹ Vgl. Ludwig *Spielmann*, Staatsinterventionismus oder ökonomischer Liberalismus? Wirtschaftliche Entwicklungsstrategien in Chile – Von der Weltwirtschaftskrise bis Pinochet (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde 35, Hamburg 1992) 134f.

¹⁶⁰ Vgl. Cristián *Sepúlveda Taborga*, Kapitalistische Staatsformen und Phasen der abhängigen Kapitalakkumulation: die kapitalistische Entwicklung Chiles (1845-1977) (Berlin-West 1978) 416.

¹⁶¹ Vgl. David *Harvey*, A Brief History of Neoliberalism (Oxford 2005; Oxford 2007) 7.

¹⁶² Vgl. *Friedmann*, Chile unter Pinochet, 55f.

¹⁶³ Vgl. *Huneeus*, The Pinochet Regime, 271.

¹⁶⁴ Vgl. Marcus *Taylor*, From Pinochet to the „Third Way“. Neoliberalism and Social Transformation in Chile (London/Ann Arbor 2006) 57f.

¹⁶⁵ Vgl. *Thiery*, Transformation in Chile, 93.

„Neben der Vision einer Gesellschaft atomisierter, entpolitisierter und konsumorientierter Individuen vertraten sie insofern die Universalisierung des Marktprinzips, als in allen gesellschaftlichen Bereichen die Beziehungen marktförmig strukturiert und alle übrigen Formen gesellschaftlicher Organisation und Steuerung möglichst ausgeschlossen werden sollte.“¹⁶⁶

Mit diesen Überlegungen im Hintergrund wurde der seit 1964 beschrittene chilenische Weg nicht nur revidiert sondern auch ins Gegenteil verkehrt. Die Reformen begannen nun zu greifen, sodass die Wirtschaft konstant zu wachsen und auch die Inflation zu sinken begann. 1979 war letztere zwar immer noch auf 37 Prozent, was aber verglichen mit den Jahren zuvor einen durchaus niedrigeren Wert darstellte. Der Boom sollte bis in die frühen achtziger Jahre andauern.¹⁶⁷

Chile wurde in dieser Zeit des Aufschwungs als Wirtschaftswunderland international gefeiert. Die Freiheit der Wirtschaft, die überall gelobt wurde, war jedoch nicht vorhanden, da die Diktatur sehr wohl intervenierte - jedoch nicht im Sinne einer sozialen Gleichberechtigung. Diese Gleichberechtigung war auch immer weniger gegeben. Während ein Teil der Chilenen einen neuen, konsumorientierten Lebensstil pflegten, sich Autos zulegte und sich dem American way of life anpassten, verarmten weite Teile der Bevölkerung. Der Aufschwung wurde auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen erreicht. Diese sahen sich mit sinkenden Reallöhnen konfrontiert, die Sozialversicherung wurde überdies durch die Eigenvorsorge abgelöst. Der informelle Sektor wuchs rasant an, da Arbeitslosigkeit und Prekariat zur Normalität wurden.¹⁶⁸ Die Wirtschaftspolitik der Chicago Boys ermöglichte einer kleinen wirtschaftlichen Elite den Aufstieg, der für große Teile der Bevölkerung unerreichbar blieb. Der Soziologe Tomás Moulian spitzte die Idee vom Zusammenhang zwischen Diktatur und verordneter Wirtschaftsreform wie folgt zu:

„In this sense the Chilean terror was rational. This whole model is frankly impossible without a dictatorship. Only the dictatorship could have disciplined the working class into

¹⁶⁶ *Thiery*, Transformation in Chile, 91.

¹⁶⁷ Vgl. Vittorio *Corbo*, Stanley *Fischer*, Lessons from the Chilean Stabilization and Recovery. In: Barry P. *Bosworth*, Rudiger *Dornbusch*, Raúl *Labán* (eds.), The Chilean Economy. Policy Lessons and Challenges (Washington D.C. 1994) 29-80, hier 37.

¹⁶⁸ Vgl. Rinke, Kleine Geschichte Chiles, 163f.

submission while their salaries were lowered and their pensions used to accumulate wealth for others. Only a dictatorship can keep a country quiet while education, universities, and healthcare are privatized, and while an absolute marketization of the labor force is imposed.”¹⁶⁹

Das Jahr 1983 war jedoch das erste seit zehn Jahren, in dem es zu Massenprotesten und einem Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung kam. Die schwerste Wirtschaftskrise seit über 50 Jahren schien die Diktatur Pinochets zu beenden. Das Regime reagierte jedoch mit Repression und mit einer Ablöse der Chicago Boys. Durch die Abkehr von einer orthodoxen hin zu einer nicht in diesem Ausmaß dogmatischen Version neoliberaler Wirtschaftspolitik konnte sich das Wirtschaftssystem wieder erholen.¹⁷⁰ Pinochet konnte sogar noch politisches Kapital aus der Situation schlagen, indem er die Chicago Boys als unchilenisch und amerikanisiert darstellte, und sie somit zu den einzigen Sündenböcken für das Scheitern der Wirtschaftspolitik abstempelte.¹⁷¹ Der Versuch Chile nach neoliberalen Vorstellungen umzustrukturieren, kann als eines der ersten großen Realexperimente dieser Wirtschaftsordnung verstanden werden. Die sozialen Folgekosten zeigen jedoch sehr deutlich die Kehrseite dieses ökonomischen Aufschwungs.

3.8 Übergang und Demokratie

Nach dem Plebiszit und der daraus resultierenden Niederlage Pinochets, hatte der Diktator noch beinahe eineinhalb Jahre Zeit um der Übergangsphase und der bevorstehenden Demokratisierung seinen Stempel aufzudrücken.¹⁷² Am Anfang des Jahres 1989 forderte die Opposition eine Reform der autoritären Verfassung. Die Concertación de Partidos por la Democracia und die Renovación Nacional, die sich nach dem Plebiszit von Pinochet distanziert hatte, einigten sich auf Veränderungen, die unter anderem die Amtszeit des Präsidenten verkürzte. Der Reformvorschlag wurde von Pinochet jedoch in

¹⁶⁹ Marc Cooper, *Pinochet and me. A Chilean Anti-Memoir* (London/New York 2001) 103.

¹⁷⁰ Vgl. *Thiery*, *Transformation in Chile*, 100.

¹⁷¹ Vgl. *Rinke*, *Kleine Geschichte Chiles*, 169.

¹⁷² Vgl. *Rottensteiner*, *Schuld ohne Sühne*, 35.

entscheidenden Punkten verändert. Der Senat sollte nur in Teilen direkt wählbar sein und die Oberbefehlshaber der Streitkräfte behielten ihre Unabsetzbarkeit. Trotz dieser Einschränkungen wurde der neue Entwurf in einer Volksabstimmung am 10. Juli 1989 mit 85,7 Prozent der Stimmen angenommen.¹⁷³

Am 14. Dezember fanden die ersten freien Wahlen seit dem Putsch 1973 statt. An diesem Tag konnte gleichzeitig für Parlament und Präsident gestimmt werden. Die Opposition, die sich in der Concertación, die aus 17 Parteien bestand, zusammengeschlossen hatte, gewann die Präsidentschaftswahlen mit 55,2 Prozent und die Parlamentswahlen mit 48,3 Prozent.¹⁷⁴ Der Amtsantritt von Präsident Patricio Aylwin markierte das Ende der Diktatur Pinochets und seiner neoliberalen Politik.¹⁷⁵ Das Regime hatte aber durch den Erlass verschiedener Gesetze dafür gesorgt, dass die Demokratie bis zu einem gewissen Grad eingeschränkt wurde. Der Präsident konnte auf die Streitkräfte kaum Einfluss nehmen, ihre Oberbefehlshaber waren für ihn unabsetzbar (darunter auch Pinochet). Neun Senatoren wurden von Pinochet auf Lebenszeit ernannt, was der Rechten in diesem Gremium eine Mehrheit verschaffte. Der Verfassungsgerichtshof und der Oberste Gerichtshof wurden kurz vor dem Übergang zur Demokratie mit Richtern besetzt, die Pinochet unterstützten.¹⁷⁶ Die Diktatur hatte somit auch Einfluss auf die junge Demokratie und behinderte diese in ihrer Handlungsfähigkeit.

Trotz aller Widrigkeiten ging die Regierung Aylwin daran, die Menschenrechtsverletzungen der Diktatur aufzuarbeiten. Aufgrund der Machtverhältnisse im Senat konnte das Amnestiegesetz von 1978 jedoch nicht aufgehoben werden. Stattdessen wurde eine Kommission eingerichtet, die schwere Menschenrechtsverletzungen zwischen dem 11. September 1973 und

¹⁷³ Vgl. *Friedmann*, Chile unter Pinochet, 277-279.

¹⁷⁴ Vgl. *Rottensteiner*, Schuld ohne Sühne, 38.

¹⁷⁵ Vgl. *Thiery*, Transformation in Chile, 159.

¹⁷⁶ Vgl. *Rottensteiner*, Schuld ohne Sühne, 36f.

dem 11. März 1990 aufklären sollte.¹⁷⁷ Der Auftrag wurde folgendermaßen definiert:

„El Decreto Supremo N° 355 de 25 de abril de 1990 creó la Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación, cuyo objetivo principal fue contribuir al esclarecimiento global de la verdad sobre las más graves violaciones a los derechos humanos cometidas entre el 11 de septiembre de 1973 y el 11 de marzo de 1990, ya fuera en el país o en el extranjero, si estas últimas tuvieron relación con el Estado de Chile o con la vida política nacional.“¹⁷⁸

Die Kommission setzte sich sowohl aus Unterstützern der Militärdiktatur, als auch aus Opponenten und Menschenrechtsaktivisten zusammen. Es sollten nicht nur die Verbrechen von staatlicher Seite, sondern auch Attentate von Widerstandsgruppen untersucht werden. Ein Schwerpunkt lag jedoch bei der Suche nach Verschwundenen und nach Hinweisen auf den Verbleib ihrer Leichen.¹⁷⁹ Vonseiten der Rechten wurde gefordert, die politische Gewalt von 1970 bis 1973 unter der Regierung der UP ebenfalls zu berücksichtigen, doch wurde dies vom Präsidenten abgelehnt.¹⁸⁰ Der Bericht der Kommission, der 1352 Seiten umfasste, listete die Namen von fast 2300 Personen auf, die in den 17 Jahren der Diktatur ermordet worden waren, oder verschwunden waren. 2115 wurden als Opfer von Menschenrechtsverletzungen klassifiziert, der Rest wurde politischer Gewalt zugeordnet.¹⁸¹ Von den Opfern der Menschenrechtsverletzungen waren 38,5 Prozent hingerichtet, oder zu Tode gefoltert worden, die – mit 45,2 Prozent - weit größere Zahl war durch Staatsorgane festgenommen worden und nie wieder aufgetaucht.¹⁸² Dies beweist ein weiteres Mal, dass es die Politik Pinochets und der DINA war, die Spuren der Verbrechen nach Möglichkeit zu verwischen. Von den 2298

¹⁷⁷ Vgl. Roberto Garretón, Die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen in Chile während der Militärdiktatur – ein Jahr danach. In: Jaime *Ensignia*, Detlef Nolte (Hg.), Modellfall Chile? Ein Jahr nach dem demokratischen Neuanfang (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde 34, Hamburg 1991) 151-164, hier 152.

¹⁷⁸ *Informe de la Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación* (Informe Rettig), http://www.ddhh.gov.cl/ddhh_rettig.html (13.06.2007).

¹⁷⁹ Vgl. Ingrid Wenzl, Der Fall Pinochet. Die Aufarbeitung der chilenischen Militärdiktatur (Wissenschaft und Forschung 15, Köln 2001) 43.

¹⁸⁰ Vgl. Garretón, Die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen in Chile während der Militärdiktatur, 154.

¹⁸¹ Vgl. *Rottensteiner*, Schuld ohne Sühne, 58.

¹⁸² Vgl. Garretón, Die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen in Chile während der Militärdiktatur, 156.

Ermordeten wurde mehr als die Hälfte, nämlich 1236, im Jahre 1973, also unmittelbar nach dem Putsch umgebracht. 1974 waren es 329, 1975 mit 121 deutlich weniger, 1976 wieder 148 und ab 1977 belief sich die Zahl der Ermordeten auf stets unter 50, mit Ausnahme der Jahre 1983 (82) und 1984 (73). Unter den Opfern fanden sich 51 Personen mit anderer Staatsbürgerschaft, der Rest waren Chilenen.¹⁸³ Unter diesen nicht chilenischen StaatsbürgerInnen findet sich auch ein österreichisches Opfer.¹⁸⁴ Nenad Teodorovic Sertic, 24-jähriger Österreicher, Student der Universidad del Norte und Mitglied der MIR wurde am 15. September 1973 zusammen mit seinem Studienkollegen Luis Muñoz Bravo und der Universitätsbediensteten Elisabeth del Carmen Cabrera Balarriz – beides ebenfalls Mitglieder der MIR – am Weg zwischen Antofagasta und dem Luftwaffenstützpunkt Cerro Moreno von Soldaten des Regiments Antofagasta exekutiert.¹⁸⁵ Im Anhang des Berichts, in dem auf 419 Seiten alle Namen der Opfer mit kurzem Eintrag dargestellt sind, ist folgendes über Nenad Teodorovic Sertic zu lesen:

„NENAD TEODOROVIC SERTIC

Muerto. Cerro Moreno, Antofagasta, septiembre de 1973.

Nenad Teodorovic, tenía 24 años, era austríaco, casado y tenía un hijo. Estudiante de la Universidad del Norte. Militante del Movimiento de Izquierda Revolucionaria (MIR).

Fue detenido entre el 14 y 15 de septiembre junto a dos personas. El 15 de septiembre de 1973 fueron ejecutados por soldados del Regimiento Antofagasta, en el camio entre esa ciudad y la Base Aérea de Cerro Moreno.”¹⁸⁶

Die Kommission für Wahrheit und Versöhnung war Wegbereiter für die Vergangenheitsbewältigung in Chile, aber auch international. In Südafrika wurde eine ähnliche Kommission eingesetzt, um die Verbrechen der Apartheid aufzuarbeiten.¹⁸⁷ Wichtige Erkenntnisse wurden auch zu internationalen Anschlägen und der Rolle Paul Schäfers gemacht:

¹⁸³ Vgl. *Informe de la Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación*, 1366.

¹⁸⁴ Vgl. *Informe de la Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación*, 1365.

¹⁸⁵ Vgl. *Informe de la Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación*, 246.

¹⁸⁶ *Informe de la Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación*, o.S.

¹⁸⁷ Vgl. *Rottensteiner*, Schuld ohne Sühne, 59.

Die Kommission kam auch zu der Schlussfolgerung, daß die Ermordung des ehemaligen Vize-Präsidenten der Republik, General Carlos Prats González, und des ehemaligen Außenministers, Orlando Letelier, von der DINA angeordnet wurden. Ebenso kam sie zu dem Ergebnis, daß die Colonia Dignidad tatsächlich als Gefangenenlager und Folterzentrum für diesen Sicherheitsdienst gedient hat.¹⁸⁸

Im Falle des Todes von Salvador Allende weigerte sich die Kommission jedoch, den ehemaligen Präsidenten als Opfer einzustufen, da sie von einem Selbstmord ausging und sie die Situation dieser letzten Entscheidung Allendes als einzigartig und daher nicht beurteilbar ansah.¹⁸⁹

Die Reaktionen auf den Bericht der Kommission waren höchst unterschiedlich. Die Streitkräfte argumentierten, dass die Gewalt ursprünglich von der extremen Linken ausgegangen war, und sie nur reagierten, um Schlimmeres zu verhindern.¹⁹⁰ Die Mehrheit der Bevölkerung sah den Bericht als positives Signal für eine Versöhnung. Es gab lediglich Kritik daran, dass die Namen der Täter nicht veröffentlicht worden waren. Angehörige von politischen Gefangenen lehnten den Bericht jedoch ab. Diese Gefangenen des Pinochet Regimes konnten nämlich vom Präsidenten nur begnadigt werden, sofern die Verurteilung bereits passiert war und keine weiteren Verfahren im Laufen waren, oder sie nicht wegen terroristischer Aktionen verurteilt worden waren. Die Mehrheit der Gefangenen konnte daher nicht amnestiert werden.¹⁹¹ Da die Rettig Kommission nur für einen kurzen Zeitraum bestand, wurde im Anschluss daran die Nationale Körperschaft für Reparation und Versöhnung gegründet, um weitere Fälle von Menschenrechtsverletzungen aufzuklären. Die Empfehlungen des Rettig Berichts wurden teilweise dahingehend in die Tat umgesetzt, dass Opfer entschädigt wurden. Dazu gehörten finanzielle Zuschüsse, die Erleichterung der Rückkehr von Exilchilenen und Reintegrationshilfen für politische Gefangene.¹⁹²

¹⁸⁸ Vgl. Garretón, Die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen in Chile während der Militärdiktatur, 157.

¹⁸⁹ Vgl. *Ensalaco*, Chile under Pinochet, 209.

¹⁹⁰ Vgl. *Huneeus*, The Pinochet Regime, 453.

¹⁹¹ Vgl. Garretón, Die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen in Chile während der Militärdiktatur, 158-161.

¹⁹² Vgl. *Rottensteiner*, Schuld ohne Sühne, 59.

Der Bericht wurde aber nur etwa ein Monat nach seiner Veröffentlichung durch ein dramatisches Ereignis aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt. Grund dafür war die Ermordung von Jaime Guzmán, der als Ideologe der Diktatur Pinochets galt. Erst im September 1991, als ein Massengrab mit 124 Leichen am Zentralfriedhof in Santiago gefunden wurde, kehrte die Debatte vom Terrorismus und den Fragen der Sicherheit zurück zu den Menschenrechtsverletzungen der Diktatur.¹⁹³ Etwa zur gleichen Zeit, im August 1991, hatte die Schwester von Orlando Letelier, die selbst Anwältin war, Anklage gegen den Chef der DINA, Manuel Contreras, sowie seinen Stellvertreter Pedro Espinoza, erhoben. Dies war möglich, weil der Mord an Letelier vom Amnestiegesetz ausgenommen worden war.¹⁹⁴ Dieser Prozess sollte sich bis in die Amtsperiode der nächsten Regierung unter Eduardo Frei Ruiz-Tagle ziehen. Obwohl die –mit sieben und sechs Jahren sehr milden – Urteile bereits 1993 verkündet worden waren, wurden sie von den Angeklagten solange beeinsprucht, bis das Oberste Gericht sie 1995 doch bestätigte. Contreras weigerte sich jedoch, ins Gefängnis zu gehen und verschanzte sich in einem Militärspital, das von loyalen Truppen umstellt war. Erst im Oktober des gleichen Jahres stellte er sich und wurde ins Gefängnis gebracht, das jedoch eher einem Apartment mit eigenem Koch glich.¹⁹⁵ Hier zeigte sich erneut sehr deutlich die Macht, die das Militär auch in der Demokratie hatte, sowie deren Unwille sich der Justiz zu beugen.

Der Druck seitens des Militärs lässt sich auch in einem Gesetzesentwurf von Präsident Aylwin erahnen, der jedoch nie umgesetzt wurde. Anlässlich hunderter Klagen in Fällen, bei denen die Körper der Opfer nicht gefunden worden waren, wollte die Regierung ein Beschleunigung dieser Verfahren erreichen. Dieser Entwurf spaltete nicht nur die Concertación für kurze Zeit, sondern wurde auch von Menschenrechtsorganisationen und dem Militär abgelehnt. Insofern endete die Amtsperiode Aylwins, ohne eine zufrieden

¹⁹³ Vgl. *Rottensteiner*, Schuld ohne Sühne, 107.

¹⁹⁴ Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 48f.

¹⁹⁵ Vgl. *Burbach*, The Pinochet Affair, 85f.

stellende Lösung in Bezug auf die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen erreicht zu haben.¹⁹⁶

Die anschließende Regierung unter Präsident Frei hatte ebenso wenig Erfolg bei Gesetzesentwürfen, die die Handhabung von Prozessen gegen Vertreter der früheren Militärdiktatur endgültig regeln sollten. Die rechten Parteien versuchten, die Gesetze zugunsten der Angeklagten zu ändern. Alle Fälle, die das Amnestiegesetz betrafen, sollten eingestellt werden, während alle anderen Verfahren entweder in einer Anklage resultieren, oder eingestellt werden sollten. Frei legte einen Gegenentwurf vor, nach dem nur Verfahren eingestellt werden sollten, wenn entweder die Leiche des Opfers gefunden wurde, oder die Umstände des Todes definitiv geklärt werden konnten. Dieser Entwurf scheiterte ebenso in beiden Kammern des Parlaments wie ein Gegenvorschlag, der stärker zugunsten der Angeklagten ausgefallen war.¹⁹⁷ Dies zeigt mehr als deutlich, dass ein Gesetzesentwurf, der den Umgang mit Verbrechen unter der Militärdiktatur regeln sollte, in den ersten Jahren der chilenischen Demokratie unmöglich durchzubringen war. Die meisten Verantwortlichen wurden - oder konnten - nicht zur Verantwortung gezogen werden - von Pinochet selbst ganz zu schweigen. Diese Situation ist wichtig, um die Entwicklungen des Falls Pinochet zu verstehen, auf die im Folgenden genauer eingegangen wird.

¹⁹⁶ Vgl. *Rottensteiner*, Schuld ohne Sühne, 111f.

¹⁹⁷ Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 53-55.

4 Der Fall Pinochet und die internationale Gerichtsbarkeit seit 1945

4.1 Von Nürnberg bis Pinochet

Um den Fall Pinochet in seiner Bedeutung verstehen zu können, gilt es an dieser Stelle einen Überblick über die internationale Strafgerichtsbarkeit, beziehungsweise Menschenrechtsgerichtsbarkeit zu vermitteln. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Zeit nach 1945, in der die wichtigsten Schritte hin zu einer internationalen Strafgerichtsbarkeit getan wurden.

Bis 1945 wurden Kriegsverbrechen in keiner Form international geahndet. Die Haager Konvention von 1907 war der erste Versuch gewisse Praktiken und Methoden der Kriegsführung zu verbieten, ohne ein Regelwerk oder eine juristische Instanz zu etablieren, um Verstöße anklagen zu können.¹⁹⁸ Ein weiterer Schritt in diese Richtung war eine Erklärung, die in Ablehnung des Völkermordes an den Armeniern in der Türkei von Frankreich, Großbritannien und Russland am 28. Mai 1915 veröffentlicht wurde. Darin wurde bereits von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Zivilisation gesprochen. Als erstes wurde der Begriff *crime against humanity* jedoch bereits 1874 für die Sklaverei verwendet. Nach dem Ersten Weltkrieg bezeichnete ein Bericht über die Urheber des Krieges – der sich wie die Erklärung von 1915 teilweise auf die so genannte Martens-Klausel der Haager Konvention stützte - gewisse Verbrechen als Verstöße gegen die Rechte der Menschlichkeit.¹⁹⁹ Ebenfalls als Folge des Weltkrieges gab es einen Versuch, einen internationalen Strafgerichtshof zu schaffen, um Kriegsverbrechen zu bestrafen. Dieses Vorhaben scheiterte, da

¹⁹⁸ Vgl. Andrew *Clapham*, Issues of complexity, complicity and complementarity: from the Nuremberg trials to the dawn of the new International Criminal Court. . In: Philippe *Sands* (ed.), From Nuremberg to The Hague. The Future of International Criminal Justice (Cambridge 2003) 30-67, hier 31.

¹⁹⁹ Vgl. Bruno *Zehnder*, Immunität von Staatsoberhäuptern und der Schutz elementarer Menschenrechte – Der Fall Pinochet (Baden-Baden 2003) 85.

Kaiser Wilhelm Asyl in den Niederlanden bekam und somit nicht angeklagt werden konnte, und die restlichen Angeklagten dem deutschen Obersten Gerichtshof in Leipzig übergeben wurden. Der zweite Versuch wurde 1937 gestartet, als eine Konvention für die Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofes und eine weitere zur Vermeidung und Bestrafung von Terrorismus zur Unterzeichnung aufgelegt wurden. Die beiden Konventionen bedingten einander insofern, dass ein Gerichtshof nur dann etabliert worden wäre, wenn beide Konventionen angenommen worden wären. Dieser Fall trat jedoch nicht ein und somit erfolgte keine Realisierung dieser Ziele.²⁰⁰

Der erste Fall, in dem Kriegsverbrechen bestraft wurden, sollten der Nürnberger - oder besser gesagt - die Nürnberger Prozesse werden. Die Idee, Einzelpersonen wie NSDAP-Mitglieder und Soldaten, die an Massakern teilgenommen hatten oder verantwortlich für diese waren, zu bestrafen, entstand während der Moskauer Konferenz im Oktober 1943. Zu diesem Zeitpunkt waren sich Roosevelt, Churchill und Stalin jedoch noch nicht einig, ob die Verantwortlichen in einem Prozess überführt werden, oder einfach standrechtlich erschossen werden sollten.²⁰¹ Churchill favorisierte die letztere Lösung und holte zur rechtlichen Untermauerung die Idee des Vogelfreien aus der Versenkung. Dies stellte eine Kategorie aus dem Mittelalter dar und war ursprünglich für Räuber verwendet worden. Dadurch wäre die Möglichkeit gegeben gewesen, die maximal 100 Haupttäter durch jeden höheren alliierten Offizier nach einer Feststellung der Identität erschießen zu lassen.²⁰² Die britische Vorstellung resultierte vor allem aus der Angst, Hitler könnte einen Prozess in der Öffentlichkeit für seine Zwecke benützen und am Ende sogar freigesprochen werden, was das gesamte Unterfangen zu einer Farce

²⁰⁰ Vgl. Mikaela *Heikkilä*, *International Criminal Tribunals and Victims of Crime* (Turku/Åbo 2004) 1.

²⁰¹ Vgl. Whitney R. *Harris*, *Tyrannie vor Gericht*. In: *Nürnberger Menschenrechtszentrum* (Hg.) *Von Nürnberg nach Den Haag. Menschenrechtsverbrechen vor Gericht. Zur Aktualität des Nürnberger Prozesses* (Hamburg 1996) 52-56, hier 52.

²⁰² Vgl. Annette *Weinke*, *Die Nürnberger Prozesse* (Beck'sche Reihe 2404, München 2006) 11.

verkommen lassen würde.²⁰³ Die Idee, die Hauptkriegsverbrecher exekutieren zu lassen, fand Anklang bei Stalin, der jedoch gleich 50000 liquidieren wollte – obwohl diese Aussage anscheinend unter feuchtfrohlichen Umständen getätigt wurde – und dem U.S. Finanzminister Morgenthau. Henry M. Morgenthau jr., nach dem auch der Plan benannt wurde, mit dem Deutschland an der Anzettelung eines Dritten Weltkrieges gehindert werden sollte, sah zudem die Demilitarisierung und –industrialisierung Deutschlands, wie auch die Internierung aller Mitglieder von nationalsozialistischen Organisationen in Arbeitslagern bis zum Unschuldsbeweis, vor. Stalin revidierte jedoch seine Meinung sehr bald, da er die Publikumswirksamkeit von in der Sowjetunion geführten Kriegsverbrecherprozessen schätzen gelernt hatte.²⁰⁴ Auf Anraten seines Kriegsministers Stimson plädierte auch Roosevelt im Februar 1945 auf der Krimkonferenz für einen Prozess.²⁰⁵ Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman führte diese Linie fort, und am 3. Mai stimmten schließlich die Briten einem Tribunal der vier alliierten Mächte zu, was vor allem durch den Selbstmord Hitlers und Goebbels wenige Tage zuvor erklärt werden kann.²⁰⁶ Damit war der Weg für einen Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher geebnet.

Am 18. Oktober 1945 konstituierte sich der Internationale Militärgerichtshof in Berlin und trat am 20. November in Nürnberg zusammen, um das Verfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher einzuleiten. Als solche Hauptkriegsverbrecher waren 24 Personen ausgewählt wurden, die sowohl der Reichsregierung, der Wehrmacht, als auch SA, SS, SD und der Gestapo angehörten, aber auch Einzelpersonen aus der Wirtschaft.²⁰⁷ Das Statut des Militärgerichtshofs erklärte diesen für Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen

²⁰³ Vgl. Richard Overy, *The Nuremberg trials: international law in the making*. In: Philippe Sands (ed.), *From Nuremberg to The Hague. The Future of International Criminal Justice* (Cambridge 2003) 1-29, hier 1.

²⁰⁴ Vgl. *Weinke*, *Die Nürnberger Prozesse*, 12f.

²⁰⁵ Vgl. *Harris*, *Tyrannie vor Gericht*, 52.

²⁰⁶ Vgl. *Weinke*, *Die Nürnberger Prozesse*, 17f.

²⁰⁷ Vgl. Christian Tomuschat, *Von Nürnberg nach den Haag*. In: *Nürnberger Menschenrechtszentrum* (Hg.) *Von Nürnberg nach Den Haag. Menschenrechtsverbrechen vor Gericht. Zur Aktualität des Nürnberger Prozesses* (Hamburg 1996) 93-116, hier 93.

gegen die Menschlichkeit zuständig.²⁰⁸ Die Angeklagten waren: Martin Bormann, Großadmiral Karl Dönitz, Hans Frank, Wilhelm Frick, Hans Fritzsche, Walter Funk, Hermann Göring, Rudolf Heß, Alfred Jodl, Ernst Kaltenbrunner, Wilhelm Keitel, Gustaf Krupp v. Bohlen und Halbach, Robert Ley, Konstantin Frhr. v. Neurath, Franz v. Papen, Erich Raeder, Joachim v. Ribbentrop, Alfred Rosenberg, Fritz Sauckel, Hjalmar Schacht, Baldur v. Schirach, Arthur Seyß-Inquart, Albert Speer und Julius Streicher.²⁰⁹

Bei seiner Eröffnungsrede räumte der Richter Robert H. Jackson ein, dass ein Ad-hoc-Tribunal seitens der Siegermächte durchaus als problematisch angesehen werden könne. Andererseits wären Verbrechen gegen den Frieden der Welt und die Entfesselung eines Angriffskrieges so schwerwiegende Vergehen, dass sie entweder von den Siegern, oder den Besiegten gerichtet werden müssten. Letztere Möglichkeit sei bereits nach dem Ersten Weltkrieg gescheitert. Außerdem sollte diese Rechtssprechung auch auf andere Nationen angewendet werden, sollten sie ähnliche Taten begehen und nicht exklusiv auf die jetzt Beschuldigten. Auf den Protest der Angeklagten, es handle sich um eine ex post Rechtsetzung verfügte der Gerichtshof, dass bereits der Kellogg-Briand-Pakt 1928 und damit dessen Unterzeichnerstaaten wie Deutschland, Italien und Japan den Verzicht auf Krieg als Mittel nationaler Politik beschlossen hatten.²¹⁰ Auf der Richterbank saßen acht Richter, jeweils zwei Briten, Amerikaner, Sowjets und Franzosen, wobei die Briten den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter stellten.²¹¹ Von diesen acht Richtern waren jedoch nur vier – je einer pro Land – aktiv, die anderen vier hatten lediglich eine Ersatzfunktion, falls einer der Richter krank wurde, oder aus sonstigen Gründen ausfiel.²¹² Nach zehn Monaten Prozessdauer wurden am 1. Oktober die Urteile verkündet. Zwölf der Angeklagten erhielten die Todesstrafe, sieben langjährige

²⁰⁸ Vgl. Heiko *Ahlbrecht*, Kai *Ambos* (Hg.), Der Fall Pinochet(s). Auslieferung wegen staatsverstärkter Kriminalität? (Juristische Zeitgeschichte Abteilung 5 Juristisches Zeitgeschehen 4, Baden-Baden 1999 239f.

²⁰⁹ Vgl. *Weinke*, Die Nürnberger Prozesse, 29f.

²¹⁰ Vgl. *Harris*, Tyrannei vor Gericht, 54f.

²¹¹ Vgl. *Weinke*, Die Nürnberger Prozesse, 34f.

²¹² Vgl. Norbert *Ehrenfreund*, The Nuremberg Legacy. How the Nazi War Crimes Trials Changed the Course of History (New York/Basingstoke 2007) 113.

Freiheitsstrafen, drei wurden freigesprochen.²¹³ Ley hatte sich in seiner Zelle erhängt und Göring vergiftete sich am Tag vor seiner Urteilsvollstreckung.²¹⁴ Die Urteile können als sehr ausgewogen beschrieben werden, eine Art der Absprache zwischen den Alliierten war in den verhängten Strafen nicht zu erkennen. Im Gegenteil, die Meinungen der Richter divergierten teilweise stark.²¹⁵

Der Nürnberger Prozess war bahnbrechend für seine Zeit und wegweisend für die späteren Entwicklungen in der internationalen Strafgerichtsbarkeit. Der Völkerrechtler Christian Tomuschat beschreibt die Errungenschaften des Nürnberger Prozesses folgendermaßen:

„Was war nun das Neuartige an dem Nürnberger Verfahren? Zum ersten Mal in der modernen Geschichte der völkerrechtlichen Beziehungen der Staaten wurde durch ein Gericht mit unmißverständlicher Klarheit ausgesprochen, daß Einzelpersonen für schwere Verstöße gegen grundlegende internationale Regeln zur Sicherung von Frieden und Mitmenschlichkeit unmittelbar kraft Völkerrecht bestraft werden können, völlig unabhängig davon, wie die Gesetze ihres Landes gelautet haben, und auch ohne Rücksicht darauf, welche Stellung sie dort bekleidet haben.“²¹⁶

Der Nürnberger Prozess hatte über die symbolische Wirkung hinaus noch einige direkte, wie auch indirekte Folgen. Zwei der direkten Folgen waren die zwölf Nachfolgeprozesse, sowie der Prozess von Tokio. In den zwölf Nachfolgeprozessen wurden 185 Personen angeklagt, darunter 39 Ärzte und Juristen, 56 SS- und Polizeiangehörige, 26 Militärs, 42 Industrielle und Manager und 22 Minister und Regierungsfunktionäre.²¹⁷ Diese Prozesse fanden jedoch nicht im Rahmen des Internationalen Militärgerichtshofes statt, sondern wurden von den U.S.A. - mit dem Einverständnis der anderen Alliierten – alleine organisiert. Dementsprechend waren auch die Richter nicht international.²¹⁸ Infolge kam es zu zahlreichen Prozessen in Ländern, die vom Dritten Reich

²¹³ Vgl. *Tomuschat*, Von Nürnberg nach Den Haag, 93.

²¹⁴ Vgl. *Weinke*, Die Nürnberger Prozesse, 34.

²¹⁵ Vgl. Hellmut *Butterweck*, Der Nürnberger Prozess. Eine Entmystifizierung (Wien 2005) 414.

²¹⁶ *Tomuschat*, Von Nürnberg nach Den Haag, 94.

²¹⁷ Vgl. *Weinke*, Die Nürnberger Prozesse, 61.

²¹⁸ Vgl. *Ehrenfreund*, The Nuremberg Legacy, 94.

okkupiert worden waren, aber auch in den Herkunftsländern der Täter. Allein in Ungarn und der Tschechoslowakei wurden 50000 Personen verurteilt.²¹⁹

Das Tokioter Verfahren kann ebenfalls als logische Konsequenz des Nürnberger Prozesses angesehen werden.²²⁰ Im Prozess von Tokio wurden 28 Japaner als Hauptkriegsverbrecher angeklagt. Die Anklagepunkte stimmten im Wesentlichen mit denen von Nürnberg überein.²²¹ Die Ausnahme bildete der Tatbestand der Verfolgung, der in Tokio nicht von religiösen Motiven abhing, da die Japaner nichts getan hatten, was mit den Verbrechen der Nazis an den Juden vergleichbar war.²²² Ein weiterer Unterschied zu Nürnberg war, dass elf aktive Richter auf der Bank saßen, einer aus jedem Land, das zur Niederlage Japans beigetragen hatte. Diese waren neben den Alliierten, die auch in Nürnberg vertreten waren, Australien, Kanada, China, Indien, die Niederlande, Neuseeland und die Philippinen. Dieser Prozess dauerte wesentlich länger als der Nürnberger Prozess, nämlich von Mai 1946 bis November 1948, insgesamt also zweieinhalb Jahre.²²³ Regionale Folgeprozesse gegen 2244 japanische, koreanische und taiwanesisch-Kriegsverbrecher dauerten noch bis 1951 an.²²⁴

Die indirekten Folgen des Nürnberger Prozesses fanden auf internationaler Ebene statt. In der UN- Generalversammlung vom 11. Dezember 1946 wurden die Prinzipien, die dem Nürnberger Prozess zugrunde lagen, bestätigt und das Urteil begrüßt.²²⁵ Es wurde sogar eine Resolution gegen Kriegsverbrechen, sowie Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit verabschiedet. Der Wunsch diese Prinzipien zu stärken und im Völkerrecht zu verankern, führte auch zur Einsetzung der International Law Commission (ILC) der Vereinten Nationen.²²⁶ Diese erarbeitete bis 1950 eine Kodifizierung des

²¹⁹ Vgl. *Weinke*, Die Nürnberger Prozesse, 118.

²²⁰ Vgl. *Tomuschat*, Von Nürnberg nach Den Haag, 95.

²²¹ Vgl. *Weinke*, Die Nürnberger Prozesse, 118.

²²² Vgl. *Zehnder*, Immunität von Staatsoberhäuptern, 87.

²²³ Vgl. *Ehrenfreund*, The Nuremberg Legacy, 94f.

²²⁴ Vgl. *Weinke*, Die Nürnberger Prozesse, 118.

²²⁵ Vgl. *Tomuschat*, Von Nürnberg nach Den Haag, 98.

²²⁶ Vgl. *Weinke*, Die Nürnberger Prozesse, 117.

Nürnberger Rechts.²²⁷ 1948 wurden die Genozid Konvention und die UN-Menschenrechtserklärung von der UNO angenommen. Letztere führte zwei Jahre später zur Europäischen Menschenrechtskonvention und in Folge zur Gründung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Jahre 1959. Weiters ist auf die vier Genfer Konventionen hinzuweisen, die 1949 unterzeichnet wurden und die Behandlung von Kriegsgefangenen, Verwundeten, Schiffbrüchigen und Zivilisten regelten. Diese Entwicklungen entstanden sicher aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und nicht zuletzt des Nürnberger Prozesses. Danach flaute das Interesse am Thema des Völkerstrafrechts und der Menschenrechte durch den sich entwickelnden Kalten Krieg ab. Lediglich einige Ausnahmen, die jedoch genug Aufsehen erregten, lenkten die Aufmerksamkeit auf das Thema der Menschenrechte im Sinne der internationalen Strafgerichtsbarkeit.²²⁸ Diese sollen im folgenden kurz diskutiert werden.

Den hier zu behandelnden Fällen - die sich zeitlich zumindest teilweise zwischen den zuvor erwähnten Prozessen und den Strafgerichtshöfen der 1990er ereigneten - ist vor allem eines gemeinsam, nämlich, dass die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor nationalen Gerichten angeklagt wurden. Insofern haben sie auch große Relevanz für den Fall Pinochet, mit dem Unterschied, dass die Angeklagten stets Täter im Zweiten Weltkrieg gewesen waren.²²⁹

Der prominenteste Fall, der auch das größte Aufsehen erregte, war die Entführung von Adolf Eichmann nach Israel durch den Mossad.²³⁰ Der SS-Obersturmbannführer, der einer der Hauptverantwortlichen für die Ermordung von Millionen von Juden im Dritten Reich gewesen war, wurde am 11. Mai 1960 in Argentinien festgenommen, wo er unter falschem Namen lebte. Nach einer Vorbereitungszeit - die beinahe ein Jahr dauerte - wurde Eichmann der Prozess

²²⁷ Vgl. *Tomuschat*, Von Nürnberg nach Den Haag, 98.

²²⁸ Vgl. *Weinke*, Die Nürnberger Prozesse, 117-119.

²²⁹ Vgl. *Zehnder*, Immunität von Staatsoberhäuptern, 88.

²³⁰ Vgl. *Weinke*, Die Nürnberger Prozesse, 119.

auf Basis eines israelischen Strafgesetzes gegen Nazis und deren Kollaborateure aus dem Jahre 1950 gemacht. Die Anklage lautete auf Verbrechen gegen das jüdische Volk, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen.²³¹ Am 10. April 1961 begann der Prozess, der bis zum 14. August desselben Jahres dauern sollte.²³² Geführt wurde er unter der Aktennummer 40/61 am Landgericht von Jerusalem.²³³ Die Zuständigkeit wurde von Israel deshalb beansprucht, da kein Land –abgesehen von Argentinien – die Auslieferung beantragte und es keine internationale Instanz gab, die Eichmann nach dem Vorbild des Nürnberger Prozesses anklagen konnte. Aus diesem Grund wurde – trotz der völkerrechtswidrigen Entführung – die Gerichtszuständigkeit Israels international hingenommen. Unter den internationalen BeobachterInnen befand sich auch Hanna Arendt.²³⁴ Sie trug mit ihrem Werk „Eichmann in Jerusalem“ noch weiter zum hohen Bekanntheitsgrad des an sich schon spektakulären Prozesses bei, der bis heute andauert. Es gibt wenige Bücher über den Holocaust, die so viel Aufmerksamkeit auf sich zogen. Der von Arendt kreierte Begriff von der Banalität des Bösen bestimmte weite Teile der Rezeption des Holocaust und des Nationalsozialismus. Der Begriff wurde darüber hinaus zu einem geflügelten Wort und ist bis heute alltagssprachlich gebräuchlich.²³⁵ Gleichzeitig gab es wenige Bücher, die derart kontroversiell diskutiert wurden, wie besagtes Werk. In der Rezeption kam es sogar zu Auseinandersetzungen, bei denen Freundschaften zerbrachen. Die unterschiedlichsten politischen Gruppen fühlten sich von Hannah Arendt beleidigt.²³⁶ Diese Debatte war wohl so nicht

²³¹ Vgl. *Zehnder*, Immunität von Staatsoberhäuptern, 88f.

²³² Vgl. Christina *Große*, Der Eichmann-Prozeß zwischen Recht und Politik (Europäische Hochschulschriften Reihe II Rechtswissenschaft 1753, Frankfurt a. M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1995) 33.

²³³ Vgl. Harry *Mulisch*, Strafsache 40/61. Eine Reportage über den Eichmann-Prozeß (München/Wien 1996) 7.

²³⁴ Vgl. Hans *Mommsen*, Hannah Arendt und der Prozeß gegen Adolf Eichmann. In: Hannah *Arendt*, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen (München 1999) 9-48, hier 9f.

²³⁵ Vgl. Dan *Diner*, Hannah Arendt Reconsidered: Über das Banale und das Böse in ihrer Holocaust-Erzählung. In Gary *Smith* (Hg.), Hannah Arendt Revisited: »Eichmann in Jerusalem« und die Folgen (edition suhrkamp 2135, Frankfurt a. M. 2000) 120-135, hier 120.

²³⁶ Vgl. Amos *Elon*, Hannah Arendts Exkommunizierung. In Gary *Smith* (Hg.), Hannah Arendt Revisited: »Eichmann in Jerusalem« und die Folgen (edition suhrkamp 2135, Frankfurt a. M. 2000) 17-32, hier 17.

geplant. Erstens kommt der Begriff der Banalität des Bösen im Werk von Arendt lediglich einmal vor, denn das Böse als Abstraktum wird nicht behandelt. Im Zentrum steht Adolf Eichmann und das war wohl auch der Grund für die Polarisierung.²³⁷ Wie der Historiker Hans Mommsen bemerkte:

„Der Angeklagte, den man allgemein als den zentralen Vollstrecker der Vernichtung des europäischen Judentums ansah, erwies sich als subalternen Bürokrat, der mit einigen wenigen Ausnahmen keine eigene Initiative entfaltet hatte und dem der diabolische Charakter und ideologische Fanatismus, den man ihm unterstellte, gänzlich abging.“²³⁸

Dies war sicher eine schmerzhaftes Erkenntnis. Die Vorwürfe gegen Hannah Arendt sind jedoch überzogen, da sie als Erklärung eine ganz andere Möglichkeit anbietet, ohne dabei Eichmann die Schuld an seinen Taten abzusprechen:

„Es war gewissermaßen schiere Gedankenlosigkeit – etwas, was mit Dummheit keineswegs identisch ist-, die ihn dafür prädisponierte, zu einem der größten Verbrecher jener Zeit zu werden. Und wenn dies »banal« ist und sogar komisch, wenn man ihm nämlich beim besten Willen keine teuflisch-dämonische Tiefe abgewinnen kann, so ist es darum doch noch lange nicht alltäglich. Es dürfte gar nicht so oft vorkommen, daß einem Menschen im Angesicht des Todes und noch dazu unter dem Galgen nichts anderes einfällt, als was er bei Beerdigungen sein Leben lang zu hören bekommen hat, und daß er über diesen »erhebenden Worten« die Wirklichkeit des eigenen Todes unschwer vergessen kann. Daß eine solche Realitätsferne und Gedankenlosigkeit in einem mehr Unheil anrichten können als alle die dem Menschen vielleicht inwohnenden bösen Triebe zusammengenommen, das war in der Tat die Lektion, die man in Jerusalem lernen konnte. Aber es war eine Lektion und weder eine Erklärung des Phänomens noch eine Theorie darüber.“²³⁹

Am 12. Dezember 1961 wurde Adolf Eichmann zum Tode verurteilt. Sein Gnadengesuch wurde am 29. Mai 1962 vom Obersten Gerichtshof abgelehnt.²⁴⁰ Am 31. Mai wurde er hingerichtet, seine Leiche verbrannt und die Asche außerhalb der Hoheitsgewässer Israels im Meer verstreut.²⁴¹ Wie auch immer die Beurteilung der Person Eichmann sich darstellt, der Prozess war ein wichtiger Schritt für die internationale Strafgerichtsbarkeit, da hier erstmals ein

²³⁷ Vgl. Richard J. *Bernstein*, Verantwortlichkeit, Urteilen und das Böse. In Gary *Smith* (Hg.), *Hannah Arendt Revisited: »Eichmann in Jerusalem« und die Folgen* (edition suhrkamp 2135, Frankfurt a. M. 2000) 291-309, hier 292.

²³⁸ *Mommsen*, *Hannah Arendt und der Prozeß gegen Adolf Eichmann* 11.

²³⁹ *Hannah Arendt*, *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen* (München 1999) 57.

²⁴⁰ Vgl. *Zehnder*, *Immunität von Staatsoberhäuptern*, 89.

²⁴¹ Vgl. *Große*, *Der Eichmann-Prozeß zwischen Recht und Politik*, 49.

nationales Gericht eine Einzelperson wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anklagte und verurteilte.

Weitere Kriegsverbrecher aufseiten des Dritten Reiches, die von nationalen Gerichten belangt wurden, waren Pieter Nicolas Menten, der im Juli 1980 in den Niederlanden zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Im Falle Klaus Barbie, der im Oktober 1985 angeklagt und verurteilt wurde, gibt es in der Begründung des Gerichts den Passus, dass die geplante Entführung jüdischer Kinder und die Deportation von 600 Juden und Widerstandskämpfern insofern ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellte, als die Taten systematisch durchgeführt wurden. Die gleiche Begründung wurde für die Verurteilung von Paul Touvier 1995 verwendet. Eine weitere Entwicklung war die Verurteilung von Maurice Papon zu zehn Jahren Haft. Er war der erste Verurteilte, der Verbrechen weder direkt begangen, noch geplant hatte. Die Organisation von Zügen für die Deportation, das Überwachen der Transporte und das Erstellen von Namenslisten führten zu seiner Verurteilung.²⁴²

Nationale Gerichte übernahmen nach Nürnberg die Rolle von internationalen Tribunalen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Idee einer internationalen Instanz gänzlich in Vergessenheit geriet. Zumindest in der Zivilgesellschaft blieb der Gedanke bestehen und es gab Versuche weitere Tribunale zu etablieren. 1967 rief Bertrand Russel – seines Zeichens Mathematiker und Philosoph – ein solches Tribunal für die Kriegsverbrechen der Amerikaner in Vietnam ins Leben. Weitere - wie das Lateinamerika-Tribunal Russel II und ein Volkstribunal in Bologna - sollten in den siebziger Jahren folgen. Mit diesen Tribunalen versuchte die Zivilgesellschaft Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufzuzeigen, Menschenrechte zu propagieren und die Doppelmoral im Umgang mit diesen Themen anzuprangern.²⁴³

Erst die neunziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts veränderten die Praxis der Jahrzehnte seit Nürnberg mit zwei Ad-hoc-Strafgerichtshöfen. Die

²⁴² Vgl. *Zehnder*, Immunität von Staatsoberhäuptern, 89-91.

²⁴³ Vgl. *Weinke*, Die Nürnberger Prozesse, 119f.

Bürgerkriege in Jugoslawien und Ruanda waren medial stark präsent und der UNO Sicherheitsrat sah sich zum Handeln gezwungen.²⁴⁴ Die Entwicklung war aber ursprünglich keineswegs absehbar gewesen. Dazu der Jurist Richard Goldstone, der als Ankläger sowohl am internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien als auch für Ruanda tätig war:

„Wenn es je wieder einen internationalen Strafgerichtshof geben sollte, so die allgemeine Erwartung, dann würde dies nur per Vertrag geschaffen werden können. Niemand hatte damit gerechnet, daß der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in Ausübung seiner Befugnisse nach Kapitel VII der Charta ein juristisches Unterorgan als Maßnahme zur Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit schaffen würde.“²⁴⁵

Der Sicherheitsrat tat jedoch diesen wichtigen Schritt, und so wurde 1993 der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag eingesetzt. Ein Jahr später folgte der Strafgerichtshof für Ruanda in Arusha, Tansania.²⁴⁶ Es stellt sich die Frage, warum der Sicherheitsrat gerade bei diesen beiden Ländern aktiv wurde, wo es doch zahlreiche Länder von Kambodscha bis zum Irak gab, bei denen eine ähnliche Vorgehensweise durchaus angebracht gewesen wäre. Im Falle Jugoslawiens waren es wohl die Methoden der ethnischen Säuberung, die – noch dazu in Europa – entfernt an die Praktiken des Dritten Reichs erinnerten. Ruanda als Mitglied des Sicherheitsrates hatte den Gerichtshof selbst gewollt.²⁴⁷ Abschließend sei noch der Spezialgerichtshof von Sierra Leone genannt, der jedoch als Hybrid gesehen wird, da er kein Organ der UNO ist, sondern auf einem Vertrag der Vereinten Nationen mit der Regierung von Sierra Leone beruht.²⁴⁸ Die beiden Ad-hoc-Strafgerichtshöfe waren ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem Internationalen Strafgerichtshof, auf dessen Gründung in Kapitel 6.2 näher eingegangen wird.

²⁴⁴ Vgl. Weinke, Die Nürnberger Prozesse, 120.

²⁴⁵ Richard Goldstone, 50 Jahre nach Nürnberg. Die Internationalen Strafgerichtshöfe zum ehemaligen Jugoslawien und zu Ruanda. In: *Nürnberger Menschenrechtszentrum* (Hg.) Von Nürnberg nach Den Haag. Menschenrechtsverbrechen vor Gericht. Zur Aktualität des Nürnberger Prozesses (Hamburg 1996) 57-67, hier 58f.

²⁴⁶ Vgl. Weinke, Die Nürnberger Prozesse, 120.

²⁴⁷ Vgl. Goldstone, 59.

²⁴⁸ Vgl. Renate Winter, Der Spezialgerichtshof von Sierra Leone. In: Frank Höpfel, Karin Bruckmüller (Red.), *Internationale Strafgerichtshöfe und Menschenrechte* (Wien 2006) 23-37, hier 28.

4.2 Der Fall Pinochet in Großbritannien

4.2 1 Pinochet in London

Im März 1998 musste sich Augusto Pinochet laut Verfassung als Oberbefehlshaber der Streitkräfte zurückziehen und wurde stattdessen Senator auf Lebenszeit.²⁴⁹ Als die chilenische Botschaft Mitte September 1998 einen Besuch des Ex-Diktators in London ankündigte, wurde ihr versichert, dass Pinochet trotz seiner neuen Position weiterhin eine bevorzugte Behandlung erwarten durfte.²⁵⁰ Pinochet war nach dem Ende der Diktatur regelmäßig nach England gereist, das er auch als sein Lieblingsland bezeichnete. Bei seinen Aufenthalten in London besuchte er häufig Margaret Thatcher, mit der ihn eine Freundschaft verband. Diese rührte aus der Zeit des Malvinas/Falklands Konfliktes zwischen Argentinien und Großbritannien, als Chile das einzige Land Südamerikas war, das die Briten unterstützte.²⁵¹

Ein Bandscheibenvorfall des ehemaligen Diktators, der operiert werden musste, machte eine Reise nach London sinnvoll und möglich. In den chilenischen Militärspitälern hatte kein Arzt die Operation durchführen wollen, aus Angst, dass ein Kunstfehler, oder gar der Tod Pinochets, die Karriere des betreffenden Chirurgen beenden würde. Den Vorschlag, britische Spezialisten einfliegen zu lassen, lehnte der Senator auf Lebenszeit jedoch ab. Das einzige Risiko der Reise war eine spanische Strafanzeige aus dem Jahr 1996, in der Pinochet und andere Vertreter der Diktatur des Völkermordes, Terrorismus und der Folter beschuldigt wurden. Seine Anwälte waren geteilter Meinung, da eine solche Anzeige nicht unbedingt zu ignorieren war. Der ehemalige Diktator übernahm jedoch die Meinung seines Militäranwalts, wonach er als Senator auf Lebenszeit in einem anderen Land nicht belangt werden könnte. Aus diesem

²⁴⁹ Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 59.

²⁵⁰ Vgl. *Andy Beckett*, Pinochet in Piccadilly. Britain and Chile's Hidden History (London 2002) 224.

²⁵¹ Vgl. *Burbach*, The Pinochet Affair, 99.

Grund flog Augusto Pinochet am 23. September 1998 nach London.²⁵² Er war nicht in besonders guter körperlicher Verfassung, ein Umstand der später noch wichtig werden sollte. Neben den Rückenproblemen hatte Pinochet einen Herzschrittmacher und war Diabetiker. Nach einer ersten Untersuchung wurde ihm geraten, sich so schnell wie möglich operieren zu lassen. Obwohl seine Familie und die chilenische Armee davon abrieten, ließ sich Pinochet am 8. Oktober in die private London Clinic einweisen, damit er dort operiert werden konnte.

Sechs Tage später begann der spanische Richter Baltasar Garzón Faxe an die britische Polizei zu schicken, mit dem Ansuchen, Pinochet zu finden und nicht außer Landes reisen zu lassen. Die chilenische Botschaft versuchte Flüge für den ehemaligen Diktator zu bekommen, doch sein Zustand nach der Operation ließ einen Transatlantikflug nicht zu.²⁵³ Am 16. Oktober unterschrieb ein englischer Richter den Haftbefehl gegen Augusto Pinochet. Am Abend des gleichen Tages wurde er durch zwei Beamten von Scotland Yard in seinem Krankenbett in der Privatklinik verhaftet und unter Hausarrest gestellt.²⁵⁴ Zwei Mitglieder der Leibwache Pinochets versuchten die Verhaftung zu verhindern, wurden aber überwältigt. Kurz darauf waren alle Zugänge der Klinik durch die britische Polizei besetzt und der Rest der Leibwache konnte nichts mehr unternehmen.²⁵⁵ Dies war der Beginn des Falles Pinochet, der beinahe zwei Jahre andauern sollte. Dieser Zeitraum sollte der Beweis dafür werden, dass Pinochet nicht unantastbar war, wie viele Chilenen annahmen.²⁵⁶ Er sollte auch ein Signal für Diktatoren weltweit werden, ein Präzedenzfall, der großen Einfluss auf das internationale Recht nehmen würde.²⁵⁷

²⁵² Vgl. Naomi *Roht-Arriaza*, *The Pinochet Effect. Transnational Justice in the Age of Human Rights* (Philadelphia 2006) 1f.

²⁵³ Vgl. *Beckett*, *Pinochet in Piccadilly*, 225.

²⁵⁴ Vgl. *Kornbluh*, *The Pinochet File*, 465f.

²⁵⁵ Vgl. *Burbach*, *The Pinochet Affair*, 102f.

²⁵⁶ Vgl. *Wenzl*, *Der Fall Pinochet*, 59.

²⁵⁷ Vgl. Reed *Brody*, Michael *Ratner*, Foreword. In: Reed *Brody*, Michael *Ratner*, *The Pinochet Papers. The Case of Augusto Pinochet in Spain and Britain* (The Hague/London/Boston 2000) ix-xi, hier ix.

4.2.2 Erste Ermittlungen gegen Augusto Pinochet

Die Verhaftung Augusto Pinochets wäre im Wesentlichen unmöglich gewesen, oder nie zustande gekommen, wenn nicht zwei Personen im Jahre 1996 etwa zeitgleich begonnen hätten, Aktivitäten zu setzen, die mit Menschenrechtsverletzungen in Südamerika in Zusammenhang standen. Der erste war Richter Garzón, der die Menschenrechtsverletzungen der argentinischen Militärdiktatur untersuchte. Dies kam daher, dass der Putsch in Argentinien erst im Jahre 1976 stattfand, also bereits nach Francos Tod. Deshalb flohen viele Dissidenten nach Spanien, aber auch, weil viele dort Angehörige hatten, oder gar eine Doppelstaatsbürgerschaft besaßen. Dadurch hielten sich auch Mitte der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts noch viele Argentinier in Spanien auf, und setzten sich für rechtliche Schritte gegen die Verbrechen der Junta ein. Der Putsch in Chile war dagegen drei Jahre früher durchgeführt worden, weshalb viele chilenische Exilanten in sozialdemokratisch dominierte Staaten Europas immigrierten und nicht in die Franco Diktatur, weshalb es auch keine Lobby gab, um die Verbrechen Pinochets zu untersuchen.²⁵⁸ Der zweite Akteur war Juan Garcés, ein ehemaliger Berater Allendes, der mit ihm bis zuletzt in La Moneda geblieben war. Ihm hatte Allende – wie bereits erwähnt – aufgetragen, der Welt zu berichten, was am Tag des Putsches passiert war. Garcés versuchte zu erreichen, dass rechtliche Schritte gegen den ehemaligen Diktator Pinochet im Falle der Ermordung spanischer Staatsbürger eingeleitet wurden. Dieser Fall wurde Richter Manuel García Castellón zugeteilt. Spanien bot sich für diese Vorgehensweise an, da hier universale Rechtsprechung im Falle von Völkermord und Terrorismus möglich war.²⁵⁹

Die Fälle wurden durch die so genannte acción popular eingebracht, die es möglich machte, dass spanische Staatsbürger private Strafanzeigen erstatten

²⁵⁸ Vgl. *Burbach*, *The Pinochet Affair*, 96f.

²⁵⁹ Vgl. *Kornbluh*, *The Pinochet File*, 466.

konnten.²⁶⁰ Richter García Castellón erweiterte die Anklage von spanischen StaatsbürgerInnen auf sämtliche Opfer der Diktatur Pinochets und identifizierte 38 Vertreter des Regimes als mögliche Anzuklagende. Dieser Schritt war unter anderem dem Einsatz von Juan Garcés zu verdanken. Er war es auch, der durch einen Vertreter von Amnesty International von Pinochets Aufenthalt in London erfuhr, und die spanischen Gerichte zum Handeln veranlasste.²⁶¹ Am 15. Oktober sandten sowohl Richter García Castellón, als auch Richter Garzón ihre Anfrage zur Festsetzung Pinochets nach London. Garzón hatte nämlich im Zuge der Ermittlungen bezüglich der Operation Condor Überschneidungen zwischen den Aktivitäten Pinochets und der argentinischen Junta bemerkt. Aufgrund dieser Überschneidungen überließ García Castellón Richter Garzón seine Ergebnisse und zog sich zurück. Dadurch wurde Baltasar Garzón die zentrale Rolle im Fall Pinochet zuteil.²⁶²

4.2.3 Der Fall Pinochet vor dem House of Lords

“Believe me, General: Your detention in London is the best thing that could have happened to you.

I understand that it can't be pleasant to find yourself arrested without warning, not to be able to amble along the streets of Chelsea whenever you feel like it, not to know what future awaits for you. Just ask the many Chileans who, after your men came for them in the middle of the night, where not exactly lodged in five-star London clinics.”²⁶³

Die Verhaftung des ehemaligen Diktators erregte international große Aufmerksamkeit. Es war die erste Festnahme eines ehemaligen Staatsoberhauptes im Ausland, mit dem Ziel, ihn an ein Drittland auszuliefern.²⁶⁴ Margaret Thatcher und die Konservativen, die in der Opposition waren, kritisierten die Regierung wegen der Verhaftung. Der Staat Chile erhob

²⁶⁰ Vgl. Richard J. *Wilson*, *The Spanish Proceedings*. In: Reed *Brody*, Michael *Ratner*, *The Pinochet Papers. The Case of Augusto Pinochet in Spain and Britain* (The Hague/London/Boston 2000) 23-32, hier 23f.

²⁶¹ Vgl. *Kornbluh*, *The Pinochet File*, 467.

²⁶² Vgl. *Burbach*, *The Pinochet Affair*, 97f.

²⁶³ Ariel *Dorfman*, *Exorcising Terror. The Incredible Unending Trial of General Augusto Pinochet* (New York 2002) 26f.

²⁶⁴ Vgl. *Kornbluh*, *The Pinochet File*, 468.

diplomatischen Protest, während Pinochets Anwälte die Immunität des ehemaligen Staatsoberhauptes betonten und darauf hinwiesen, dass die Anklagepunkte nicht für eine Auslieferung an Spanien reichten.²⁶⁵ Dies rührte daher, dass sich der Haftbefehl vom 16. Oktober lediglich auf die Ermordung spanischer Staatsbürger zwischen 1973 und 1983 bezog und offensichtlich in Eile zusammengestellt worden war, um Zeit zu gewinnen. Der Oberste Gerichtshof wies die Klage ab, da die Ermordung von Spaniern im Ausland nicht vom britischen Auslieferungsgesetz abgedeckt wurde. Am 18. Oktober wurde ein ausgeweiteter Haftbefehl nach London gesendet.²⁶⁶ In diesem legte Baltasar Garzón seine Forderung wie folgt dar:

„Es ist offensichtlich, daß die in Art. 504bis 2 LECr vorgesehene Verhandlung nicht durchgeführt werden kann, weil der Beschuldigte nicht vor diesem Gericht anwesend ist. Deshalb ist der Richter befugt, die einzige Möglichkeit, die Ermittlungen angemessen voranzutreiben und das Erscheinen [Pinochets] vor Gericht zu ermöglichen, wahrzunehmen und Haft anzuordnen. In Anbetracht dessen und entsprechend der genannten und der weiteren allgemein anwendbaren Vorschriften

VERFÜGE ICH,

Die mit Haftbefehl vom 16.10.1998 angeordnete unbedingte Untersuchungshaft des AUGUSTO PINOCHET UGARTE hinsichtlich der in diesem Beschluß beschriebenen Tatsachen, die vermutlich Straftaten des Völkermordes, des Terrorismus und der Folter darstellen, auszuweiten.“²⁶⁷

Dieser erweiterte spanische Auslieferungsantrag war deutlich besser vorbereitet. In ihm bezog sich Richter Garzón auf internationale Bestimmungen, um den Anspruch auf eine Auslieferung Pinochets zu untermauern. Diese Aufzählung von Bestimmungen lässt die wichtigsten Schritte einer internationalen Gerichtsbarkeit Revue passieren:

„Diese juristische Einordnung des Sachverhalts stützt sich weiter auf die folgenden internationalen Vorschriften:

²⁶⁵ Vgl. Reed Brody, *The Case of Augusto Pinochet*. In: Reed Brody, Michael Ratner, *The Pinochet Papers. The Case of Augusto Pinochet in Spain and Britain* (The Hague/London/Boston 2000) 7-22, hier 9.

²⁶⁶ Vgl. Madeleine Davis, *The Pinochet Case* (Institute of Latin American Studies Research Papers 53, London 2000) 9.

²⁶⁷ Ahlbrecht, *Ambos, Der Fall Pinochet(s)*, 30.

- a) Die Moskauer Erklärung über Verbrechen gegen die Menschlichkeit von 1943, die vom Vereinigten Königreich Großbritannien, den USA und der Sowjetunion unterzeichnet wurde.
- b) Das Statut des Nürnberger Gerichtshofs von 1945, das vom Vereinigten Königreich unterzeichnet wurde
- c) Die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen von 16. Dezember 1946, mit der die Grundsätze der Rechtsgrundlagen und Urteile von Nürnberg gebilligt wurden.
- d) Die Konvention der Vereinten Nationen über die Verhütung des Völkermordes vom 9. Dezember 1948.
- e) Der Pakt über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen vom 16. Dezember 1966.
- f) Die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom Dezember 1973.
- g) Das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter vom 10. Dezember 1984.
- h) Die Erklärung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über das gewaltsame Verschwindenlassen von Personen von 1992.
- i) Das Europäische Übereinkommen über die Bekämpfung des Terrorismus vom 27. Januar 1977.

Nach diesen Vorschriften, die im Vereinigten Königreich anwendbar sind, sind Straftaten der genannten Art unverjährbar. Die Verantwortlichen genießen keine diplomatische Immunität und können weder als Flüchtling anerkannt werden noch politisches Asyl erhalten. Alle Staaten der Welt sind verpflichtet, sie zu verfolgen und bei der Verfolgung dieser Straftaten durch andere Staaten mitzuwirken.²⁶⁸

Jetzt mussten die britischen Gerichte entscheiden, ob Pinochet an Spanien ausgeliefert werden konnte. Dabei galt es zu klären, ob Pinochet Immunität beanspruchen konnte oder nicht.²⁶⁹ Das britische Innenministerium erklärte am 20. Oktober, dass Pinochet zwar mit einem Diplomatenpass eingereist war, woraus sich der Anspruch auf Immunität jedoch nicht zwingend ergäbe. Vonseiten des Innenministers wurde ergänzt, dass sich aus den Ehrenbezeugungen gemäß dem diplomatischen Protokoll, die Pinochet bei seiner Ankunft zuteil wurden, eine solche Immunität ebenso wenig ableiten ließe, da diese nur akkreditierte Diplomaten und offizielle Regierungsvertreter betreffe. Pinochet selbst war in keiner der beiden Rollen eingereist.²⁷⁰

Das High Court of Justice entschied am 28. Oktober über die Frage der Immunität und der Auslieferung. Der vorsitzende Richter Lord Bingham stellte

²⁶⁸ Ahlbrecht, Ambos, Der Fall Pinochet(s), 28f.

²⁶⁹ Vgl. Madeleine Davis, Introduction: Law and Politics in the Pinochet Case. In: Madeleine Davis (ed.), The Pinochet Case: Origins, Progress and Implications (London 2003) 1-21, hier 3.

²⁷⁰ Vgl. Christoph Tagermann, Die völkerrechtliche Immunität von Staatsoberhäuptern. Grundlagen und Grenzen (Schriften zum Völkerrecht 145, Berlin 2002) 71.

zwar einerseits fest, dass Pinochet als früheres Staatsoberhaupt Immunität beanspruchen könne, dass er jedoch unter Arrest bliebe, bis sich die Staatsanwaltschaft für oder gegen eine Anrufung des House of Lords entschieden hätte. Die Staatsanwaltschaft entschied sich für einen solchen Schritt, um die Aufhebung der beiden Haftbefehle rückgängig zu machen. Indes bereitete nicht nur Baltasar Garzón einen weiteren Haftbefehl vor, auch die Schweiz, Belgien und Frankreich stellten Auslieferungsansuchen.²⁷¹

Im House of Lords wurde die Frage der Immunität erneut verhandelt. Fünf Lordrichter mussten am 25. November darüber entscheiden, ob Pinochet zur Rechenschaft gezogen werden konnte oder nicht. Mit drei zu zwei Stimmen beschlossen sie, dass die Immunität bei Verbrechen wie Völkermord und Folter nicht anwendbar ist. Dies gilt auch, wenn es sich um ein ehemaliges Staatsoberhaupt handelt, das in seiner Funktion für diese Verbrechen verantwortlich war.²⁷² Die International Commission of Jurists bewertete die Entscheidung positiv:

„For the **International Commission of Jurists**, this decision constituted an historic milestone in that it accorded international law primacy over national law and gave practical and concrete effect to the principle of “universal jurisdiction”. In a word, it took into account the evolution of modern international law. The decision in the case itself will have a dissuasive effect on the perpetrators of horrendous crimes such as genocide, crimes against humanity and war crimes. It will send a direct message to such persons: you will no longer benefit from impunity.“²⁷³

Es ist jedoch nicht nachvollziehbar, ob diese Entscheidung von anderen Lords ebenso gefällt worden wäre. Der spätere Verlauf des Falles Pinochet lässt diese Frage ebenso weitgehend unbeantwortet. Auch der Einfluss der Politik lässt sich nicht klar bestimmen, obwohl sich die Frage stellt, ob der Ausgang unter einer Regierung der Konservativen der gleiche gewesen wäre. Dies darf bezweifelt werden, wengleich es vielleicht gar nicht zu einer Verhaftung

²⁷¹ Vgl. *Zehnder*, Immunität von Staatsoberhäuptern, 121-123.

²⁷² Vgl. *Davis*, The Pinochet Case 11.

²⁷³ *Adama Dieng* (ed.), International Commission of Jurists. Crimes Against Humanity. Pinochet Faces Justice (Geneva 1999) 48.

gekommen wäre, hätten Thatcher und ihre Partei die Regierungsbank innegehabt.²⁷⁴

Die Lordrichter bezogen eine mögliche Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Chile offensichtlich nicht in ihre Entscheidung ein. Am 9. Dezember stellte sich Innenminister Jack Straw hinter die Lordrichter.²⁷⁵ Obwohl er nicht dazu verpflichtet war, erklärte Straw, welche Faktoren er in seine Überlegungen einbezogen hatte. Dazu gehörte, dass der Auslieferungsantrag keine Verfolgung aufgrund von politischer Überzeugung darstellte. Weiters war Pinochet gesundheitlich in einem Zustand, der ihn prozessfähig machte. Juristisch war der Antrag im spanischen Recht ausreichend verankert und Pinochet besaß keine Immunität. Damit sahen die Pinochet-Gegner ihre Argumente als bestätigt an. Die Befürworter, die vor einer diplomatischen Krise und einem Schaden für die neue chilenische Demokratie gewarnt hatten, sahen sich als Verlierer.²⁷⁶

Dieser Zustand währte jedoch nur kurze Zeit. Die Entscheidung der Lordrichter wurde kurz darauf angezweifelt, da die Unparteilichkeit von Lord Hoffmann, einem der drei Lords, die für die Aufhebung der Immunität gestimmt hatten, in Frage gestellt wurde. Hoffmann hatte nämlich Kontakte zu Amnesty International, was die Anwälte Pinochets veranlasste, dem Innenminister zu unterbreiten, dass dieses Faktum seiner Rolle als neutralem Richter widersprach. Diese etwas absurde Ansicht wurde von Straw zurückgewiesen, das House of Lords kam jedoch überein, dass dieser Umstand ein Ausschlussgrund sei und der Fall neu angehört werden müsse.²⁷⁷ Diese Entscheidung wurde am 17. Dezember 1998 durch fünf Lords gefällt. Um das Verfahren neu aufzurollen, wurden sieben Lordrichter ausgewählt, um die

²⁷⁴ Vgl. Diana Woodhouse, The progress of Pinochet through the UK extradition procedure: an analysis of the legal challenges and judicial decisions. In: Madeleine Davis (ed.), The Pinochet Case: Origins, Progress and Implications (London 2003) 87-106, hier 93.

²⁷⁵ Vgl. Brody, The Case of Augusto Pinochet, 11.

²⁷⁶ Vgl. Woodhouse, The progress of Pinochet through the UK extradition procedure, 94-96.

²⁷⁷ Vgl. Madeleine Davis, The politics of the Pinochet case in the United Kingdom. In: Madeleine Davis (ed.), The Pinochet Case: Origins, Progress and Implications (London 2003) 125-144, hier 136.

Parteien – darunter Amnesty International und die Regierung Chiles - vor allem aber die Anklage und die Anwälte Pinochets – erneut anzuhören.²⁷⁸ Lord Browne-Wilkinson begründete als erster seine Entscheidung:

„Es gibt ein fundamentales [Rechts-]Prinzip, wonach kein Mensch Richter in eigener Sache sein sollte. [...] wenn ein Richter tatsächlich Prozeßpartei ist oder finanzielle oder eigene Interessen am Ausgang [des Verfahrens] hat, ist er Richter in eigener Sache. [...] diese Umstände sind ausreichend, seine automatische Disqualifizierung herbeizuführen. [...]

Nach meinem Urteil fällt der vorliegende Fall in diese [...] Kategorie [...]. In so einem Fall [...] wird der Richter ohne weitere Untersuchung der Wahrscheinlichkeit oder des Verdachts der Befangenheit disqualifiziert. Die reine Tatsache seines [eigenen] Interesses ist ausreichend, ihn zu disqualifizieren [...].“²⁷⁹

Dieses Vorgehen war einmalig, denn nie zuvor in der britischen Geschichte hatten Lordrichter das Urteil anderer Lords für ungültig erklärt.²⁸⁰

Die nächste Entscheidung der Lordrichter erfolgte drei Monate später, nämlich am 24. März 1999. Neuerlich wurde Pinochet die Immunität abgesprochen. Diesmal jedoch sprach sich eine Mehrheit von sechs der sieben Lordrichter für eine solche Aufhebung aus, lediglich Lord Goff stimmte dieser Entscheidung nicht zu. Dies stellte einen neuerlichen Sieg der Gegner Pinochets dar, der jedoch durch die Einschränkungen der Law Lords getrübt wurde. Laut ihres Urteils war eine Auslieferung des ehemaligen Diktators nur aufgrund von drei der insgesamt 32 Anklagepunkte möglich, nämlich jener, die nach dem 8. Dezember 1988 begangen worden waren. Dieses Datum markierte das Inkrafttreten der Antifolterkonvention der UN für Großbritannien.²⁸¹ Die Lordrichter waren davon ausgegangen, dass der „Grundsatz der doppelten Strafbarkeit“²⁸² Bedingung für die Auslieferung Pinochets sein müsse. Dieser Grundsatz besagt, dass Pinochet nur für Verbrechen belangt und ausgeliefert werden konnte, die nach britischem und spanischem Recht geahndet werden konnten. Davon ausgehend mussten sie entscheiden, ob der Zeitpunkt der

²⁷⁸ Vgl. *Dieng*, International Commission of Jurists, 50f.

²⁷⁹ *Ahlbrecht, Ambos*, Der Fall Pinochet(s), 144.

²⁸⁰ Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 60.

²⁸¹ Vgl. *Tangermann*, Die völkerrechtliche Immunität von Staatsoberhäuptern, 77f.

²⁸² *Zehnder*, Immunität von Staatsoberhäuptern, 128.

Verbrechen, oder der des Auslieferungsantrags entscheidend sei. Das heißt, es galt abzuwägen, ob eine Tat zum Zeitpunkt ihres Begehens, oder erst ihrer Verfolgung strafbar sein musste - ob also die Folterkonvention rückwirkend angewendet werden konnte. Die Lordrichter entschieden, dass die Begehung der Tat relevant war und kamen somit zum oben ausgeführten Beschluss.²⁸³ Zusätzlich wäre einer Auslieferung erst ab dem Datum des 29. September 1988 zuzustimmen, an dem section 134 des Criminal Justice Act 1988 in Kraft getreten war.²⁸⁴ Lord Browne-Wilkinson argumentierte in Bezug auf die Immunität nach dem 8. Dezember 1988 folgendermaßen:

„Aus diesen Gründen handelte Senator Pinochet nach meinem Urteil nicht mehr in irgendeiner Funktion, die Immunität *ratione materiae* entstehen ließe, wenn er, wie ihm zu Last gelegt wird, nach dem 8. Dezember 1988 Folter organisierte und autorisierte, weil solche Handlungen gegen das Völkerrecht verstießen, Chile zugestimmt hatte, solches Verhalten zu ächten, und Chile mit den anderen Parteien der Folterkonvention vereinbart hatte, daß die Gerichte aller Unterzeichnerstaaten die Zuständigkeit haben sollten, (die von der Konvention definierte) offizielle Folter vor Gericht zu bringen, selbst wenn solche Folterhandlungen in Chile begangen worden sind.“²⁸⁵

Vier Lords schlossen sich dieser Interpretation an. Lediglich Lord Goff und Lord Millett waren anderer Auffassung. Dabei ist zu bemerken, dass Goff als einziger gegen die Aufhebung der Immunität argumentierte, während Lord Millett zwar die Meinung der Mehrheit prinzipiell teilte, jedoch einen Schritt weiterging.²⁸⁶ Lord Goff schlussfolgerte:

„Aus den oben angeführten Gründen bin ich der Meinung, daß der größte Teil der Anklagepunkte gegen Senator Pinochet wegen Verstoßes gegen den Grundsatz beiderseitiger Strafbarkeit ausgeschlossen werden muß; hinsichtlich der verbleibenden Anklagen – Anklagepunkte 9, 30 sowie 2 und 4 (soweit sie trotz des Grundsatzes beiderseitiger Strafbarkeit bestehen bleiben) – hat Senator Pinochet Anspruch auf die Gewährung von Immunität *ratione materiae* als ehemaliges Staatsoberhaupt. Daher würde ich der Revision gegen die Entscheidung des Divisional Court durch die spanische Regierung nicht stattgeben.“²⁸⁷

Lord Millett nahm eine andere Extremposition ein. Wären andere Lordrichter seinem Beispiel gefolgt, wären wahrscheinlich alle

²⁸³ Vgl. *Zehnder*, Immunität von Staatsoberhäuptern, 128.

²⁸⁴ Vgl. *Woodhouse*, The progress of Pinochet through the UK extradition procedure, 100.

²⁸⁵ *Ahlbrecht, Ambos*, Der Fall Pinochet(s), 167.

²⁸⁶ Vgl. *Woodhouse*, The progress of Pinochet through the UK extradition procedure, 100f.

²⁸⁷ *Ahlbrecht, Ambos*, Der Fall Pinochet(s), 178f.

Menschenrechtsverletzungen Pinochets verfolgbar gewesen. Millett begründete seine Sicht wie folgt:

„Meiner Meinung nach ist der systematische Einsatz von Folter als Mittel staatlicher Politik im breit angelegten Umfang bereits vor 1984 als völkerrechtliches Verbrechen, das universeller Gerichtsbarkeit unterliegt, zu Piraterie, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit hinzugekommen. Ich meine, daß dies etwa 1973 geschehen sein muß. [...] daher haben Gerichte dieses Landes hinsichtlich der Folterhandlungen und der Verschwörung zur Folter im Ausmaß der Anklagen im vorliegenden Falle bereits exterritoriale Gerichtsbarkeit besessen und benötigten keine gesetzliche Ermächtigung, um diese auszuüben. Ich kann es jedoch verstehen, wenn das Hohe Gericht anderer Auffassung ist und annimmt, daß eine gesetzliche Ermächtigung erforderlich ist, bevor unsere Gerichte in Bezug auf Verbrechen universeller Gerichtsbarkeit strafrechtliche extraterritoriale Gerichtsbarkeit ausüben können. Eine derartige Ermächtigung wurde [ihnen] erstmalig durch section 134 Criminal Justice Act 1988 übertragen, aber diese section war nicht rückwirkend. [...]“²⁸⁸

Die Sichtweise von Lord Millett kann als die progressivste eingestuft werden und erinnert an die Argumentation der Law Lords in der ersten Entscheidung des House of Lords.²⁸⁹ Die anderen Lordrichter folgten jedoch der Meinung, dass nur kriminelle Handlungen unter britischem Recht behandelt werden konnten, was die Fälle – wie bereits erwähnt – erheblich einschränkte. Das Beharren auf dem Criminal Justice Act stellte auch implizit britisches Recht über internationales Recht.²⁹⁰ Aus diesem Grund ist es nahe liegend, dass die Reaktionen auf das Urteil zwiespältig ausfielen, obwohl darin durchaus ein Meilenstein für die Durchsetzung der Menschenrechte gesehen wurde.²⁹¹ Obwohl die meisten Menschenrechtsverletzungen während des Putsches, oder kurz danach verübt worden waren, sollten diese straffrei bleiben. Trotz dieser Diskrepanz stellte sich Innenminister Straw am 14. April hinter diese Entscheidung. Kurz darauf begann das so genannte Sommertheater, das die

²⁸⁸ Ahlbrecht, Ambos, Der Fall Pinochet(s), 195.

²⁸⁹ Vgl. Michael Ratner, The Lords' Decision in Pinochet III. In: Reed Brody, Michael Ratner, The Pinochet Papers. The Case of Augusto Pinochet in Spain and Britain (The Hague/London/Boston 2000) 33-52, hier 49.

²⁹⁰ Vgl. Paul J.I.M. de Waart, Pinochet: To be or not to be Immune... In: Wolfgang Benedek, Hubert Isak, Renate Kicker, Development and Developing International and European Law. Essays in Honour of Konrad Ginther on the Occasion of his 65th Birthday (Frankfurt a. M./Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Wien 1999) 185-199, hier 199.

²⁹¹ Vgl. Günther Handl, The Pinochet Case, Foreign State Immunity and the Changing Constitution of the International Community. In: Wolfgang Benedek, Hubert Isak, Renate Kicker, Development and Developing International and European Law. Essays in Honour of Konrad Ginther on the Occasion of his 65th Birthday (Frankfurt a. M./Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Wien 1999) 59-83, hier 60.

inoffiziellen Verhandlungen und Interventionen bezeichnete, die eine Freilassung Pinochets ermöglichen sollten. Einerseits kamen Gerüchte auf, wonach es eine Annäherung zwischen der spanischen und der chilenischen Regierung gab, um eine außergerichtliche Vereinbarung zu treffen. Im Zuge dieser Vereinbarungen wurden auch Dokumente an Chile übermittelt. Zweitens versuchte die Regierung unter Aznar vergeblich, die Sozialistische Partei von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Auslieferungsantrag zurückzunehmen. Baltasar Garzón wehrte sich gegen diese Entwicklungen, da er die Unabhängigkeit der Gerichte in Gefahr sah.²⁹² Nichtsdestotrotz kam es am 27. November zur Anhörung bezüglich des Auslieferungsverfahrens. Garzón hatte weitere Anklagepunkte erhoben und somit war die vom House of Lords reduzierte Anzahl an Fällen wieder auf 34 Anklagepunkte bezüglich Folter und einen bezüglich der Verschwörung zur Folter gestiegen.²⁹³ Richter Garzón hatte in seiner Verfahrenserweiterung vom 30. April auch betont, dass die Fälle von Verschwindenlassen als Folter zu werten seien. Da der Verbleib der 1.198 Personen, auf die er sich bezog, ungewiss bliebe, läge ein Dauerdelikt vor, dass in die Entscheidung des Gerichts einfließen sollte.²⁹⁴ Das Gericht verfügte am 8. Oktober, dass die zusätzlichen Anklagepunkte berücksichtigt werden sollten, und dass Pinochet für die – nach dem 8. Dezember 1988 verübten – Verbrechen prinzipiell ausgeliefert werden könnte. Die nächste Sitzung wurde für den 20. März 2000 anberaumt, zu der es jedoch nie kommen sollte.²⁹⁵

Es wurden immer wieder Stimmen laut, dass Pinochet auf Basis humanitärer Gründe freigelassen werden könnte, sofern er das Urteil des englischen Gerichts nicht beeinspruchen würde. Das erste Anzeichen in Richtung dieser Lösung war, als Innenminister Straw am 5. Jänner 2000 ein Gutachten zum Gesundheitszustand des Ex-Diktators erstellen ließ. Die GutachterInnen stellten fest, dass sein geistiger Zustand es Pinochet nicht erlaube, Gerichtsverfahren zu verfolgen und der Verfall über das seinem Alter angemessenen Maß

²⁹² Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 60f.

²⁹³ Vgl. *Woodhouse*, The progress of Pinochet through the UK extradition procedure, 104.

²⁹⁴ Vgl. *Ahlbrecht, Ambos*, Der Fall Pinochet(s), 227f.

²⁹⁵ Vgl. *Woodhouse*, The progress of Pinochet through the UK extradition procedure, 104f.

fortgeschritten wäre. Anfänglich wurden die Ergebnisse unter Verschluss gehalten. Als sie an die Öffentlichkeit gelangten, wurden sie jedoch nicht in Zweifel gezogen und es wurde auch kein weiteres, unabhängiges Gutachten angefordert.²⁹⁶ Dieses Gutachten stellte das Ende der Auslieferungsbemühungen dar und war eine Niederlage für alle, die Pinochet vor Gericht sehen wollten. Am 2. März 2000 gab Innenminister Straw seine Entscheidung bekannt, dass Pinochet prozessunfähig sei. Ein weiteres Verfahren würde sein Recht auf einen fairen Prozess laut Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzen.²⁹⁷ Dies zeigte das Interesse Großbritanniens Pinochet ausreisen zu lassen, was trotz des Protestes der Staaten, die seine Auslieferung forderten, im geheimen vonstatten ging. So konnte Augusto Pinochet nach Chile zurückfliegen, wo er im März 2000 ankam. Somit hatte der Fall Pinochet – zumindest in Europa – ein Ende gefunden.²⁹⁸

²⁹⁶ Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 62f.

²⁹⁷ Vgl. *Woodhouse*, The progress of Pinochet through the UK extradition procedure, 105.

²⁹⁸ Vgl. *Tangermann*, Die völkerrechtliche Immunität von Staatsoberhäuptern, 83f.

5 Empirischer Teil: Die Berichterstattung ausgewählter britischer Tageszeitungen

Im vorliegenden Kapitel wird die Berichterstattung britischer Tageszeitungen zum Fall Pinochet analysiert. Dies dient dazu, die historischen Abläufe durch die mediale Repräsentation zu ergänzen. Diese Vorgehensweise resultiert aus der Überzeugung, dass Informationen – aber auch Meinungen – von den RezipientInnen aus den Medien bezogen werden. In einem weiteren Schritt werden die Ergebnisse der eigenen Untersuchung mit denen einer bereits veröffentlichten Studie über die Berichterstattung in ausgewählten chilenischen Tageszeitungen verglichen.²⁹⁹ Dieser Vergleich ist auch Grund dafür, dass eine enge methodische Anlehnung an diese Studie vorgenommen wurde.

5.1 Theorie und methodische Vorgehensweise

Dominik Ley beruft sich in seiner Untersuchung auf den Agenda-Setting Ansatz, wonach Medien bestimmte Themen auswählen, strukturieren, platzieren und wiederholen und somit die Aufmerksamkeit der RezipientInnen organisieren. Dabei unterscheidet er zwischen First- und Second-Level Agenda-Settings. Ersteres begreift er als quantitative Größe, die den Platz bestimmt, die einem Thema eingeräumt wird, letzteres sieht er - vereinfacht gesagt - als qualitative Eigenschaft.³⁰⁰

Ausgehend von der Forschungsfrage: "Wie und in welchem Ausmaß wurde in den Medien über Augusto Pinochet berichtet?" soll das ausgewählte Datenmaterial ausgewertet werden. Als Untersuchungsgegenstand wurden zwei britische Tageszeitungen – *The Guardian* und *The Times* – ausgewählt. Diese Auswahl ergibt sich daraus, dass *The Guardian* Mitte Links angesiedelt

²⁹⁹ Vgl. Dominik Ley, *Medien, Öffentliche Meinung und der "Fall Pinochet"*. Perzeption des Ex-Diktators in Chile (Saarbrücken 2008).

³⁰⁰ Vgl. Ley, *Medien, Öffentliche Meinung und der "Fall Pinochet"*, 40.

ist und eher eine linksliberale Meinung transportiert, während *The Times* Mitte Rechts steht und eine konservative Anschauung wiedergibt. Die Zeitungen wurden ausgewählt, weil sie als Qualitätsblätter gehandelt werden und das politische Spektrum der britischen Medienlandschaft repräsentieren. Diesen werden drei chilenische Zeitungen aus der Untersuchung Leys – *El Mercurio* (konservativ), *La Tercera* (rechtsliberal) und *La Nación* (linksliberal) gegenübergestellt.³⁰¹

Der Untersuchungszeitraum ist in drei Abschnitte gegliedert, die wichtige Ereignisse in Bezug auf die Festnahme Pinochets in London darstellen und sich über die fünf Folgetage erstrecken. Untersuchungszeitraum 1 erstreckt sich vom 17. Oktober bis zum 21. Oktober 1998 und folgt direkt auf die Festnahme Pinochets am 16. Oktober. Untersuchungszeitraum 2 beginnt am 29. Oktober 1998 und endet am 2. November und folgt somit dem Urteil des High Court of Justice vom 28. Oktober, wonach Pinochet – wie bereits erwähnt – Immunität genießt, aber unter Hausarrest bleibt, bis sich die Staatsanwaltschaft zu weiteren Schritten entscheidet. Untersuchungszeitraum 3 schließt an die Aberkennung der Immunität durch das House of Lords vom 25. November an und umspannt den Zeitraum vom 26. bis zum 30. November 1998.³⁰² Ausgewählt wurden Artikel, sowie die dazugehörigen Bilder und Cartoons, die sich mit der Person Augusto Pinochets, dem Fall Pinochet und den Vorgängen in Chile während der Diktatur befassten. Die methodische Vorgehensweise wird in den Kapiteln zur quantitativen und qualitativen Analyse jeweils gesondert behandelt.

5.2 Quantitative Analyse

Unter quantitativer Analyse im Sinne des First-Level Agenda-Settings versteht Ley den physischen Raum, der einem Thema in einem Printmedium eingeräumt

³⁰¹ Vgl. Ley, Medien, Öffentliche Meinung und der "Fall Pinochet", 48f.

³⁰² Vgl. Ley, Medien, Öffentliche Meinung und der "Fall Pinochet", 51.

wird. Zu diesem Zweck untersuchte er die Titelseiten der ausgewählten Tageszeitungen und erhob den prozentuellen Anteil der Artikel über den Fall Pinochet in Zehnerschritten. Aus dem prozentuellen Anteil des Themas auf den Titelseiten kann auf die Relevanz dessen geschlossen werden.³⁰³ An dieser Stelle wird die gleiche Untersuchung mit den britischen Medien - nach Untersuchungszeitraum und Tageszeitung aufgegliedert – durchgeführt.

5.2.1 Untersuchungszeitraum 1 (17.10. – 21.10.1998)

The Guardian berichtete in diesem Zeitraum zwei Mal auf der Titelseite über den Fall Pinochet. Einmal betrug die Größe des Artikels 30 Prozent der Titelseite.³⁰⁴ Bei der zweiten Berichterstattung nahm diese mit 90 Prozent fast die ganze Titelseite ein.³⁰⁵ *The Times* kam im selben Zeitraum lediglich auf einen Artikel auf der ersten Seite. Dieser nahm 50 Prozent der Seite ein.³⁰⁶

In den chilenischen Tageszeitungen ergibt sich ein gänzlich anderes Bild. Um Redundanzen zu vermeiden, werden in Klammer die Prozente der Berichterstattung auf der Titelseite chronologisch nach den fünf Tagen aufgelistet. *El Mercurio* (10%, 50%, 50%, 70%, 60%) berichtete an allen fünf Tagen, die Titelseite wurde jedoch nie vollständig gefüllt. *La Tercera* (0%, 90%, 50%, 70%, 70%) und *La Nación* (0%, 90%, 60%, 80%, 90%) berichteten am Tag nach der Verhaftung nicht auf der Titelseite, an den folgenden vier Tagen jedoch ausführlicher.³⁰⁷

³⁰³ Vgl. Ley, Medien, Öffentliche Meinung und der "Fall Pinochet", 51.

³⁰⁴ Vgl. *The Guardian*, 19.10.1998, 1.

³⁰⁵ Vgl. *The Guardian*, 20.10.1998, 1.

³⁰⁶ Vgl. *The Times*, 19.10.1998, 1.

³⁰⁷ Vgl. Ley, Medien, Öffentliche Meinung und der "Fall Pinochet", 52.

5.2.2 Untersuchungszeitraum 2 (29.10. – 02.11.1998)

Nach dem Urteil des High Court of Justice berichtete *The Guardian* einmal auf der Titelseite, wobei der Artikel 50 Prozent der Gesamtfläche einnahm.³⁰⁸ *The Times* berichtete ebenfalls nur ein Mal, wobei nur 20 Prozent des Platzes benutzt wurde.³⁰⁹ Eine Ankündigung eines Artikels, die jedoch lediglich ein Prozent der Fläche einnahm wird hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt.³¹⁰

Die chilenischen Tageszeitungen berichteten abermals deutlich öfter – an allen fünf Tagen – und ausführlicher über den Fall Pinochet. *El Mercurio* (70%, 60%, 60%, 20%, 30%) räumte der Berichterstattung am wenigsten Platz ein, während *La Tercera* (90%, 80%, 90%, 90%, 10%) und *La Nación* (80%, 80%, 80% 80%, 60%) deutlich ausführlicher Bericht erstatteten.³¹¹

5.2.3 Untersuchungszeitraum 3 (26.11. – 30.11.1998)

Im Anschluss an die Aberkennung der Immunität durch das House of Lords berichteten *The Guardian* und *The Times* je zwei Mal über den Fall Pinochet. *The Guardian* einmal mit 90 Prozent³¹², ein weiteres Mal mit 20 Prozent³¹³. *The Times* berichtete über Pinochet und stellte dabei einmal 50 Prozent³¹⁴ des vorhandenen Platzes auf der Titelseite zur Verfügung, ein weiteres Mal lediglich 20 Prozent³¹⁵. Der Vollständigkeit halber wird hier abermals eine Ankündigung eines Artikels erwähnt, die jedoch lediglich 3 Prozent der Fläche der Titelseite ausmacht.³¹⁶

³⁰⁸ Vgl. *The Guardian*, 29.10.1998, 1.

³⁰⁹ Vgl. *The Times*, 29.10.1998, 1.

³¹⁰ Vgl. *The Times*, 30.10.1998, 1.

³¹¹ Vgl. Ley, Medien, Öffentliche Meinung und der "Fall Pinochet", 52.

³¹² Vgl. *The Guardian*, 26.11.1998, 1.

³¹³ Vgl. *The Guardian*, 30.11.1998, 1.

³¹⁴ Vgl. *The Times*, 26.11.1998, 1

³¹⁵ Vgl. *The Times*, 27.11.1998, 1

³¹⁶ Vgl. *The Times*, 30.11.1998, 1

Die chilenischen Tageszeitungen berichteten zwar immer noch täglich auf der Titelseite, jedoch ging das Ausmaß der Berichterstattung bei *El Mercurio* (70%, 70%, 50%, 50%, 40%), besonders aber bei *La Tercera* (90%, 30%, 80%, 30%, 10%) und *La Nación* (90%, 90%, 60%, 20%, 20%) gegen Ende des Untersuchungszeitraums deutlich zurück.³¹⁷

5.3 Qualitative Analyse

Bei der qualitativen Analyse wurde – wie bei der quantitativen zuvor – großer Wert auf die Vergleichbarkeit der beiden unterschiedlichen Medienlandschaften gelegt. Ley organisierte seine Untersuchung im Sinne des Second-Level Agenda-Settings, demzufolge Bedeutungen nicht nur durch die räumliche Präsenz, sondern auch durch die Attribute, die Themen und Personen verliehen werden, gestaltbar sind.³¹⁸ Aus dieser Überlegung heraus wurde das Textmaterial der Zeitungen im Sinne einer Inhaltsanalyse bearbeitet. Dabei wurde eine „... manuelle, systematische Auswertung einer Stichprobe von Textmaterial“³¹⁹ – in diesem Fall zwei englische Tageszeitungen in den bereits erwähnten drei Untersuchungszeiträumen durchgeführt. Die hier verwendete Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring bietet den Vorteil, dass das Material immer in seinem Kommunikationszusammenhang verstanden wird. Dies bietet die Möglichkeit anzugeben, auf welchen Teil des Kommunikationsprozesses Bezug genommen werden soll³²⁰ Hier wird die intendierte Darstellung Augusto Pinochets in den britischen Medien untersucht, nicht aber die Rezeption derselben. Nach einer explorativen Phase, in der das Material ohne Vorüberlegung gesichtet wurde, begann die eigentliche

³¹⁷ Vgl. Ley, Medien, Öffentliche Meinung und der "Fall Pinochet", 52.

³¹⁸ Vgl. Ley, Medien, Öffentliche Meinung und der "Fall Pinochet", 41.

³¹⁹ Andreas Diekmann, Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen (rowohlts enzyklopädie 55551, 4., durchg. Aufl., Reinbeck b. Hamburg 1998) 487.

³²⁰ Vgl. Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (Weinheim 2000) 42.

Inhaltsanalyse.³²¹ Ausgehend von der oben formulierten Forschungsfrage, wurden die Hypothesen formuliert, dass Pinochet in den Medien negativ dargestellt und die Verhaftung daher als legitim angesehen wurde. Die Inhaltsanalyse wurde im von Mayring vorgeschlagenen Dreischritt - Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung - durchgeführt.³²² Abschließend wurden die Ergebnisse interpretiert.³²³ Zuletzt wurden die eigenen Ergebnisse mit den Resultaten der Studie von Dominik Ley verglichen

5.3.1 Untersuchungszeitraum 1 (17.10. – 21.10.1998)

In diesem Untersuchungszeitraum berichtete *The Guardian* negativ über Augusto Pinochet. Dreimal wird ein britischer Politiker zitiert, der Pinochet einen brutalen Diktator nannte.³²⁴ An anderer Stelle wurde er als Verschwender dargestellt, der in den teuersten Geschäften, Hotels und Restaurants verkehrte und erster Klasse flog.³²⁵ Gleichzeitig wurde er auch als führender Tyrann des 20. Jahrhunderts charakterisiert und mit Faschisten wie Franco und Salazar verglichen.³²⁶ Zuletzt wurde er noch als dickbäuchiger, alternder Mann ins Lächerliche gezogen.³²⁷

The Times berichtete hingegen positiver über den ehemaligen Diktator. Das oben erwähnte Zitat eines Politikers wurde zwar auch zweimal wiedergegeben, wurde aber negativ bewertet.³²⁸ Obwohl die Legitimität der Verhaftung nicht bezweifelt wurde, stellte diese Zeitung Pinochet als Gentleman dar, der sein Land eher bereichert, die Briten unterstützt und Chile zum reichsten Land

³²¹ Vgl. Siegfried Lamnek, *Qualitative Sozialforschung*. Bd. 2 Methoden und Techniken (Weinheim 1995) 207.

³²² Vgl. Mayring, *Qualitative Inhaltsanalyse*, 59.

³²³ Vgl. Lamnek, *Qualitative Sozialforschung*, 215

³²⁴ Vgl. *The Guardian*, 19.10.1998, 1; *The Guardian*, 20.10.1998, 1; *The Guardian*, 21.10.1998, G8.

³²⁵ Vgl. *The Guardian*, 19.10.1998, 3; *The Guardian*, 20.10.1998, 1.

³²⁶ Vgl. *The Guardian*, 19.10.1998, 1; *The Guardian*, 20.10.1998, 21.

³²⁷ Vgl. *The Guardian*, 20.10.1998, 6.

³²⁸ Vgl. *The Times*, 20.10.1998, 18, *The Times*, 21.10.1998, 16.

Lateinamerikas mit der besten Ausbildung und Gesundheitsversorgung gemacht hatte.³²⁹

El Mercurio berichtete ungläubig von der Verhaftung Pinochets und beschränkte sich auf Reaktionen der Familie und des Umfeldes, sowie auf Unterstützungserklärungen des Militärs.³³⁰ In *La Tercera* wurde die Festnahme abgelehnt und Stimmen aus dem rechten Lager kamen zu Wort. Die Verhaftung wurde als Schlag gegen den nationalen Stolz Chiles angesehen.³³¹ *La Nación* äußerte sich als einzige chilenische Zeitung neutral und ließ Pinochet-Befürworter, sowie dessen Gegner, zu Wort kommen. Außerdem wurde Wert auf die internationale Sicht der Verhaftung gelegt.³³²

5.3.2 Untersuchungszeitraum 2 (29.10. – 02.11.1998)

Im Untersuchungszeitraum nach dem Urteil des High Court of Justice berichtete *The Guardian* weiterhin negativ über Augusto Pinochet. Es wurde angedeutet, dass der ehemalige Diktator für den Tod von 4000 Menschen verantwortlich sein könnte. In einem Zitat wurde ein Vergleich mit Saddam Hussein und Slobodan Milošević angestellt. Das Photo zu diesem Artikel zeigte ein Plakat eines demonstrierenden Gegners, das Pinochet unter der Überschrift „Guilty“ mit blutigen Händen abbildete.³³³ Der Umstand, dass seine Frau und Tochter vor der Privatklinik als Mörder beschimpft worden waren, wurde mehrmals erwähnt, wobei aber auch betont wurde, dass Pinochet alt sei und an Diabetes und anderen Krankheiten leide.³³⁴ Er wurde auch als jemand attackiert, der die britische Tugend der kultivierten Mäßigung nicht als Charaktereigenschaft vorweisen könnte, der durch einen blutigen Putsch an die Macht gekommen war, und der angeblich plötzlich so krank und depressiv geworden war, dass

³²⁹ Vgl. *The Times*, 19.10.1998, 15, *The Times*, 20.10.1998, 18.

³³⁰ Vgl. Ley, Medien, Öffentliche Meinung und der „Fall Pinochet“, 59.

³³¹ Vgl. Ley, Medien, Öffentliche Meinung und der „Fall Pinochet“, 60.

³³² Vgl. Ley, Medien, Öffentliche Meinung und der „Fall Pinochet“, 62.

³³³ Vgl. *The Guardian*, 29.10.1998, 1.

³³⁴ Vgl. *The Guardian*, 29.10.1998, 2; *The Guardian*, 29.10.1998, 13.

sein Leben in Gefahr wäre. Weiters wurde er als „persona non gratissima“ bezeichnet, die nach Hause fahren sollte.³³⁵ Zuletzt kehrte noch einmal das Motiv des Verschwenders zurück, der die London Clinic zugunsten einer teuren und exklusiven Einrichtung verlassen hatte, die auf Alkohol- und Drogenentzug spezialisiert war.³³⁶

The Times berichtete in diesem Zeitraum wieder positiver. Pinochet wurde zwar an zwei Stellen mit Saddam Hussein und Slobodan Milošević verglichen und seine Verbindung zur DINA hervorgehoben.³³⁷ Andererseits wurde die menschliche Komponente des ehemaligen Diktators hervorgehoben. Das Spital, in das er von der London Clinic aus übersiedelte, wurde als idyllischer Ort beschrieben, an dem der – keineswegs verrückte – von Problemen belastete Pinochet den Stress der vorangegangenen 14 Tage vergessen und sich zu Hause fühlen konnte.³³⁸ Der Besuch seiner Frau wurde ebenso erwähnt, wie der Umstand, dass Pinochet ein herzhaftes Mahl zu sich genommen und einen Spaziergang gemacht hatte.³³⁹ Ein Arzt eröffnete auch die Möglichkeit, dass Pinochets Krankheit in Wirklichkeit viel schwerer sein könnte als angenommen.³⁴⁰

El Mercurio begrüßte die Entscheidung des High Court of Justice und zeigte feiernde Anhänger des ehemaligen Diktators. Eine baldige Rückkehr schien wahrscheinlich, aber auch die Möglichkeit eines Prozesses in Chile wurde erwähnt. Die Übersiedelung Pinochets in eine andere Klinik wurde mit dem Aspekt von Ruhe und Freiheit verbunden.³⁴¹ *La Tercera* wählte einen scharfen Ton, um die Ereignisse in London zu kritisieren und gab die Meinungen rechter Politiker und Militärs ausführlich wieder.³⁴² *La Nación* äußerte sich der Entscheidung des High Court of Justice gegenüber positiv, ließ aber auch die

³³⁵ Vgl. *The Guardian*, 29.10.1998, 21.

³³⁶ Vgl. *The Guardian*, 30.10.1998, 2.

³³⁷ Vgl. *The Times*, 29.10.1998, 1; *The Times*, 29.10.1998, 25; *The Times* 02.11.1998, 8.

³³⁸ Vgl. *The Times*, 30.10.1998, 2.

³³⁹ Vgl. *The Times*, 31.10.1998, 2.

³⁴⁰ Vgl. *The Times*, 29.10.1998, 22.

³⁴¹ Vgl. Ley, Medien, Öffentliche Meinung und der „Fall Pinochet“, 59.

³⁴² Vgl. Ley, Medien, Öffentliche Meinung und der „Fall Pinochet“, 61.

Zustimmung zu einem Prozess erkennen, der jedoch in Chile stattfinden sollte. In Folge druckte die Zeitung auch unterschiedliche Meinungen zu den Vorgängen in London ab.³⁴³

5.3.3 Untersuchungszeitraum 3 (26.11. – 30.11.1998)

Nach der Entscheidung des House of Lords Pinochets Immunität abzuerkennen, berichtete *The Guardian* stärker über das Urteil und die Situation, in der sich Innenminister Jack Straw nun befand, als über die Person des ehemaligen Diktators selbst.³⁴⁴ Gleichzeitig wurde vermehrt auf den schlechten Gesundheitszustand Pinochets verwiesen.³⁴⁵ Bei der direkten Berichterstattung über den ehemaligen Diktator schrieb *The Guardian* jedoch nach wie vor in negativer Form. Pinochet wurde als ehemaliger systematischer Folterer bezeichnet und ihm wurde vorgeworfen, an der Spitze eines Systems gestanden zu haben, das in großem Ausmaß gefoltert und ein Land als Geisel genommen hatte.³⁴⁶ Der Putsch wurde als mörderisch dargestellt, Pinochet mit Botha und Suharto verglichen und als Mensch mit reichen Verbündeten, der kein Mitgefühl verdiente, beschrieben.³⁴⁷ Auch seine Allianz mit den Chicago Boys wurde kritisiert, und die Unterstützung seines Regimes durch die U.S.A. wurde betont.³⁴⁸ Die einzige Feststellung in *The Guardian* zugunsten Pinochets war dahingehend, dass die Behandlung des ehemaligen Diktators als Demütigung bezeichnet wurde.³⁴⁹

³⁴³ Vgl. Ley, Medien, Öffentliche Meinung und der "Fall Pinochet", 63.

³⁴⁴ Vgl. *The Guardian* 26.11.1998, 1; *The Guardian* 26.11.1998, 2; *The Guardian* 26.11.1998, 4; *The Guardian* 30.11.1998, 17.

³⁴⁵ Vgl. *The Guardian*, 26.11.1998, 3; *The Guardian*, 28.11.1998, 4f.

³⁴⁶ Vgl. *The Guardian*, 26.11.1998, 24.

³⁴⁷ Vgl. *The Guardian*, 26.11.1998, 25; *The Guardian*, 27.11.1998, 24; *The Guardian*, 30.11.1998, 17.

³⁴⁸ Vgl. *The Guardian*, 30.11.1998, 19; *The Guardian*, 30.11.1998, 1.

³⁴⁹ Vgl. *The Guardian*, 27.11.1998, 7.

The Times berichtete in diesem Zeitraum ebenso verstärkt über das Urteil der Lordrichter.³⁵⁰, das als wegweisend für die Verfolgung anderer Diktatoren dargestellt wurde.³⁵¹ Pinochet selbst wurde einerseits als alt, andererseits als durch den erlebten Stress sehr in Mitleidenschaft gezogen, beschrieben.³⁵² Als Folge wurde gefordert, den ehemaligen Diktator nach Hause zu schicken, wo er entweder verurteilt, oder sich aus der Politik zurückziehen würde.³⁵³

El Mercurio schenkte der Entscheidung der Lordrichter und der Person Jack Straws breite Aufmerksamkeit. Auf Pinochet bezogen wurde die Frage gestellt, wie seine Reputation intakt bleiben könnte, wobei die genauen Vorwürfe gegen ihn nicht erwähnt wurden.³⁵⁴ La Tercera beschränkte sich vor allem auf wirtschaftliche Konsequenzen, die der Fall Pinochet für Chile haben könnte. Die Hintergründe, die zu seiner Verhaftung geführt hatten, wurden nicht analysiert.³⁵⁵ La Nación bezog keine eindeutige Position zu Pinochet, befürwortete aber eine Rückkehr des Diktators nach Chile, wo ein Prozess möglich wäre.³⁵⁶

5.4 Zusammenfassung

Der Vergleich von britischen und chilenischen Tageszeitungen hat die Unterschiede in der Darstellung des Falles Pinochet gezeigt. Ausgehend von der Forschungsfrage: "Wie und in welchem Ausmaß wurde in den Medien über Augusto Pinochet berichtet?" werden an dieser Stelle die Ergebnisse noch einmal zusammengefasst. Bei der Häufigkeit der Berichterstattung und ihrem räumlichen Ausmaß, unterschieden sich die britischen Tageszeitungen deutlich von den chilenischen. Erstere brachten die Ereignisse um den ehemaligen

³⁵⁰ Vgl. *The Times*, 26.11.1998, 6; *The Times*, 26.11.1998, 25; *The Times*, 26.11.1998, 47.

³⁵¹ Vgl. *The Times*, 26.11.1998, 1; *The Times*, 26.11.1998, 7; *The Times*, 26.11.1998, 24.

³⁵² Vgl. *The Times*, 26.11.1998, 1; *The Times*, 27.11.1998, 1.

³⁵³ Vgl. *The Times*, 30.11.1998, 12; *The Times*, 30.11.1998, 22.

³⁵⁴ Vgl. Ley, Medien, Öffentliche Meinung und der "Fall Pinochet", 60.

³⁵⁵ Vgl. Ley, Medien, Öffentliche Meinung und der "Fall Pinochet", 61f.

³⁵⁶ Vgl. Ley, Medien, Öffentliche Meinung und der "Fall Pinochet", 63.

Diktator deutlich seltener und in viel geringerem Ausmaß auf den Titelseiten, während letztere so gut wie täglich auf der ersten Seite berichteten und oft einen hohen Prozentsatz der gesamten Fläche zur Verfügung stellten. Dies rührt daher, dass der Fall Pinochet, obwohl für beide Länder wichtig, in Chile mehr mediale Aufmerksamkeit bekam, da der ehemalige Diktator sein Land dramatisch veränderte und politisch spaltete.

Im Bereich der Art der Berichterstattung muss die Hypothese, dass Pinochet in den Medien negativ dargestellt und die Verhaftung daher als legitim angesehen wurde, verworfen werden. Die Bewertung der Person Pinochet hing stark von der politischen Einstellung der Zeitung ab. Lediglich *The Guardian* bewertete Pinochet in negativer Form und unterstützte offen die Verhaftung des ehemaligen Diktators. *La Nación* hingegen stellte die Geschehnisse neutral dar. Bei den rechten Zeitungen zeigte sich eine stärkere Unterstützung Pinochets, die im Falle von *The Times* jedoch immer noch als neutral zu bewerten war. *El Mercurio* und *La Tercera* stellten den ehemaligen General jedoch als hochgradig positiv dar. Aufgrund dieser Ergebnisse kann gesagt werden, dass der Fall Pinochet – in Hinblick auf die Medienlandschaft - nicht nur Chile, sondern auch Großbritannien polarisiert hat.

6 Konsequenzen des Falles Pinochet

6.1 Vorgänge in Chile

Als Augusto Pinochet nach 503 Tagen wieder in Chile landete, wurde er mit allen Ehren empfangen. Politische Anhänger warteten auf ihn ebenso wie eine Militärdelegation unter General Izurieta, dem Oberbefehlshaber der Armee. Von seiner schweren Erkrankung, die das britische Gutachten attestiert hatte, war wenig zu bemerken, als er aus seinem Rollstuhl aufstand und seinen Anhängern zuwinkte. Auf den ersten Blick schien alles beim alten, doch vor und während seiner Abwesenheit war viel geschehen und die Vorfälle in London waren auch an Chile nicht spurlos vorübergegangen.³⁵⁷ Diese Entwicklung während der vergangenen beiden Jahre wird in Folge nachgezeichnet.

6.1.1 Chile während Pinochets Abwesenheit

Bereits vor seiner Abreise nach London waren in Chile die ersten Strafanzeigen gegen Pinochet bei Gericht eingegangen. Diese Entwicklung begann im Jänner 1998, aber niemand konnte sich eine Verurteilung des Ex-Diktators vor einem chilenischen Gericht vorstellen.³⁵⁸ Nach jahrelanger Tabuisierung war es der 11. September 1998, an dem sich der Putsch zum 25. Mal jährte, der Anlass für Chile gab, sich der eigenen Vergangenheit zu stellen. Eine Reihe von Zeitungsartikeln, Büchern, sowie Radio- und Fernsehbeiträge beschäftigten sich mit den Ereignissen, die nach dem Putsch stattgefunden hatten. Dadurch wurde erstmals eine Debatte in Gang gesetzt, die durch Pinochets Verhaftung etwa ein Monat später noch verstärkt wurde.³⁵⁹ Die Nachricht von der

³⁵⁷ Vgl. *Burbach*, *The Pinochet Affair*, 121.

³⁵⁸ Vgl. *Wenzl*, *Der Fall Pinochet*, 59.

³⁵⁹ Vgl. *Kornbluh*, *The Pinochet File*, 476.

Verhaftung des Ex-Diktators wurde jedoch nicht nur durch Worte sondern auch durch Taten kommentiert. Es kam zu Demonstrationen von GegnerInnen, wie auch AnhängerInnen Pinochets. Diese Kundgebungen verliefen nicht immer friedlich und führten sogar zu Ausschreitungen und Zusammenstößen mit der Polizei. UnterstützerInnen des Generals drohten, die spanische und die britische Botschaft niederzubrennen und versuchten, diese zu stürmen. Auch ein Versammlungsverbot konnte Ausschreitungen und Protestaktionen nicht verhindern.³⁶⁰

Die chilenische Regierung unter Eduardo Frei Ruiz-Tagle, dem Sohn des früheren Präsidenten Eduardo Frei-Montalva, der von 1964-1970 im Amt gewesen war, brachte sich zu diesem Zeitpunkt selbst in eine schwierige Situation. Drei wichtige Mitglieder des Kabinetts - darunter der Kanzler und ein Minister - waren selbst Opfer des Pinochet-Regimes gewesen. Zwei waren ins Exil gegangen, während Minister Jaime Tohá sogar in einem Konzentrationslager interniert war, wo er auch gefoltert worden war. Trotz dieses Umstandes, lehnte die chilenische Regierung die Verhaftung Pinochets und den spanischen Auslieferungsantrag ab, was von vielen als eine Parteinahme für den ehemaligen Diktator verstanden wurde. Die Position der Regierung kann aber auch so interpretiert werden, dass sie den Transitionsprozess nicht gefährden wollte, indem sie eine Verurteilung im Ausland unterstützte.³⁶¹ Vielleicht spielte auch die koloniale Vergangenheit unter spanischer Herrschaft eine Rolle, worauf zumindest die Argumentation der chilenischen Kirche hindeutete. Diese sah die Verhaftung Pinochets als einen Rückfall in die Zeit des Kolonialismus an, eine Position, die auch von den chilenischen Medien mitgetragen wurde.³⁶²

Die chilenische Regierung hatte jedoch bereits vor der Verhaftung versucht, die Unangreifbarkeit Pinochets zu sichern. Aus diesem Grund war ihm der

³⁶⁰ Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 73f.

³⁶¹ Vgl. *Carlos Huneeus*, The consequences of the Pinochet case for Chilean politics. In: *Madeleine Davis* (ed.), *The Pinochet Case: Origins, Progress and Implications* (London 2003) 169-188, hier 169f.

³⁶² Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 68.

Diplomatenpass, mit dem er nach England einreiste, ausgestellt worden. Die Verhaftung wurde als Eingriff in die chilenische Souveränität gewertet, wobei eindringlich auf die Zuständigkeit chilenischer Gerichte verwiesen wurde. Außenminister Insulza – ein Sozialist – versuchte eine Freilassung aufgrund des Gesundheitszustandes und des Alters Pinochets zu erwirken. Diese Taktik sollte sich – wie oben bereits dargestellt – als erfolgreich erweisen. Alles in allem kühlte der Fall Pinochet die außenpolitischen Beziehungen zwischen Chile einerseits und Großbritannien und Spanien andererseits, merklich ab.³⁶³

Obwohl die Regierung die Rückkehr Pinochets forderte und somit unter Verdacht geriet, den Ex Diktator zu unterstützen, nahm die Justiz ihre Ermittlungen gegen Handlanger des Regimes auf. Der Richter Juan Guzmán Tapia sollte in der Folge eine Schlüsselfunktion in diesen Ermittlungen, die sich später auf Pinochet konzentrierten, einnehmen. Guzmán war für diese Rolle nicht unbedingt prädestiniert. Er hatte sich nie in politischen Bewegungen engagiert, war aber zweifelsohne ein Konservativer aristokratischer Herkunft, der sogar die Veränderungen der katholischen Kirche durch das zweite Vatikanum ablehnte. Er hatte den Putsch ursprünglich begrüßt, bis er durch seine juristische Tätigkeit von Folterungen und Ermordungen erfuhr.³⁶⁴ Während Pinochet in London unter Hausarrest stand, ließ Guzmán am 8. Juni 1999 fünf ehemalige Offiziere für ihre Beteiligung an der Todeskarawane verhaften. Unter ihnen befand sich auch General Sergio Arellano Stark, dem - wie den vier anderen – die fortdauernde Entführung von 19 Personen zur Last gelegt wurde, deren Leichen nie gefunden worden waren.³⁶⁵ Guzmán verwendete in diesem Prozess die Argumentation, dass Verschwundene nicht unter das Amnestiegesetz von 1978 fielen, da es sich in diesen Fällen um ein fortdauerndes Verbrechen handelte. Obwohl diese Sichtweise von den Vertretern der Anklage angefochten wurde, bestätigte das Oberste Gericht die Vorgehensweise Guzmáns.³⁶⁶ Diese Entwicklung missfiel jedoch den Vertretern

³⁶³ Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 63.

³⁶⁴ Vgl. *Burbach*, The Pinochet Affair, 126f.

³⁶⁵ Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 80.

³⁶⁶ Vgl. *Burbach*, The Pinochet Affair, 128.

der Streitkräfte, die nach einigen Treffen vorschlugen eine Instanz zu schaffen, um zu einer Übereinkunft bezüglich des Umgangs mit Fällen von Verschwundenen zu kommen.³⁶⁷

Trotz der Ablehnung der Prozesse seitens des Militärs übte sich dieses in Zurückhaltung, was dem Kurs des neuen Oberbefehlshabers General Ricardo Izurieta zu verdanken war. Die Regierung wurde nicht unter Druck gesetzt, die von den Streitkräften geforderte Instanz wurde zu einem Mesa de Diálogo – einem runden Tisch – unter der Beteiligung der Militärs und einiger Menschenrechtsorganisationen. Dieser runde Tisch sollte den Verbleib von Verschwundenen aufklären.³⁶⁸ Dabei wurde Wert darauf gelegt, dass beide politischen Lager in diesen Dialog eingebunden waren. Am 31. August 1999 fand die erste Sitzung statt, in der die unterschiedlichen Meinungen und Geschichtsbilder der TeilnehmerInnen aufeinander prallten. Einerseits bestand die Hoffnung, Informationen über das Schicksal und den Verbleib der Verschwundenen zu erhalten, oder deren menschlichen Überreste zu finden. Das Militär wollte sich jedoch eine Amnestie für Informanten sichern, um Angehörige der Streitkräfte vor einer Anklage und möglichen Verurteilung zu bewahren. Der Wunsch, dass der Dialog ein Zeichen für die Versöhnung der chilenischen Gesellschaft darstellen sollte, erwies sich somit als schwierig.³⁶⁹ Die Streitkräfte bestätigten zwar, dass es Verschwundene gab, wiesen aber jeder Form von institutioneller Verantwortung von sich.³⁷⁰

Trotz der teilweise unvereinbaren Positionen der TeilnehmerInnen des Mesa de Diálogo wurde für den 6. März 2000 die Unterzeichnung eines Einigungsschreibens angesetzt. Dieser Termin wurde durch die Rückkehr Pinochets wenige Tage davor unmöglich gemacht. Die Begrüßungszeremonie seitens der Streitkräfte verärgerte die übrigen AkteurInnen, da die Huldigung des Hauptverantwortlichen der Menschenrechtsverletzungen die Militärs als

³⁶⁷ Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 85.

³⁶⁸ Vgl. *Rinke*, Kleine Geschichte Chiles, 194.

³⁶⁹ Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 86.

³⁷⁰ Vgl. Alan *Angell*, The Pinochet factor in Chilean politics. In: Madeleine *Davis* (ed.), The Pinochet Case: Origins, Progress and Implications (London 2003) 61-84, hier 74.

unglaublich erscheinen ließ. Die neue Regierung unter Präsident Lagos wollte den runden Tisch jedoch weiterführen, und somit kam es am 12. Juni 2000 zu der Unterzeichnung.³⁷¹ Der Versuch, den Verbleib der Verschwundenen durch einen runden Tisch aufzuklären, wurde von manchen als Fiasko angesehen. Es konnten kaum neue Informationen zu diesen Fällen erbracht werden, das Hauptziel war somit nicht erreicht. Als positiver Effekt wurde hingegen gewertet, dass es MenschenrechtsaktivistInnen und –organisationen erstmals gelungen war, die Vertreter der Streitkräfte mit den Menschenrechtsverletzungen direkt zu konfrontieren.³⁷² Die Prozesse gegen die Hauptverantwortlichen der Todeskarawane und der runde Tisch waren aber ein Zeichen dafür, dass sich die Einstellung der politischen Kräfte zur Diktatur Pinochets langsam zu ändern begann. Sie waren Schritte auf dem Weg zu ersten Ermittlungen gegen den Ex-Diktator selbst.

6.1.2 Vorgänge nach der Rückkehr Pinochets

Die zuvor bereits beschriebenen Feierlichkeiten, die zu Ehren der Rückkehr Pinochets aus London abgehalten wurden, täuschten über die veränderten Zustände in Chile hinweg. Der Fall Pinochet war keineswegs zu Ende, wie manche glauben mochten. Bei der Rückkehr des Ex-Diktators am 3. März 2000 hatte Richter Guzmán bereits 59 Anklagepunkte gegen diesen gesammelt.³⁷³ In Folge forderte der Richter das Berufungsgericht in Santiago auf, die Immunität Pinochets aufzuheben. Dabei stützte er sich auf Beweise, die eine Involvierung Pinochets in die Verbrechen, welche die Todeskarawane begangen hatte, untermauerte. Die Verteidigung versuchte, mithilfe derselben Strategie, die den Diktator bereits vor einer Auslieferung an Spanien bewahrt hatte, das Verfahren abzuwenden und führte abermals das Alter und den Gesundheitszustand Pinochets als Argument gegen einen möglichen Prozess an. Das Berufungsgericht gab Guzmán Recht, was dazu führte, dass sich die Anwälte

³⁷¹ Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 88f.

³⁷² Vgl. *Angell*, The Pinochet factor in Chilean politics, 74.

³⁷³ Vgl. *Burbach*, The Pinochet Affair, 129f.

des Generals an den Obersten Gerichtshof wandten.³⁷⁴ Dieser bestätigte jedoch das Urteil des Berufungsgerichtes und hob im August 2000 die Immunität des ehemaligen Diktators auf, die ihn bisher vor jeder strafrechtlichen Verfolgung in Chile geschützt hatte.³⁷⁵ Lediglich sechs der 20 Richter hatten sich gegen eine Aufhebung der Immunität ausgesprochen. Der Oberste Gerichtshof erklärte auch, dass das Recht Pinochets auf einen fairen Prozess nicht gefährdet wäre.³⁷⁶ Das Militär zeigte seine Solidarität mit Pinochet und den Unmut gegen besagte Entwicklungen, indem sich die Oberbefehlshaber der Waffengattungen auf dem Landgut des ehemaligen Diktators einfanden. Die GegnerInnen Pinochets feierten das Urteil bei einer Demonstration im Zentrum von Santiago de Chile. Die Justiz hatte erstmals ohne – oder gegen – den Druck des Militärs entschieden.³⁷⁷

Für Richter Guzmán bedeutete das Urteil des Obersten Gerichtshofes, dass er Anklage gegen Augusto Pinochet erheben konnte. Bevor es jedoch dazu kam, stellte das Militär klar, dass es Pinochet weiter unterstützen würde. Die Regierung sah sich unter Druck gesetzt und so kam es zu einem Treffen zwischen Präsident Lagos und dem Oberbefehlshaber der Armee, General Izurieta. Was bei der Unterredung, die am 29. August 2000 – wenige Tage nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs – stattfand, ist nicht bekannt. Innenminister Insulza verkündete aber, dass Pinochet aus gesundheitlichen Gründen nicht angeklagt geschweige denn eingesperrt werden sollte. Präsident Lagos erklärte bei einem Treffen mit Geschäftsleuten im Oktober 2000, dass der Fall Pinochet sehr bald enden würde und glimpflich für den ehemaligen Diktator ausgehen sollte.³⁷⁸ Diese beiden Äußerungen legen nahe, dass es bei dem oben erwähnten Treffen zu einer Einigung zwischen dem Präsidenten und dem Armeechef zugunsten Pinochets gekommen war.

³⁷⁴ Vgl. Francisco *Bravo López*, The Pinochet case in the Chilean courts. In: Madeleine *Davis* (ed.), *The Pinochet Case: Origins, Progress and Implications* (London 2003) 107-122, hier 114.

³⁷⁵ Vgl. Karsten *Schneider*, House of Lords v. 25.11.1998 u. 24.03.1999 – Pinochet. Ist Immunität ein Prinzip des Völkerrechts? In: Jörg *Menzel*, Tobias *Pierlings*, Jeannine *Hoffmann* (Hg.), *Völkerrechtsprechung. Ausgewählte Entscheidungen zum Völkerrecht in Retrospektive* (Tübingen 2005) 426-430, hier 430.

³⁷⁶ Vgl. *Bravo López*, The Pinochet case in the Chilean courts, 114f.

³⁷⁷ Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 108-110.

³⁷⁸ Vgl. *Burbach*, The Pinochet Affair, 130f.

Pinochet selbst äußerte sich - kurz vor dem Jahrestag des Putsches – am 5. September 2000 dahingehend, dass er die ChilenInnen zu einer Bewältigung der vergangenen Konflikte und zur Versöhnung aufrief. Dadurch bewies er abermals, dass er im Laufe der Jahre und während seines Aufenthaltes in Großbritannien noch immer kein Schuldbewusstsein entwickelt hatte.³⁷⁹ Trotz all dieser Widrigkeiten ließ sich Guzmán aber nicht davon abbringen, rechtliche Schritte gegen Pinochet zu unternehmen. Bevor dies möglich war, galt es jedoch noch eine Besonderheit des chilenischen Rechts zu bedenken. Das chilenische Rechtssystem verlangt nämlich, dass jede Person über 70 auf ihren mentalen Zustand hin untersucht werden muss, bevor ein Prozess angestrebt werden kann, um zu verhindern, dass Demente und psychisch Kranke angeklagt werden.³⁸⁰ Guzmán erließ jedoch einen Haftbefehl am 1. Dezember 2000, ohne ein solches Gutachten eingeholt zu haben. Weiters hatte der Richter Pinochet vor diesem Schritt nicht mündlich einvernommen, was eine weitere Bedingung für eine Prozessaufnahme laut chilenischem Recht darstellte. Wie zu erwarten, focht die Verteidigung des ehemaligen Diktators die Anklage aufgrund von Formfehlern an.³⁸¹

Guzmán war jedoch der rechtlichen Meinung, dass ein Gutachten erst nach einer Anklage notwendig wäre. Er hatte Pinochet bereits 1999 einen Brief nach London gesandt, in dem er ihn zu den gemachten Vorwürfen befragte. Der ehemalige Diktator hatte sich zwar geweigert dem Richter direkt zu antworten, jedoch wertete Guzmán die Aussagen gegenüber der britischen Presse, wonach der General sich in allen Punkten als nicht schuldig erklärte, als ausreichenden Ersatz für eine direkte Befragung seinerseits. Das Berufungsgericht lehnte die Anklage am 11. Dezember 2000 jedoch ab.³⁸² Am 20. Dezember schloss sich der Oberste Gerichtshof diesem Urteil an und sowohl die Anklage, wie auch der Haftbefehl wurden aufgehoben. Begründung waren die oben erwähnten Formfehler. Guzmán bekam jedoch die Möglichkeit

³⁷⁹ Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 111.

³⁸⁰ Vgl. *Burbach*, The Pinochet Affair, 130.

³⁸¹ Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 111f.

³⁸² Vgl. *Burbach*, The Pinochet Affair, 132f.

Pinochet innerhalb von 20 Tagen zu befragen und ein Gutachten, das jedoch nicht an diese Frist gebunden war, einzuholen. Diese Untersuchung wurde für den 8. Jänner 2001 angesetzt.³⁸³ Richter Guzmán hatte jedoch anfänglich Schwierigkeiten eine Einvernahme des ehemaligen Diktators anzusetzen. Die Verteidigung weigerte sich einen Termin zu vereinbaren, mit dem Verweis auf den schlechten Gesundheitszustand Pinochets.³⁸⁴ Zusätzlich forderten die Anwälte, dass ein Gutachten vor der Einvernahme vorliegen müsse. Guzmán ging auf diese Forderung ein und Pinochet wurde am 10. Jänner 2001 von sechs Ärzten auf seinen Geisteszustand hin untersucht, wobei die Diagnose auf leichte Demenz fiel. Der Richter erklärte den ehemaligen Diktator daraufhin für vernehmungsfähig und befragte ihn schließlich am 23. Jänner 2001 für wenige Minuten. Pinochet leugnete bei dieser Gelegenheit jede Verantwortung für die Taten der Todeskarawane.³⁸⁵ Trotz dieser Aussage ordnete Richter Guzmán am 29. Jänner 2001 eine neuerliche Anklage gegen den General an und stellte ihn unter Hausarrest. Die Verteidigung erhob erneut Einspruch auf formalrechtlicher Basis, aber auch unter neuerlichem Verweis auf den Gesundheitszustand des Angeklagten.³⁸⁶

Das Berufungsgericht entschied am 8. März 2001 gegen die vorgebrachten Einwände der Anwälte Pinochets, befand jedoch, dass Pinochet nicht als Initiator der Verbrechen der Todeskarawane angeklagt werden konnte, sondern lediglich als Mitwisser. Guzmán setzte den ehemaligen Diktator daraufhin für eine Kautions von umgerechnet etwa 3675 Euro auf freien Fuß.³⁸⁷ Die Verteidigung versuchte jetzt, einen Prozess aufgrund der gesundheitlichen Probleme endgültig abzuwehren. Pinochet selbst begab sich häufiger in ärztliche Obhut, um diesen Eindruck zu verstärken. Am 9. Juli 2001 wurde der Prozess gegen den Senator durch das Berufungsgericht ausgesetzt. Wieder hatte es Pinochet geschafft, aufgrund seines angeblich schlechten geistigen

³⁸³ Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 113.

³⁸⁴ Vgl. *Bravo López*, The Pinochet case in the Chilean courts, 119.

³⁸⁵ Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 113f.

³⁸⁶ Vgl. *Burbach*, The Pinochet Affair, 137f.

³⁸⁷ Vgl. *Wenzl*, Der Fall Pinochet, 123.

Zustandes einen Prozess gegen ihn abzuwenden.³⁸⁸ Am 1. Juli 2002 bestätigte der Oberste Gerichtshof das Urteil des Berufungsgerichtes und verwies auf die attestierte Demenz des ehemaligen Diktators.³⁸⁹

Aus diesem Urteil ergab sich jedoch indirekt ein kleiner Sieg für die Gegner Pinochets. Zahlreiche Kongressmitglieder erklärten, dass ein dementer Senator nicht tragbar wäre und forderten deshalb seinen Ausschluss. Pinochet sah sich nun in einer Situation, in der er einerseits schwerlich seine geistige Gesundheit beteuern konnte, aber andererseits seine Pension und andere Privilegien, die er als ehemaliger Präsident und Senator auf Lebenszeit genoss, nicht verlieren wollte. Um einer Abwahl zu entgehen trat er freiwillig von seinem Amt zurück.³⁹⁰

Im Jahr 2003 gab es zwei weitere Versuche, Pinochets Immunität aufzuheben, die er trotz seines Rücktritts vom Amt des Senators auf Lebenszeit weiterhin besaß. Beide Anläufe scheiterten und erst 2004 konnte Richter Guzmán einen kurzfristigen Erfolg erzielen. Nach einem Interview, das Pinochet in Miami gab, stellte der Richter fest, dass dies wohl Zeichen genug dafür wäre, dass der ehemalige Diktator prozessfähig sei. Am 26. August 2004 hob der Oberste Gerichtshof mit einer knappen Mehrheit von neun zu acht Stimmen die Immunität Pinochets erneut auf.³⁹¹ Der ehemalige Diktator wurde erneut unter Hausarrest gestellt und leugnete weiterhin jedes Wissen von den begangenen Menschenrechtsverletzungen. Diese Vorgehensweise führte dazu, dass selbst seine früheren Anhänger sich sukzessive von ihm abwendeten. Der Bericht einer weiteren Untersuchungskommission zur Folter unter der Diktatur im November 2004 tat sein übriges, da er die Ausmaße der begangenen Verbrechen auflistete.³⁹²

Die Nationale Kommission zur Untersuchung von politischer Haft und Folter war am 11. November 2003 durch ein Präsidentendekret von Ricardo Lagos

³⁸⁸ Vgl. *Burbach*, *The Pinochet Affair*, 139f.

³⁸⁹ Vgl. *Roht-Arriaza*, *The Pinochet Effekt*, 92.

³⁹⁰ Vgl. *Burbach*, *The Pinochet Affair*, 141.

³⁹¹ Vgl. *Roht-Arriaza*, *The Pinochet Effect*, 92f.

³⁹² Vgl. *Rinke*, *Kleine Geschichte Chiles*, 194f.

Escobar mit dem Ziel eingesetzt worden, die Anzahl der Personen zu ermitteln, die zwischen dem 11. September 1973 und dem 10. März 1990 inhaftiert und gefoltert worden waren.³⁹³ Mehr als 30000 Menschen waren bei dieser Kommission erschienen, um ihr persönliches Schicksal zu erzählen.³⁹⁴ Von diesen Personen wurden 27255 als Opfer von politischer Haft und Folter anerkannt. Von diesen waren 18364 bereits in der ersten Phase nach dem Putsch im Jahr 1973 verhaftete worden; zwischen 1974 und 1977 waren es 5266 und in der letzten Phase bis 1990 3625.³⁹⁵ Der Bericht dieser Kommission schilderte detailliert die Foltermethoden, Haftorte, die Folgen der ertragenen Leiden, sowie Empfehlungen zu Wiedergutmachung.

Der Bericht konnte jedoch auch nicht zu einer Verurteilung Pinochets beitragen. An seinem 91. Geburtstag im November 2006 gestand Pinochet in einer – von seiner Frau verlesenen - Rede erstmals seine Verantwortung für die Vorkommnisse unter seiner Diktatur ein, begründete jedoch den Putsch gegen Allende als Notwendigkeit, um das Land vor dem Chaos zu bewahren. Kurz darauf verstarb der ehemalige Diktator.³⁹⁶ Damit endete auch die Möglichkeit, ihn für die unzähligen Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen. Die Juristin Naomi Roht-Arriaza meint in diesem Zusammenhang pragmatisch:

„By the time the Pinochet affair closed, and despite the profound disappointment of human rights lawyers and family members in the outcome of that case, a different political and legal landscape existed in Chile. A kind of rough and partial justice, perhaps the only kind of justice available after such terrible crimes, seems to have prevailed. Manuel Contreras, Pedro Espinoza, Marcelo Moren Brito, Sergio Corvalán, and a handful of other notorious DINA and CNI operatives will spend their lives either in jail, under house arrest, or subject to prosecution for one crime after another. The much-vaunted “pact of silence” among the armed forces has been broken. A good number of younger officers have come to understand, and even support, respect for human rights and the need for justice as prerequisites to a modern, democratic Chile. Some of the generals and colonels will die before they can be indicted. Other military and police officers will get off with a slap on the wrist, a suspended sentence, the public knowledge of the accusations against them. A rough kind of justice, certainly, not all the

³⁹³ Vgl. *Nationale Kommission zur Untersuchung von politischer Haft und Folter* (Hg.), *Es gibt kein Morgen ohne Gestern. Vergangenheitsbewältigung in Chile* (Hamburg 2008) 15.

³⁹⁴ Vgl. *Nationale Kommission*, *Es gibt kein Morgen ohne Gestern*, 12.

³⁹⁵ Vgl. *Nationale Kommission*, *Es gibt kein Morgen ohne Gestern*, 351.

³⁹⁶ Vgl. Rinke, *Kleine Geschichte Chiles*, 195.

families hoped for or demanded not all that could be done. But no longer constituting a wall of impunity either."³⁹⁷

6.2 Internationale Auswirkungen

Obwohl der Fall Pinochet zu keiner Verurteilung führte, hatte er doch Konsequenzen, die nicht nur Chile allein betrafen. Manche bewerten die Affäre als ein Zeichen dafür, dass der Begriff Globalisierung nicht nur auf wirtschaftliche Verflechtungen, sondern auch auf die Menschenrechte und die Gerichtsbarkeit anwendbar wurde. Gleichzeitig stellte die Verhaftung einen Höhepunkt für die Menschenrechtsbewegung dar, die in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts global für Aufmerksamkeit sorgte, in den 80ern diplomatisch wie politisch zu einem Thema wurde und seit den 90ern als Schlagwort für die Reorganisation der Machtverhältnisse in der Welt verwendet wird.³⁹⁸ Der Fall Pinochet hatte auch zur Folge, dass die CIA etwa 24000 geheime Dokumente mit dem Umfang von 150000 Seiten freigeben musste, die Geheimdienstaktivitäten in Chile und die Verbrechen des Pinochet Regimes ans Licht brachten. Dieser Erfolg war jedoch nur ein teilweiser, da die Telefonate von Henry Kissinger, die Protokolle der Besprechungen von Präsident Nixon aus der Zeit des Putsches, sowie die CIA Akte von Pinochet selbst nicht freigegeben wurden.³⁹⁹

Nicht zuletzt war es ein Effekt des Falles Pinochet, dass zahlreiche Staatsoberhäupter und andere Politiker, die Menschenrechtsverletzungen begangen hatten, sich nicht mehr so sicher fühlen konnten. Gegen einige wurden sogar Untersuchungen eingeleitet. Durch die Erkenntnisse, die durch die Untersuchungen gegen Pinochet in der Causa Operation Condor gewonnen werden konnten, wurde auf Betreiben eines argentinischen Anwalts Anzeige gegen die ehemaligen Diktatoren von Paraguay und Argentinien – Alfredo

³⁹⁷ *Roht-Arriaza*, *The Pinochet Effect*, 95f.

³⁹⁸ Vgl. *Burbach*, *The Pinochet Affair*, 146f.

³⁹⁹ Vgl. *Kornbluh*, *The Pinochet File*, 487.

Stroessner und Jorge Rafael Videla – erstattet.⁴⁰⁰ Andere Beteiligte an der Operation Condor – wie Brasilien und Uruguay – wurden jedoch nicht belangt.⁴⁰¹ Der ehemalige Diktator des Tschad – Hissein Habre – wurde im Februar 2000 aufgrund von Foltervorwürfen im Senegal angeklagt.⁴⁰² Weitere Anklageerhebungen gab es gegen den kongolesischen Politiker Abdulaye Yerodia Ndombasi, den surinamesischen Putschisten Désiré Bouterse, sowie gegen Verantwortliche im Falle der Massaker an hunderttausenden Guatemalteken, von denen die meisten Maya waren.⁴⁰³ Österreich stellte im Falle Izzat Ibrahim al-Duri die Beziehung zum Irak über die Forderung nach einer Strafverfolgung wegen der Beteiligung am Völkermord gegen die Kurden. Der irakische Politiker hatte sich nach Wien in ärztliche Behandlung begeben. Dies sollte die einzige Parallele zum Fall Pinochet bleiben, da die Bundesregierung ihn nach ersten Protesten in den Irak ausreisen ließ. Der Fall Pinochet war also ein Präzedenzfall, der andere Anklagen folgen ließ. Andere, wie Idi Amin wurden nie zur Verantwortung gezogen und es ist fast unvorstellbar, dass Henry Kissinger an Vietnam oder Kambodscha ausgeliefert würde.⁴⁰⁴

Die genannten Beispiele haben im Wesentlichen eines gemeinsam. Sie wurden stets vor nationalen Gerichten abgehalten. Dies beruhte auf den drei Prinzipien, nämlich dass es Verbrechen gibt, die so gravierend sind, dass sie zu internationalen Verbrechen werden, die von jedem Staat geahndet werden können. Zweitens, dass nationale Gerichte diese Verbrechen anklagen können, ohne dass es einen direkten Bezug dazu gibt und drittens dass Immunität nicht länger automatisch gewährt wird.⁴⁰⁵ Oft ergibt sich trotzdem eine schiefe Optik, vor allem wenn Punkt zwei nicht vorhanden ist und zwischen dem Gericht vor

⁴⁰⁰ Vgl. Consuelo *del Campo*, Der Fall Pinochet und seine Auswirkungen auf den Demokratisierungsprozess in Chile (ungedr. geisteswiss. Dipl. Wien 2002) 125.

⁴⁰¹ Vgl. Alexandra *Barahona de Brito*, The Pinochet case and the changing boundaries of democracy. In: Madeleine *Davis* (ed.), The Pinochet Case: Origins, Progress and Implications (London 2003) 212-230, hier 216f.

⁴⁰² Vgl. *Brody*, The Case of Augusto Pinochet, 21.

⁴⁰³ *Roht-Arriaza*, The Pinochet Effect, 170.

⁴⁰⁴ Vgl. *Brody*, The Case of Augusto Pinochet, 21f.

⁴⁰⁵ Vgl. Philippe *Sands*, After Pinochet: the role of national courts. In: Philippe *Sands* (ed.), From Nuremberg to The Hague. The Future of International Criminal Justice (Cambridge 2003) 68-108, hier 69.

dem der Prozess verhandelt wird und dem Angeklagten, oder seinem Herkunftsland, historische Verflechtungen bestehen. Damit ist gemeint, dass Argentinier und Chilenen, die in Spanien und Ruandesen, die in Belgien angeklagt werden, durchaus den negativen Beigeschmack des Neo-Kolonialismus hinterlassen.⁴⁰⁶ Dazu Naomi Roht-Arriaza:

„This imbalance may necessarily be a fact of life, at least for now – after all, it is easier to keep track of dictators who travel to rich countries, where the exile and activist networks that sustain investigations tend to be strongest – but it is an uncomfortable fact. A truly universal system of justice would be more balanced.“⁴⁰⁷

Diese Balance wurde möglicherweise durch den Internationalen Strafgerichtshof, der bereits am 17. Juli 1998 durch das Rom Statut eingerichtet wurde, erreicht.⁴⁰⁸ Möglicherweise deshalb, da der Internationale Strafgerichtshof als komplementär zur nationalen Strafgerichtsbarkeit ausgerichtet ist. Dies bedeutet, dass die Gerichtsbarkeit nur ausgeübt werden kann, wenn kein Land in derselben Causa bereits ermittelt und wenn die Person nicht bereits von einem anderen Gericht in der gleichen Angelegenheit angeklagt wurde.⁴⁰⁹ Trotz dieser Einschränkung wurde das Rom Statut als wichtiger Schritt in Richtung einer Strafverfolgung wegen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen angesehen.⁴¹⁰ Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, welche der Internationale Strafgerichtshof verfolgen sollte, wurden - wie nachstehend - definiert:

„...the following acts when committed as part of a widespread or systematic attack directed against any civilian population, with knowledge of the attack:

- (a) murder;
- (b) extermination;
- (c) enslavement;
- (d) deportation or forcible transfer of population;
- (e) imprisonment ...;
- (f) torture

⁴⁰⁶ Vgl. *Roht-Arriaza*, *The Pinochet Effect*, 181.

⁴⁰⁷ *Roht-Arriaza*, *The Pinochet Effect*, 181.

⁴⁰⁸ Vgl. *James Crawford*, *The drafting of the Rome Statute*. In: *Philippe Sands* (ed.), *From Nuremberg to The Hague. The Future of International Criminal Justice* (Cambridge 2003) 109-156, hier 109.

⁴⁰⁹ Vgl. *Sands*, *After Pinochet*, 74f.

⁴¹⁰ Vgl. *M Cherif Bassiouni*, *Preface*. In: *Otto Triffterer* (ed.), *Commentary on the Rome Statute of the International Criminal Court. Observers' Notes, Article by Article* (Baden-Baden 1999) XIX-XXI, hier XXI.

- (g) rape ...;
- (h) persecution ... on political, racial, national, ethnic, cultural, religious ... or other grounds ...;
- (i) enforced disappearance of persons;
- (j) the crime of apartheid;
- (k) other inhumane acts ...⁴¹¹

Hervorzuheben ist auch, dass die Etablierung eines Internationalen Strafgerichtshofes mit einer überwältigenden Mehrheit von 120 Stimmen gegen sieben, bei 21 Enthaltungen, abgesegnet wurde. Die Einigkeit, die bei dieser UNO-Konferenz in Rom herrschte, sollte hingegen nur eine kurzfristige bleiben.⁴¹² Der Weg vom Rom Statut bis zur Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes dauerte jedoch vier Jahre, da 60 Staaten das Statut ratifizieren mussten, um es in Kraft zu setzen. Dieses Inkrafttreten geschah am 1. Juli 2002, nachdem die Ratifizierungsurkunden am 11. April hinterlegt worden waren.⁴¹³ Dieser Schritt, der als ein wichtiger auf dem Weg zur Menschenrechtsgerichtsbarkeit angesehen werden muss, wurde jedoch von einem Ereignis überschattet, das die bisherigen Erfolge zu relativieren drohte. Im Mai 2002 zogen die U.S.A. ihre Unterschrift unter dem Vertrag von Rom zurück. Der Internationale Strafgerichtshof kann aber auf die Unterstützung eines derartig wichtigen Akteurs schwer verzichten. Dieser Schritt kann als Beweis dafür angesehen werden, dass die U.S.A. internationale Vereinbarungen nur dann unterstützen, wenn sie diese bis zu einem gewissen Grad kontrollieren können.

Im Anschluss an den Rückzug der Unterschrift wurde es sogar amerikanischen Behörden verboten, mit dem Internationalen Strafgerichtshof zu kooperieren. Den Höhepunkt der Ablehnung stellen allerdings bilaterale Verträge der U.S.A. mit anderen Staaten dar, die mit dem Ziel abgeschlossen wurden, dass U.S.-amerikanische StaatsbürgerInnen nicht an den Strafgerichtshof ausgeliefert

⁴¹¹ Zehnder, Immunität von Staatsoberhäuptern, 95.

⁴¹² Vgl. Wenzl, Der Fall Pinochet, 135f.

⁴¹³ Vgl. Jörg Meißner, Die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof nach dem Römischen Statut (Münchner Universitätschriften Reihe der Juristischen Fakultät 177, München 2003) 1.

werden. Damit stellten sich die U.S.A. außerhalb dieser Rechtsordnung.⁴¹⁴ Dies ist insofern bemerkenswert, da die Angst der U.S.A., einzelne StaatsbürgerInnen könnten aus politisch motivierten Gründen angeklagt werden, eigentlich unberechtigt ist. Dies wird durch die Komplementarität des internationalen Strafgerichtshof gewährleistet. Jeder Staat kann nämlich die Verbrechen der eigenen BürgerInnen untersuchen und anklagen, was einen Prozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof unmöglich macht. Dieses Prinzip wurde vor allem von den U.S.A. selbst und Großbritannien eingefordert und durchgesetzt.⁴¹⁵ Dieser Alleingang der U.S.A. ging in Richtung einer Abkehr von den Prinzipien der Menschenrechte und des Völkerrechts. Mitschuld daran war sicher der 11. September 2001. Nach den Anschlägen hatte die UNO angeboten, ein Ad-hoc-Tribunal für die Taten der Al-Quaida einzurichten, was aber von Präsident Bush abgelehnt wurde.⁴¹⁶ Zusätzlich wurde durch den Angriff auf den Irak im Jahr 2003 eine Krise des Völkerrechts heraufbeschworen.⁴¹⁷ Bisheriger Tiefpunkt sind die Vorkommnisse in Abu Ghraib, vor allem aber die inhaftierten Taliban und Mitglieder der Al-Quaida in Guantánamo, auf die – seitens der U.S.A. – nicht einmal die Genfer Konvention angewendet wurde und wird.⁴¹⁸

Ein stabiler, von allen Seiten unterstützter Internationaler Strafgerichtshof wäre durchaus die Möglichkeit gewesen, die Probleme, die der Fall Pinochet aufgeworfen hatte, ansatzweise zu lösen. Durch den Austritt der U.S.A. aus dem Rom Statut, und durch die Politik, die sie zurzeit betreibt, hat das Thema Menschenrechte einen Rückschlag erlebt, von dem es sich schwer erholen wird. Ein Internationaler Strafgerichtshof und eine Menschenrechtsgerichtsbarkeit kann nur glaubhaft durchgesetzt werden, wenn

⁴¹⁴ Vgl. Philipp *Stempel*, Der Internationale Strafgerichtshof – Verbote eines Weltinnenrechts? Eine Studie zur Reichweite einer rule of law in der internationalen Politik (INEF Report 78, Duisburg 2005) 54f.

⁴¹⁵ Vgl. Cherie *Booth*, Prospects and issues for the International Criminal Court: lessons from Yugoslavia and Rwanda. In: Philippe *Sands* (ed.), From Nuremberg to The Hague. The Future of International Criminal Justice (Cambridge 2003) 157-192, hier 189-191.

⁴¹⁶ Vgl. *Weinke*, Die Nürnberger Prozesse, 121.

⁴¹⁷ Vgl. *Stempel*, Der Internationale Strafgerichtshof, 3.

⁴¹⁸ Vgl. Philippe *Sands*, Torture Team. Rumsfeld's Memo and the Betrayal of American Values (New York/ Basingstoke 2008) 35.

dabei dieselben Regeln für alle gelten. Solange die U.S.A. sich eine Sonderrolle herausnehmen, werden Forderungen nach der Durchsetzung von Menschenrechten und die Verfolgung von Verbrechen gegen diese zu einer Farce.

7 Menschenrechte zwischen Universalität und Kulturimperialismus

In den vorangegangenen Kapiteln wurden die Fortschritte der internationalen Strafgerichtsbarkeit nachgezeichnet und analysiert und der Fall Pinochet als exemplarisch für diese Entwicklung abgehandelt. Dabei wurde das Hauptaugenmerk auf formalrechtliche und politische Umstände wie auch auf deren Veränderungen gerichtet. Vorwürfe wie Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Folter sind jedoch nicht nur rein juristische Konzepte, sondern sind untrennbar mit dem Konzept der Menschenrechte verbunden, das seit langem auch Philosophen und Soziologen beschäftigt. Im vorliegenden Kapitel wird nun die theoretische Komponente dieser Menschenrechte untersucht, die sich zwischen dem Anspruch auf Universalität und dem Vorwurf des Kulturimperialismus bewegen.

Ideengeschichtlich ist der Ursprung der Menschenrechte nicht unumstritten. Manche sehen die griechische Stoa mit ihrem Naturrecht als Beginn dieser Entwicklung, andere verlegen diesen in die Zeit der Kirchenväter, oder überhaupt erst in das Zeitalter der Reformation.⁴¹⁹ Im 17. Jahrhundert tauchte der Begriff der Menschenrechte in verschiedenen Ländern Europas auf, um im 18. Jahrhundert zu einem Schlüsselbegriff zu werden.⁴²⁰ Im ausgehenden 18. Jahrhundert sind vor allem die beiden postrevolutionären Staaten U.S.A. und Frankreich als Zentren der Auseinandersetzung mit diesem Begriff zu nennen. Dabei sind besonders drei Dokumente zu erwähnen, die zu der Zeit in diesen beiden Staaten entstanden, nämlich die Virginia Bill of Rights vom 12. Juni 1776, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 und die Déclaration des droits de l'homme et du citoyen vom 26. August 1789. In diesen Erklärungen wandeln sich die Menschenrechte vom Naturrecht zu einem positiven

⁴¹⁹ Vgl. Werner *Krawietz*, Evolution des Rechts und der Menschenrechte. In: Friedrich *Kaulbach*, Werner *Krawietz* (Hg.), *Recht und Gesellschaft*. Festschrift für Helmut Schelsky zum 65. Geburtstag (Berlin 1978) 319-341, hier 326f.

⁴²⁰ Vgl. Wolfgang *Schmale*, Archäologie der Grund- und Menschenrechte in der Frühen Neuzeit. Ein deutsch-französisches Paradigma (Ancien Régime, Aufklärung und Revolution 30, München 1997) 323.

Recht.⁴²¹ Der Soziologe Niklas Luhmann stellte diesen Wandel überspitzt dar, indem er feststellte „... daß die „Menschenrechte“ das Resultat der Dekonstruktion des Naturrechts sind (wobei zur Selbsttäuschung der Protagonisten das Wort Naturrecht beibehalten, aber in ein Vernunftrecht umverstanden wird).“⁴²² An den genannten drei Beispielen von „Menschenrechtserklärungen“ zeigen sich bereits die ersten zwei Grundprobleme der Menschenrechte, nämlich dass sie von Beginn an nicht für alle galten und dass sie in der westlichen Welt formuliert wurden.

Das erste Dilemma äußert sich darin, dass die in diesen Dokumenten formulierten Gleichheitsbestrebungen nur auf eine gewisse Gruppe – vorwiegend weiße Männer – beschränkt waren. Dazu stellt der Philosoph Richard Rorty pointiert fest:

„The founder of my university was able both to own slaves and to think it self-evident that all men were endowed by their creator with certain inalienable rights.[...] Mr. Jefferson did not think of himself as violating human rights.“⁴²³

Diese Haltung sieht Rorty als Konsequenz einer Einstellung, die Menschen von Pseudo-Menschen unterscheidet. Diese Abwertung findet sich zum Beispiel einerseits in der abwertenden Haltung gegenüber Menschen mit schwarzer Hautfarbe, die lange Zeit als Kinder dargestellt wurden, was wiederum impliziert, dass Kinder auch keine vollwertigen Menschen seien. Andererseits ermöglicht diese Dichotomie in letzter Konsequenz die schrecklichsten Verbrechen, da der/die andere nicht als gleich angesehen wird. Die Verbrechen der Nationalsozialisten an den Juden entstanden genauso daraus, wie die Übergriffe von Serben auf bosnische Moslems. Eine weitere Gruppe, der die Partizipation an den Menschenrechten durch die Gleichsetzung Mensch ist gleich Mann verweigert wurde und wird, sind Frauen.⁴²⁴ Diese

⁴²¹ Vgl. *Krawietz*, Evolution des Rechts und der Menschenrechte, 327.

⁴²² Niklas *Luhmann*, Das Paradox der Menschenrechte und drei Formen seiner Entfaltung. In Niklas *Luhmann*, Soziologische Aufklärung 6 (Opladen 1995) 229-236, hier 230.

⁴²³ Richard *Rorty*, Human Rights, Rationality, and Sentimentality. In: Stephen *Shute*, Susan *Hurley* (ed.), On Human Rights. The Oxford Amnesty Lectures 1993 (New York 1993) 111-134, hier 112.

⁴²⁴ Vgl. *Rorty*, Human Rights, Rationality, and Sentimentality, 112-114.

Grundeinstellung, dass die Menschenrechte nicht für alle Menschen in gleicher Weise gelten liegt offensichtlich auch im Fall Pinochet vor. Hier kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass für den Diktator alles, was für ihn marxistisch erschien, zu ebendieser pseudomenschlichen Existenz degradiert wurde. Für aktuelle Entwicklungen kann gesagt werden, dass Terroristen mittlerweile in diese Kategorie fallen und ihnen der Anspruch auf gewisse Rechte verweigert wird.

Die Formulierung der Menschenrechte in der westlichen Welt wurde von Relativisten stets damit kritisiert, dass dies den Beigeschmack von eurozentristischen und imperialistischen Ideen in sich birgt.⁴²⁵ Der Philosoph Jean-François Lyotard macht dies in seiner Kritik an der – bereits erwähnten – französischen Menschenrechtserklärung von 1789 klar, wenn er die Verwendung des Begriffs Mensch problematisiert:

„Von nun an wird man nicht mehr wissen, ob das auf diese Weise verkündete Gesetz französischer oder menschlicher Natur ist, ob der im Namen der Menschenrechte geführte Krieg auf Eroberung oder Emanzipation abzielt, ob die im Namen der Freiheit ausgeübte Gewalt repressiver oder pädagogischer (fortschrittlicher) Natur ist, ob die anderen Nationen französisch werden sollen oder menschheitlich, wenn sie sich – und sei es gegen die Franzosen – Verfassungen geben, die der *Déclaration* entsprechen.“⁴²⁶

Diese Ausführungen sind am Beginn des 21. Jahrhunderts aktueller denn je, da die NATO, aber auch die U.S.A. im Alleingang, die Verteidigung der Menschenrechte mit Waffengewalt in der ganzen Welt zu ihrem Programm gemacht haben.⁴²⁷ Die relativistische Position leugnet, dass Menschenrechte für alle, überall und zu jeder Zeit richtig sein können. Dies resultiert aus den gänzlich unterschiedlichen ökonomischen, sozialen, kulturellen und religiösen Formen, die Menschen auf der ganzen Welt einnehmen.⁴²⁸

⁴²⁵ Vgl. Georg Lohmann, Stefan Gosepath, Einleitung. In Stefan Gosepath, Georg Lohmann (Hg.), Philosophie der Menschenrechte (suhrkamp taschenbuch wissenschaft 1338, Frankfurt a. M. 1998) 7-28, hier 20.

⁴²⁶ Jean-François Lyotard, Der Widerstreit (Supplemente 6, München 1987) 244.

⁴²⁷ Vgl. Sibylle Tönnies, Der westliche Universalismus. Die Denkwelt der Menschenrechte (3., überarb. Aufl., Wiesbaden 2001) 129f.

⁴²⁸ Vgl. Christoph Menke, Arnd Pollmann, Philosophie der Menschenrechte zur Einführung (zur Einführung 339, Hamburg 2007) 75.

Der vom Relativismus kritisierte Universalismus – also die Vorstellung, dass alle Menschen aus der Distanz betrachtet gleich sind, unabhängig von kultureller Prägung, hat eine lange Tradition im Westen. Dieser Universalismus entstand aus dem bereits erwähnten Naturrecht und gewann seinen Anspruch auf universale Gültigkeit in der Aufklärung.⁴²⁹ Der reine Universalismus ist vor allem auf Grund der relativistischen Kritik in Verruf geraten. Es gibt dennoch immer wieder Bestrebungen auf ein allgemeingültiges Konzept der Menschenrechte zu kommen und solche Bemühungen bieten auch die Hoffnung, dass sich diese Rechte weltweit verbreiten:

„Die Grundlage, auf der wir die Universalität der Menschenrechte postulieren, ist deshalb diese: Menschen sind sehr anfällig für Verletzungen und sich ihrer eigenen Schwäche wie der von anderen bewusst. Die Institutionen, die vom Staat zum Schutz der Menschen geschaffen wurden, sind unzulänglich, und es ist nötig, Menschenrechtsinstitutionen weltweit zu entwickeln und zu stärken. Damit dies geschieht, bedarf es unserer Fähigkeit, das Leid anderer mitzuempfinden.“⁴³⁰

Eine solche Forderung klingt zwar plausibel, sollte jedoch um das ergänzt werden, was der Historiker und Sozialwissenschaftler Immanuel Wallerstein einen „universellen Universalismus“ nennt. Dies ist ein neu ausverhandelter, Universalismus nicht-westlicher Prägung, der frei von Machtinteressen für alle vertretbar und anwendbar ist.⁴³¹ Diese Vorstellung – die aus der Wallersteinschen Weltsystemtheorie kommt -könnte durchaus in die Theorie der Weltgesellschaft übertragen werden.⁴³² In dieser Theorie wird nämlich auch die emanzipatorische Wirkung der Menschenrechte hervorgehoben, die auch die Beziehung zwischen Staat und BürgerInnen verändert. Dazu der Soziologe Matthias Koenig:

⁴²⁹ Vgl. *Tönnies*, Der westliche Universalismus, 15f.

⁴³⁰ Charlotte *Bretherton*, Allgemeine Menschenrechte. Der »menschliche Faktor« in der Weltpolitik? In: Ulrich *Beck* (Hg.), Perspektiven der Weltgesellschaft (Edition Zweite Moderne, Frankfurt a. M. 1998) 256-292, hier 272.

⁴³¹ Vgl. Immanuel *Wallerstein*, Die Barbarei der anderen. Europäischer Universalismus (Berlin 2007) 8f.

⁴³² Vgl. Rudolf *Stichweh*, Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen (suhrkamp taschenbuch wissenschaft 1500, Frankfurt a. M. 2000) 14.

„zwar bleibt der Staat die primäre Inklusionsform, das Individuum gilt aber nicht mehr aufgrund seiner Zugehörigkeit zur Nation als einer Gemeinschaft von Staatsbürgern, sondern aufgrund eines Menschseins als ein mit subjektiven Rechten ausgestatteter Akteur.“⁴³³

In dieser Kombination würde der Schlüssel für eine Universalität der Menschenrechte liegen. In der Theorie der Weltgesellschaft wird nämlich der funktionalen Differenzierung Rechnung getragen.⁴³⁴ Wallerstein bietet dazu die Möglichkeit, dass ein egalitärer Austausch zwischen den Kulturen – und nicht ein vom Westen oktroyierter Wertexport – zustande käme.⁴³⁵

Die Kritik der Relativisten an der Definition von einer Universalität der Menschenrechte ist nur zu gut verständlich. Gleichzeitig können sich VertreterInnen einer relativistischen Position durchaus Seite an Seite mit autoritären Staaten finden, die ihre Positionen teilen, um ihre Herrschaft zu legitimieren.⁴³⁶ Würde die relativistische Kritik radikal zu Ende gedacht werden, würde dies aber in letzter Konsequenz bedeuten, die Menschenrechte abschaffen zu müssen. Dann wären die Errungenschaften der Verfahren von den Nürnberger Prozessen bis zum Fall Pinochet jedoch umsonst gewesen. Vielleicht würde eine – wie bereits erwähnte – Neuverhandlung von Menschenrechten den Status dieser Rechtsform wieder erhöhen. Auch eine Veränderung der Praxis dieser Menschenrechte dahingehend, dass sie nicht unilateral vom Westen für die eigenen Hegemonialbestrebungen verwendet werden und somit nicht nur Politiker und Regime, die nicht der westlichen Welt angehören, angeklagt werden, würde vielleicht eine andere Sichtweise herbeiführen.

Der Jurist Andreas Fischer-Lescano schlägt vor, dass eine echte Unabhängigkeit eines internationalen Gerichtshofes und die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Rechtsetzung ein wichtiger Schritt hin zu einer

⁴³³ Matthias König, Weltgesellschaft, Menschenrechte und der Formwandel des Nationalstaats. In: Bettina Heinz, Richard Münch, Hartmann Tyrell (Hg.), Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen (Sonderheft der Zeitschrift für Soziologie, Stuttgart 2005) 374-393, hier 389.

⁴³⁴ Vgl. Stichweh, Die Weltgesellschaft, 15.

⁴³⁵ Vgl. Wallerstein, Die Barbarei der anderen, 92.

⁴³⁶ Vgl. Menke, Pollmann, Philosophie der Menschenrechte, 76.

universalen Jurisdiktion wäre.⁴³⁷ Dies ist aber nur mit Unterstützung der U.S.A. möglich und auch nur dann, wenn die Menschenrechte für alle gelten, für die Mitglieder der Al-Quaida ebenso wie für amerikanische Soldaten.

⁴³⁷ Vgl. Andreas *Fischer-Lescano*, Globalverfassung. Die Geltungsbegründung der Menschenrechte (Weilerswist 2005) 276.

8 Konklusion

„What has given memory of Chile's 1973 crisis and the violence it unleashed such compelling value? As a story in its own right, and as a symbol beyond its borders? The answers are many, and they include the value of work undertaken by many Chileans in exile – to mobilize international solidarity, to work professionally on themes of human rights, to build circuits of political dialogue, with Europeans and North Americans as well as among themselves, about the meaning of the Chilean experience. Among many valid reasons, however, one cuts to the core. Chile is Latin America's example of the "German problem." The Holocaust and the Nazi experience bequeathed to contemporary culture a profoundly troubling question. How does a country capable of amazing achievement in the realm of science or culture also turn out to harbor amazing capacity for barbarism? Can one reconcile – or better, disentangle – the Germany that produced and appreciated Beethoven and Wagner from the Germany that produced and appreciated Hitler and Goebbels?“⁴³⁸

Die Ausgangsfrage dieser Arbeit war, wie es überhaupt zum Putsch gegen Präsident Allende kommen konnte. Die Gründe dafür lagen bis zu einem gewissen Grad in der problematischen politischen Situation Chiles in den 60er und frühen 70er Jahren des 20. Jahrhunderts. Das Land war in drei Lager aufgeteilt und daher eine Mehrheitsfindung fast unmöglich. Diese wurde erstmals von Präsident Frei erreicht, der durch wirtschaftliche Reformen versuchte, eine Revolution in Freiheit für Chile zu etablieren. Diese Reformen gingen der Rechten zu weit, für die Linke waren sie zu kurz gegriffen. Der Wahlsieg Salvador Allendes brachte die Möglichkeit, ein marxistisches Konzept auf demokratischem Wege durchzusetzen. Diese Bestrebungen polarisierten das Land noch stärker. Die Verstaatlichungspolitik brachte nicht die erhofften wirtschaftlichen Erfolge und der Kampf gegen die Armut war nur zum Teil erfolgreich. Mit dieser Politik brachte Allende ausländische Konzerne wie auch einheimische Unternehmer gegen sich auf. Der Weg, den Chile eingeschlagen hatte, schien zu stagnieren.

Trotz dieser verfahrenen Situation war der Putsch des Militärs, der von vielen begrüßt wurde, unter keinen Umständen zu legitimieren, auch wenn die Junta anschließend die Macht wieder abgegeben hätte. Was jedoch in Chile nach dem Sturz und Tod von Präsident Allende passierte, kann als eine der

⁴³⁸ Steve J. Stern, *The Memory Box of Pinochet's Chile*. Bd. 1 *Remembering Pinochet's Chile*. On the Eve of London 1998 (Durham/London 2006) XXV.

brutalsten Diktaturen des 20. Jahrhunderts bezeichnet werden. Die Opposition wurde verfolgt und weitgehend ausgelöscht, Tausende wurden ermordet, oder verschwanden für immer, Zehntausende wurden gefoltert. Augusto Pinochet konnte sich vom Mitläufer zum Diktator erheben, und der Geheimdienst DINA gab ihm die nötige Macht, um das Land zu unterdrücken. Widerstand war nur in geringem Ausmaß vorhanden, was als Indiz für die Repression gewertet werden kann. Trotz der politischen Verfolgungen lobten die U.S.A. und auch europäische Länder die neoliberalen Wirtschaftserfolge und feierten Chile als Wunderland. Diese Entwicklung dauerte aber nur einige Jahre und eine ökonomische Krise konnte erstmals dazu beitragen, Pinochets Regime kurzfristig zu untergraben. Der Diktator konnte seine Position jedoch erneut stärken und erst ein verlorenes Referendum zwang ihn nach 17 Jahren der Herrschaft zum Rücktritt. Sein Einfluss auf die junge Demokratie blieb jedoch dominant und viele Gesetze, die unter seiner Herrschaft formuliert wurden, lähmten die Entscheidungen der neuen Regierung. Auch die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen wurde durch das Militär und die Anhänger Pinochets anfänglich blockiert und fand nicht in dem Ausmaß statt, wie es viele Gegner des ehemaligen Diktators gerne gesehen hätten.

Die Verhaftung Augusto Pinochets in London kann als Bruch im Umgang mit Staatsoberhäuptern, die Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen tragen, angesehen werden. Der spanische Richter, der die Auslieferung des ehemaligen Diktators verlangte, bezog sich explizit auf internationale Vertragswerke, wie das Statut des Nürnberger Gerichtshofes und verschiedene Konventionen und Resolutionen der Vereinten Nationen. Dadurch wurde die Tradition der internationalen Strafgerichtsbarkeit dafür benutzt, den Versuch zu starten, Pinochet für seine Verbrechen zu belangen. Diese Tradition begann mit dem Nürnberger Prozess und entwickelte sich durch die Anklagen gegen Kriegsverbrecher aus dem Zweiten Weltkrieg, von denen Eichmann als der namhafteste zu erwähnen ist. Die beiden Ad-hoc Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda stehen in derselben Tradition, der auch

der Fall Pinochet angehört. Diese Entwicklung führte in letzter Konsequenz zur Etablierung des Internationalen Strafgerichtshofes in den Haag.

Obwohl Pinochet nicht verurteilt wurde, war seine Verhaftung ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu dieser Form der Gerichtsbarkeit. Vor allem die vielen Fragen und Probleme, die im Zuge der zwei Jahre in London auftraten, zeigten sowohl die Möglichkeiten als auch Schwierigkeiten auf, gegen ehemalige Diktatoren vorgehen zu können. Nationale Gerichte etablierten sich hier als Akteure, die eine universale Gerichtsbarkeit für sich beanspruchten. Die Frage, wie weit diese Gerichtsbarkeit gehen kann, und wer in Zukunft zur Verantwortung gezogen werden könnte, ist noch nicht restlos geklärt. Die anfängliche Euphorie in der Zeit nach dem Fall Pinochet ist mittlerweile auch verebbt. Die Problematik, ob Menschenrechte ein universales Konzept sind, bleibt aber bestehen. Die Gegner dieser Vorstellung kritisieren zu Recht, dass das Prinzip von Rechten, die für alle immer und überall gelten, ein westliches Konstrukt sei. Dagegen könnte eingewendet werden, dass ohne diese Vorstellung so etwas wie Gerechtigkeit in einem internationalen Kontext nicht möglich wäre. Eine Neuverhandlung dieser Rechte würde die allgemeine Akzeptanz für universale Rechte erhöhen und ein unabhängiger Gerichtshof, der von allen Ländern unterstützt wird, würde vielleicht die Angst vor Beliebigkeit, oder dem Missbrauch für imperialistische Ambitionen, nehmen.

Die Bedeutung des Falles Pinochet für Chile, aber auch für die internationale Strafgerichtsbarkeit, ist als sehr hoch einzuschätzen. Für Chile bot er die Möglichkeit, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen, die Polarisierung des Landes zu überwinden und letztlich den Versuch anzustreben, den ehemaligen Diktator selbst anzuklagen. Obwohl zum Zeitpunkt seiner Verhaftung in London ein großer Teil der chilenischen Bevölkerung gegen diese Vorgehensweise war, entweder aus einer politischen Nähe zu Pinochet oder aus der Vorstellung heraus, dass die Verbrechen des Diktators im eigenen Land verurteilt werden müssten, fanden sich doch immer

mehr Gegner, die den Auslieferungsantrag Spaniens unterstützten. Diese Gruppe sah die Verhaftung als einen Akt der Gerechtigkeit an.

Aus diesen unterschiedlichen Sichtweisen entstand ein Diskurs, der das Land in den zwei Jahren der Abwesenheit Pinochets veränderte, den Einfluss des ehemaligen Diktators - aber auch des Militärs - zurückdrängte und die Aufarbeitung ermöglichte, die zu legalen Konsequenzen für einige der Täter des Pinochet Regimes führte. Ohne die Intervention Spaniens wäre eine Dynamik in dieser Form nicht entstanden und Pinochets Einfluss hätte bis zu seinem Tod andauert. So wurde er zwar nie verurteilt, musste jedoch erkennen, dass Immunität allein nicht gleichzeitig Straflosigkeit bedeuten muss. Obwohl Augusto Pinochet bis kurz vor seinem Tod keine Reue zeigte und auch dann seine Vorgehensweise mit der Liebe zu Chile und dem Kampf gegen den Kommunismus rechtfertigte, sahen die Opfer der Diktatur doch, dass der General nicht über den Gesetzen stand.

Auf internationaler Ebene war der Fall Pinochet genauso umstritten wie in Chile. Dies zeigt sich einerseits aus der medialen Berichterstattung, aber auch aus der Reaktion der involvierten Politiker. Die internationale Strafgerichtsbarkeit – als relative neue Form des Rechts – wurde als inkompatibel mit dem althergebrachten Völkerrecht angesehen, das der Immunität von Staatsoberhäuptern große Bedeutung beimaß. Auch in diesem Spannungsfeld veränderte der Fall Pinochet die althergebrachten Vorstellungen. Dies zeigt sich an Prozessen gegen andere ehemalige Staatsoberhäupter, denen ebenso die Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen wurde. Diese Verfahren können als direkte Konsequenz auf die Verhaftung des ehemaligen Diktators angesehen werden.

Abschließend ist zu sagen, dass der 11. September 2001 mit den Angriffen auf das World Trade Center nicht nur den Gedenktag des Putsches gegen Präsident Allende überlagerte, sondern auch viele Errungenschaften der internationalen Strafgerichtsbarkeit zunichte gemacht hat. Das Konzept der

Menschenrechte ist zwar noch präsent, wenn es darum geht, so genannte Schurkenstaaten zu verurteilen, im Krieg gegen den Terror wird aber nur wenig Wert darauf gelegt. Ein von der U.N.O. vorgeschlagener Ad-hoc Strafgerichtshof gegen Terroristen wurde von den U.S.A. abgelehnt und auch die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs in den Haag zurückgezogen.

9 Bibliographie

Heiko *Ahlbrecht*, Kai *Ambos* (Hg.), Der Fall Pinochet(s). Auslieferung wegen staatsverstärkter Kriminalität? (Juristische Zeitgeschichte Abteilung 5 Juristisches Zeitgeschehen 4, Baden-Baden 1999).

Isabel *Allende*, My Invented Country. A Nostalgic Journey Through Chile (New York 2003).

Alan *Angell*, The Pinochet factor in Chilean politics. In: Madeleine *Davis* (ed.), The Pinochet Case: Origins, Progress and Implications (London 2003) 61-84.

Hannah *Arendt*, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen (München 1999).

Alexandra *Barahona de Brito*, The Pinochet case and the changing boundaries of democracy. In: Madeleine *Davis* (ed.), The Pinochet Case: Origins, Progress and Implications (London 2003) 212-230.

M Cherif *Bassiouni*, Preface. In: Otto *Triffterer* (ed.), Commentary on the Rome Statute of the International Criminal Court. Observers' Notes, Article by Article (Baden-Baden 1999) XIX-XXI.

Andy *Beckett*, Pinochet in Piccadilly. Britain and Chile's Hidden History (London 2002).

Herbert *Berger*, Solidarität mit Chile. Die österreichische Chile-Solidaritätsfront 1973-1990 (Wien 2003).

Richard J. *Bernstein*, Verantwortlichkeit, Urteilen und das Böse. In Gary *Smith* (Hg.), Hannah Arendt Revisited: »Eichmann in Jerusalem« und die Folgen (edition suhrkamp 2135, Frankfurt a. M. 2000) 291-309.

Cherie *Booth*, Prospects and issues for the International Criminal Court: lessons from Yugoslavia and Rwanda. In: Philippe *Sands* (ed.), From Nuremberg to The Hague. The Future of International Criminal Justice (Cambridge 2003) 157-192.

Dieter *Boris*, Elisabeth *Boris*, Wolfgang *Ehrhardt*, Chile auf dem Weg zum Sozialismus (Kleine Bibliothek 19, Köln 1971).

Lothar *Bossle*, Allende und der europäische Sozialismus (Stuttgart 1975).

Francisco *Bravo López*, The Pinochet case in the Chilean courts. : Madeleine *Davis* (ed.), The Pinochet Case: Origins, Progress and Implications (London 2003) 107-122.

Charlotte *Bretherton*, Allgemeine Menschenrechte. Der »menschliche Faktor« in der Weltpolitik? In: Ulrich *Beck* (Hg.), Perspektiven der Weltgesellschaft (Edition Zweite Moderne, Frankfurt a. M. 1998) 256-292.

Reed *Brody*, Michael *Ratner*, Foreword. In: Reed *Brody*, Michael *Ratner*, The Pinochet Papers. The Case of Augusto Pinochet in Spain and Britain (The Hague/London/Boston 2000) ix-xi.

Reed *Brody*, The Case of Augusto Pinochet. In: Reed *Brody*, Michael *Ratner*, The Pinochet Papers. The Case of Augusto Pinochet in Spain and Britain (The Hague/London/Boston 2000) 7-22.

Karl-Hermann *Buck*, Die Sozialistische Partei Chiles 1933-1973. Geschichte Programme, Sozialstruktur (Frankfurt a. M. 1977).

Roger *Burbach*, The Pinochet Affair. State terrorism and global justice (London/New York 2003).

Hellmut *Butterweck*, *Der Nürnberger Prozess. Eine Entmystifizierung* (Wien 2005).

Andrew *Clapham*, Issues of complexity, complicity and complementarity: from the Nuremberg trials to the dawn of the new International Criminal Court. . In: Philippe *Sands* (ed.), *From Nuremberg to The Hague. The Future of International Criminal Justice* (Cambridge 2003) 30-67.

James D. *Cockcroft* (ed.), *Salvador Allende Reader. Chile's Voice of Democracy* (Melbourne/New York 2000).

Pamela *Constable*, *Arturo Valenzuela, A Nation of Enemies. Chile under Pinochet* (New York/London 1991).

Marc *Cooper*, *Pinochet and me. A Chilean Anti-Memoir* (London/New York 2001).

Vittorio *Corbo*, Stanley *Fischer*, Lessons from the Chilean Stabilization and Recovery. In: Barry P. *Bosworth*, Rudiger *Dornbusch*, Raúl *Labán* (eds.), *The Chilean Economy. Policy Lessons and Challenges* (Washington D.C. 1994) 29-80.

James *Crawford*, The drafting of the Rome Statute. In: Philippe *Sands* (ed.), *From Nuremberg to The Hague. The Future of International Criminal Justice* (Cambridge 2003) 109-156.

Madeleine *Davis*, Introduction: Law and Politics in the Pinochet Case. In: Madeleine *Davis* (ed.), *The Pinochet Case: Origins, Progress and Implications* (London 2003) 1-21.

Madeleine *Davis*, *The Pinochet Case* (Institute of Latin American Studies Research Papers 53, London 2000).

Madeleine *Davis*, The politics of the Pinochet case in the United Kingdom. In: Madeleine *Davis* (ed.), *The Pinochet Case: Origins, Progress and Implications* (London 2003) 125-144.

Nathaniel *Davis*, *The Last Two Years of Salvador Allende* (London 1985).

Régis *Debray*, *Salvador Allende, Der chilenische Weg* (Sammlung Luchterhand 42, Neuwied/Darmstadt/Berlin 1972).

Consuelo *del Campo*, *Der Fall Pinochet und seine Auswirkungen auf den Demokratisierungsprozess in Chile* (ungedr. geisteswiss. Dipl. Wien 2002).

Stefan *De Vylder*, *Allende's Chile. The political economy of the rise and fall of the Unidad Popular* (Cambridge Latin American Studies 25, Cambridge/London/New York/Melborne 1976).

Paul J.I.M. *de Waart*, Pinochet: To be or not to be Immune... In: Wolfgang *Benedek*, Hubert *Isak*, Renate *Kicker*, *Development and Developing International and European Law. Essays in Honour of Konrad Ginther on the Occasion of his 65th Birthday* (Frankfurt a. M./Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Wien 1999) 185-199.

Andreas *Diekmann*, *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen* (rowohlts enzyklopädie 55551, 4., durchg. Aufl., Reinbeck b. Hamburg 1998).

Adama *Dieng* (ed.), *International Commission of Jurists. Crimes Against Humanity. Pinochet Faces Justice* (Geneva 1999).

Dan *Diner*, Hannah Arendt Reconsidered: Über das Banale und das Böse in ihrer Holocaust-Erzählung. In Gary *Smith* (Hg.), *Hannah Arendt Revisited:*

»Eichmann in Jerusalem« und die Folgen (edition suhrkamp 2135, Frankfurt a. M. 2000) 120-135.

John *Dinges*, *The Condor Years. How Pinochet and His Allies Brought Terrorism to Three Continents* (New York/London 2004).

Ariel *Dorfman*, *Exorcising Terror. The Incredible Unending Trial of General Augusto Pinochet* (New York 2002).

Jürgen *Eckl*, *Klassenkämpfe in Chile* (Reihe Internationale Solidarität 8, Offenbach 1975).

Norbert *Ehrenfreund*, *The Nuremberg Legacy. How the Nazi War Crimes Trials Changed the Course of History* (New York/Basingstoke 2007).

Amos *Elon*, Hannah Arendts Exkommunizierung. In Gary *Smith* (Hg.), *Hannah Arendt Revisited: »Eichmann in Jerusalem« und die Folgen* (edition suhrkamp 2135, Frankfurt a. M. 2000) 17-32.

Mark *Ensalaco*, *Chile under Pinochet. Recovering the Truth* (Philadelphia 2000).

Klaus *Eßer*, *Durch freie Wahlen zum Sozialismus oder Chiles Weg aus der Armut* (rororo aktuell 1554, Reinbeck b. Hamburg 1972).

Andreas *Fischer-Lescano*, *Globalverfassung. Die Geltungsbegründung der Menschenrechte* (Weilerswist 2005).

Reinhard *Friedmann*, *Chile unter Pinochet. Das autoritäre Experiment* (1973-1990) (Freiburger Beiträge zu Entwicklung und Politik 4, Freiburg i. Br. 1990).

Joan E. *Garcés*, *Allende y la Experiencia Chilena. Las armas de la política* (Santiago de Chile 1991).

Manuel Antonio *Garretón*, *The Political Opposition and the Party System under the Military Regime*. In: Paul W. *Drake*, Iván *Jaksić* (ed.), *The Struggle for Democracy in Chile* (revised ed., Lincoln/London 1995) 211-250.

Roberto *Garretón*, *Die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen in Chile während der Militärdiktatur – ein Jahr danach*. In: Jaime *Ensignia*, Detlef *Nolte* (Hg.), *Modellfall Chile? Ein Jahr nach dem demokratischen Neuanfang* (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde 34, Hamburg 1991) 151-164.

Michael *Gleich*, *Chile: Spielräume der demokratischen Opposition zwischen Diktatur und Demokratie. Eine politische Transformationsstudie mit einer Falluntersuchung über die Opposition in Rancagua, der Hauptstadt der VI. Region „Bernardo O'Higgins“* (Forschungen zu Lateinamerika 28, Saarbrücken/Ford Lauderdale 1991).

Richard *Goldstone*, *50 Jahre nach Nürnberg. Die Internationalen Strafgerichtshöfe zum ehemaligen Jugoslawien und zu Ruanda*. In: *Nürnberger Menschenrechtszentrum* (Hg.) *Von Nürnberg nach Den Haag. Menschenrechtsverbrechen vor Gericht. Zur Aktualität des Nürnberger Prozesses* (Hamburg 1996) 57-67.

Christina *Große*, *Der Eichmann-Prozeß zwischen Recht und Politik* (Europäische Hochschulschriften Reihe II Rechtswissenschaft 1753, Frankfurt a. M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1995).

Leonard *Gross*, *The Last, Best Hope: Eduardo Frei and Chilean Democracy* (New York 1967).

Günther *Handl*, The Pinochet Case, Foreign State Immunity and the Changing Constitution of the International Community. In: Wolfgang *Benedek*, Hubert *Isak*, Renate *Kicker*, Development and Developing International and European Law. Essays in Honour of Konrad Ginther on the Occasion of his 65th Birthday (Frankfurt a. M./Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Wien 1999) 59-83.

Whitney R. *Harris*, Tyrannie vor Gericht. In: *Nürnberger Menschenrechtszentrum* (Hg.) Von Nürnberg nach Den Haag. Menschenrechtsverbrechen vor Gericht. Zur Aktualität des Nürnberger Prozesses (Hamburg 1996) 52-56.

David *Harvey*, A Brief History of Neoliberalism (Oxford 2005; Oxford 2007).

Jonathan *Haslam*, The Nixon Administration and the Death of Allende's Chile. A Case of Assisted Suicide (London/New York 2005).

Mikaela *Heikkilä*, International Criminal Tribunals and Victims of Crime (Turku/Åbo 2004).

Alistair *Horne*, Small Earthquake in Chile (new rev. and exp. Ed. London/Basingstoke/Oxford 1990).

Carlos *Huneus*, Der Zusammenbruch der Demokratie in Chile. Eine vergleichende Analyse (Heidelberger Dritte Welt Studien 8, Heidelberg 1981).

Carlos *Huneus*, The consequences of the Pinochet case for Chilean politics. In: Madeleine *Davis* (ed.), The Pinochet Case: Origins, Progress and Implications (London 2003) 169-188.

Carlos *Huneus*, The Pinochet Regime (Boulder/London 2007).

Henry *Kissinger*, Memoiren. 2 Bde (München 1979-1982).

Komitee Solidarität mit Chile (Hg.), Konterrevolution in Chile. Analysen und Dokumente zu Terror (rororo aktuell 1717, Reinbeck b. Hamburg 1973).

Peter *Kornbluh*, *The Pinochet File. A Declassified Dossier on Atrocity and Accountability* (New York/London 2003).

Werner *Krawietz*, Evolution des Rechts und der Menschenrechte. In: Friedrich *Kaulbach*, Werner *Krawietz* (Hg.), *Recht und Gesellschaft. Festschrift für Helmut Schelsky zum 65. Geburtstag* (Berlin 1978) 319-341.

Siegfried *Lamnek*, *Qualitative Sozialforschung. 2Bde.* (Weinheim 1995).

Josef *Lawrezki*, *Salvador Allende* (Berlin 1975).

Dominik *Ley*, *Medien, Öffentliche Meinung und der "Fall Pinochet". Perzeption des Ex-Diktators in Chile* (Saarbrücken 2008).

Georg *Lohmann*, Stefan *Gosepath*, Einleitung. In Stefan *Gosepath*, Georg *Lohmann* (Hg.), *Philosophie der Menschenrechte (suhrkamp taschenbuch wissenschaft 1338, Frankfurt a. M. 1998) 7-28.*

Niklas *Luhmann*, Das Paradox der Menschenrechte und drei Formen seiner Entfaltung. In Niklas *Luhmann*, *Soziologische Aufklärung 6* (Opladen 1995) 229-236.

Volker *Lühr*, *Chile: Legalität, Legitimität und Bürgerkrieg. Zur Durchsetzbarkeit sozialistischer Reformpolitik in einer parlamentarischen Demokratie* (Sammlung Luchterhand 130, Darmstadt/Neuwied 1973).

Jean-François *Lyotard*, *Der Widerstreit* (Supplemente 6, München 1987).

Philipp *Mayring*, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (Weinheim ⁷2000).

Jörg *Meißner*, Die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof nach dem Römischen Statut (Münchner Universitätsschriften Reihe der Juristischen Fakultät 177, München 2003).

Christoph *Menke*, Arnd *Pollmann*, Philosophie der Menschenrechte zur Einführung (zur Einführung 339, Hamburg 2007).

Fernando *Mires*, Die Militärs und die Macht. Thesen zum Fall Chile (Rotbuch 143, Berlin 1975).

Hans *Mommsen*, Hannah Arendt und der Prozeß gegen Adolf Eichmann. In: Hannah *Arendt*, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen (München ⁹1999) 9-48.

Ernesto *Moreno Beauchemin*, Die Gewerkschaftsbewegung und die Regierungen in Chile. Der Fall der Central Unica de Trabajadores (CUT) zwischen 1964 und 1973 (Heidelberg 1980).

Harry *Mulisch*, Strafsache 40/61. Eine Reportage über den Eichmann-Prozeß (München/Wien ²1996).

Arno *Münster*, Chile-friedlicher Weg? Historischer Bericht und politische Analyse (Berlin 1972).

Nationale Kommission zur Untersuchung von politischer Haft und Folter (Hg.), Es gibt kein Morgen ohne Gestern. Vergangenheitsbewältigung in Chile (Hamburg 2008).

Dieter *Nohlen*, Chile. Das sozialistische Experiment (Hamburg 1973).

Dieter *Nohlen*, Feuer unter der Asche. Chiles gescheiterte Revolution (Baden-Baden 1974).

Hugh *O'Shaughnessy*, Pinochet. The Politics of Torture (New York 2000).

Richard *Overy*, The Nuremberg trials: international law in the making. In: Philippe *Sands* (ed.), From Nuremberg to The Hague. The Future of International Criminal Justice (Cambridge 2003) 1-29.

Augusto *Pinochet Ugarte*, Der Tag der Entscheidung. 11. September 1973 (Santiago de Chile 1987).

Mario *Puelma*, Chile 1970-1973. Die Zerschlagung einer Demokratie (Tatsachen und Meinungen 28, 4., erg. Aufl. Bern 1975).

Michael *Ratner*, The Lords' Decision in Pinochet III. In: Reed *Brody*, Michael *Ratner*, The Pinochet Papers. The Case of Augusto Pinochet in Spain and Britain (The Hague/London/Boston 2000) 33-52.

Stefan *Rinke*, Kleine Geschichte Chiles (Beck'sche Reihe 1776, München 2007).

Eugenio *Rivera*, Innerbürgerliche Auseinandersetzungen und Wirtschaftspolitik unter der Militärdiktatur in Chile: 1973-1978 (Berlin 1981).

Jaime *Robotham*, Alfons *Federspiel*, Hinsehen verboten. Unfeine Bilder aus Chile (Weinheim/Basel 1987).

Naomi *Roht-Arriaza*, The Pinochet Effect. Transnational Justice in the Age of Human Rights (Philadelphia 2006).

Richard *Rorty*, Human Rights, Rationality, and Sentimentality. In: Stephen *Shute*, Susan *Hurley* (ed.), On Human Rights. The Oxford Amnesty Lectures 1993 (New York 1993) 111-134.

Christa *Rottensteiner*, Schuld ohne Sühne? Das Erbe der Menschenrechte in Chile nach Pinochet (Europäische Hochschulschriften Reihe XXXI Politikwissenschaft 341, Frankfurt a. M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1997).

Philippe *Sands*, After Pinochet: the role of national courts. In: Philippe *Sands* (ed.), From Nuremberg to The Hague. The Future of International Criminal Justice (Cambridge 2003) 68-108.

Philippe *Sands*, Torture Team. Rumsfeld's Memo and the Betrayal of American Values (New York/ Basingstoke 2008).

Wolfgang *Schmale*, Archäologie der Grund- und Menschenrechte in der Frühen Neuzeit. Ein deutsch-französisches Paradigma (Ancien Régime, Aufklärung und Revolution 30, München 1997).

Karsten *Schneider*, House of Lords v. 25.11.1998 u. 24.03.1999 – Pinochet. Ist Immunität ein Prinzip des Völkerrechts? In: Jörg *Menzel*, Tobias *Pierlings*, Jeannine *Hoffmann* (Hg.), Völkerrechtsprechung. Ausgewählte Entscheidungen zum Völkerrecht in Retrospektive (Tübingen 2005) 426-430.

Cristián *Sepúlveda Taborga*, Kapitalistische Staatsformen und Phasen der abhängigen Kapitalakkumulation: die kapitalistische Entwicklung Chiles (1845-1977) (Berlin-West 1978).

Gabriel *Smirnow*, The Revolution Disarmed. Chile 1970-1973 (New York/London 1979).

Heinz Rudolf *Sonntag*, Revolution in Chile. Der schwierige Weg zum Sozialismus (Frankfurt a. M. 1972).

Ludwig *Spielmann*, Staatsinterventionismus oder ökonomischer Liberalismus? Wirtschaftliche Entwicklungsstrategien in Chile – Von der Weltwirtschaftskrise bis Pinochet (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde 35, Hamburg 1992).

Mary Helen *Spooner*, Soldiers in a Narrow Land. The Pinochet Regime in Chile (updated ed., Berkeley/Los Angeles/London 1999).

Bernhard *Starischka*, Der Sturz des Präsidenten Allende in Chile (Politikum-Reihe 22, Stuttgart 1974).

Philipp *Stempel*, Der Internationale Strafgerichtshof – Verbote eines Weltinnenrechts? Eine Studie zur Reichweite einer rule of law in der internationalen Politik (INEF Report 78, Duisburg 2005).

Steve J. *Stern*, The Memory Box of Pinochet's Chile. 2 Bde. (Durham/London 2006).

Rudolf *Stichweh*, Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen (suhrkamp taschenbuch wissenschaft 1500, Frankfurt a. M. 2000).

Christoph *Tangermann*, Die völkerrechtliche Immunität von Staatsoberhäuptern. Grundlagen und Grenzen (Schriften zum Völkerrecht 145, Berlin 2002).

Marcus *Taylor*, From Pinochet to the „Third Way“. Neoliberalism and Social Transformation in Chile (London/Ann Arbor 2006).

Peter *Thiery*, Transformation in Chile. Institutioneller Wandel, Entwicklung und Demokratie 1973-1996 (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde 52, Frankfurt a. M. 2000).

Christian *Tomuschat*, Von Nürnberg nach den Haag. In: *Nürnberger Menschenrechtszentrum* (Hg.) Von Nürnberg nach Den Haag. Menschenrechtsverbrechen vor Gericht. Zur Aktualität des Nürnberger Prozesses (Hamburg 1996) 93-116.

Sibylle *Tönnies*, Der westliche Universalismus. Die Denkwelt der Menschenrechte (3., überarb. Aufl., Wiesbaden 2001).

Hernán *Valdés*, Folter in Chile. Auch wenn es nur einer wäre... Tagebuch aus dem chilenischen KZ (rororo aktuell 12347, erw. Neuaufl. Reinbeck b. Hamburg 1987).

Patricia *Verdugo*, Chile, Pinochet and the Caravan of Death (Coral Gables 2001).

Immanuel *Wallerstein*, Die Barbarei der anderen. Europäischer Universalismus (Berlin 2007).

Annette *Weinke*, Die Nürnberger Prozesse (Beck'sche Reihe 2404, München 2006).

Ingrid *Wenzl*, Der Fall Pinochet. Die Aufarbeitung der chilenischen Militärdiktatur (Wissenschaft und Forschung 15, Köln 2001).

Richard J. *Wilson*, The Spanish Proceedings. In: Reed *Brody*, Michael *Ratner*, The Pinochet Papers. The Case of Augusto Pinochet in Spain and Britain (The Hague/London/Boston 2000) 23-32.

Renate *Winter*, Der Spezialgerichtshof von Sierra Leone. In: Frank *Höpfel*, Karin *Bruckmüller* (Red.), Internationale Strafgerichtshöfe und Menschenrechte (Wien 2006) 23-37.

Diana *Woodhouse*, The progress of Pinochet through the UK extradition procedure: an analysis of the legal challenges and judicial decisions. In: Madeleine *Davis* (ed.), The Pinochet Case: Origins, Progress and Implications (London 2003) 87-106.

Bruno *Zehnder*, Immunität von Staatsoberhäuptern und der Schutz elementarer Menschenrechte – Der Fall Pinochet (Baden-Baden 2003).

Zeitungen

The Guardian

The Times

Internetquellen

Informe de la Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación (Informe Rettig), http://www.ddhh.gov.cl/ddhh_rettig.html (13.06.2007).

10 Anhang

10.1 Abstract

Die vorliegende Arbeit behandelt die Verhaftung des ehemaligen Diktators von Chile – General Augusto Pinochet – in London am 16. Oktober 1998 und die folgenden zwei Jahre juristischen Tauziehens, die als der Fall Pinochet bekannt wurden, als zentralen Punkt. Um die Vorgänge dieses Prozesses, der nie zu einer Verurteilung führte, besser zu verstehen, wird die Entwicklung Chiles vor dem Militärputsch vom 11. September 1973, an dem Pinochet als Protagonist beteiligt war, nachgezeichnet. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf der Regierungszeit Salvador Allendes, der in Chile ein sozialistisches Projekt auf demokratischem Wege durchsetzen wollte und im Zuge des Umsturzes ums Leben kam. Weiters wird die Diktatur Pinochets analysiert, wobei die Mechanismen der Unterdrückung und die Menschenrechtsverletzungen, aber auch die politischen und ökonomischen Veränderungen der 17 Jahre des Regimes im Vordergrund stehen. Im Anschluss daran wird der Weg Chiles zur Demokratie dargelegt und der Einfluss der Diktatur auf diesen Übergang aufgezeigt.

Der Fall Pinochet wird in der Tradition der internationalen Strafgerichtsbarkeit seit dem Nürnberger Prozess verstanden und die wichtigsten Etappen dieser Entwicklung – die auch die beiden Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda einschließt - werden behandelt, bevor die Affäre um Pinochet, sein Aufenthalt in Großbritannien und die mediale Aufbereitung dieser Ereignisse analysiert werden. In weiterer Folge werden die Konsequenzen der Verhaftung Pinochets für Chile, und die Versuche ihn in seiner Heimat zur Verantwortung zu ziehen, in den Fokus gerückt. Die Auswirkungen auf die internationale Staatengemeinschaft werden ebenso nachgezeichnet wie die Gründung des Internationalen Strafgerichtshofes in den Haag. Die aktuelle

Krise der internationalen Strafgerichtsbarkeit seit dem Angriff auf das World Trade Center bildet den momentanen Endpunkt dieser Entwicklung. Abschließend wird das Konzept der Menschenrechte, das hinter dieser Form der Gerichtsbarkeit steht, diskutiert. Dabei wird das Spannungsfeld zwischen dem Anspruch der Universalität dieser Rechte einerseits und dem Vorwurf eines Kulturimperialismus dieser - im westlichen Denken verwurzelten - Vorstellungen andererseits analysiert.

10.2 Lebenslauf

Georg Schendl

Geboren am 18.06.1976

1994 Matura am BG 9, Wasagasse

Studium:

Seit 1994 Studium der Geschichte und Philosophie.

Seit 1999 Studium der Soziologie und Politikwissenschaft

2000-2005 Erweiterungsstudium Ethnologie (Regionalgebiet: Ozeanien, Sachgebiet: Gender)

Weiterbildungen:

2002/03 Lehrprogramm „Interdisziplinäre Kommunikation, Wissensmanagement und Soziales Lernen“ an der IFF Wien (heute: Fakultät für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung der Alpen-Adria Universität Klagenfurt, Standort Wien)

2003/04 Universitäres Ergänzungsstudium für interdisziplinäre Kommunikation
„Studium Integrale“ an der IFF Wien

2003-2005 Lehrprogramm „Universität und Arbeitsmarkt – Berufsorientierung
und prozessorientiertes Lernen“ an der IFF Wien

2003-2005 Interdisziplinärer Lehrgang für Höhere Lateinamerika-Studien am
Österreichischen Lateinamerika-Institut (LAI)

2006 Verleihung des Titels „Akademischer Lateinamerikanist“ durch das LAI

2006 Forschungsbegleitendes Projektstudium „Studium Integrale – proVISION“
an der IFF Wien

2006/07 Forschungsbegleitendes Projektstudium „Studium Integrale – Vorsorge
und Öffentlichkeit“ an der IFF Wien

Fremdsprachenkenntnisse:

Englisch (sehr gut), Französisch (Maturaniveau), Spanisch (Diploma Avanzado
des LAI), Portugiesisch (Diploma Avançado des LAI),
Bosnisch/Kroatisch/Serbisch (Anfängerkenntnisse)

Latein (Maturaniveau)

Reisetätigkeit

Seit 1999 zahlreiche Reisen in alle Länder Süd- und Zentralamerikas, sowie
Mexiko, Kuba, Jamaika und Trinidad & Tobago

Arbeitstätigkeit:

11/2006-09/2007 Projektmitarbeiter an der IFF Wien, Institut für
Wissenschaftskommunikation und Hochschulforschung

10/2007-01/2008 Studienassistent an der IFF Wien

03/2008-06/2008 Studienassistent an der IFF Wien

10/2008-01/2009 Studienassistent und Leiter eines Tutoriums an der IFF Wien

Seit 06/2007 verschiedene Werkverträge an der Kommission für Schrift- und
Buchwesen des Mittelalters (ÖAW) und am Institut für Kunstgeschichte
(Universität Wien)